Presseschau

DPolG NRW

2020 – 2025

Auf den folgenden Seiten befinden sich die Auszüge der Presseartikel, in denen die DPolG NRW Erwähnung findet. Überwiegend den jeweiligen Onlineportalen der Druckausgabe entnommen.

Teil 2

2024 – 2025

DPolG NRW in Presse und Medien ab 01-2024:

Neue Westfälische – ein NW+ Artikel

„Immer brutaler“ - Dutzende Automatensprengungen in OWL: Welche Banken besonders betroffen sind

Ziele der Sprenger in Ostwestfalen befinden sich vor allem in Autobahnnähe – wegen der Fluchtmöglichkeit. Experten beobachten weitere Auffälligkeiten.

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23746625_Dutzende-Automatensprengungen-in-OWL-Welche-Banken-besonders-betroffen-sind.html

von Lukas Brekenkamp

Bielefeld. In den vergangenen fünf Jahren haben Kriminelle alleine in NRW mehr als 750 Geldautomaten gesprengt. Das berichtet ein Sprecher des Landeskriminalamtes (LKA) auf Anfrage dieser Redaktion. 54 dieser Attacken wurden demnach in Ostwestfalen-Lippe registriert.
„Wir bemerken, dass die Tatausführung immer brutaler und rücksichtsloser wird“, kommentiert Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. „Die Täter nutzen immer mehr Sprengstoff. Dadurch riskieren sie nicht nur einen noch größeren Schaden an den Gebäuden, sie gefährden auch immer mehr das Leben von Anwohnern um die betroffenen Banken.“

Von den insgesamt 763 Sprengungen von Geldautomaten in NRW zwischen 2019 und 2023 (Stand: 20.12.2023) waren vor allem Automaten der größten deutschen Banken betroffen, also der Sparkasse und der Volksbank. In OWL waren Standorte der Sparkasse 21-mal Ziel der Kriminellen, 15-mal die der Volksbank. Neunmal knallte es bei der Deutschen Bank, achtmal bei der Commerzbank. Nur eine Attacke verübten die Kriminellen auf einen Automaten der Postbank.

Hohe Gefährdung für Außenstehende bei der Flucht

„Das Vorgehen der Kriminellen ist seit Jahren gleich: In den meisten Fällen kommen die Täter mit hochmotorisierten, schnellen Luxusautos aus den Niederlanden nach NRW, schlagen zu und fliehen mit enormen Geschwindigkeiten“, erklärt Rettinghaus. „Dabei nehmen sie mit ihren Fahrmanövern keine Rücksicht auf das Leben von Polizisten oder Unbeteiligten.“

Vor allem Bankstandorte in Grenznähe oder mit direkter Autobahnanbindung gelten als bevorzugtes Ziel. „Standorte mit guten Fluchtmöglichkeiten und geringerem Risiko, gefasst zu werden“, fasst es Rettinghaus zusammen. Das zeigt sich auch in OWL: Die meisten Taten fanden in den Kreisen Gütersloh (16) und Minden-Lübbecke (10) statt. Durch beide Kreise verlaufen mit der A33 und der A30 Autobahnen, die direkt oder unmittelbar in die Niederlande führen. Fast alle Tatorte in OWL weisen eine gewisse Nähe zu Autobahn-Anschlussstellen auf.

2023 bisher 148 Attacken in NRW

Rettinghaus mahnt: „Zwar rechnen wir die meisten Taten Gruppen aus den Niederlanden zu, wir stellen aber auch fest, dass auch Kriminelle aus Deutschland oder anderen Ländern aufgesprungen sind.“
Im Jahr 2023 kam es bisher zu 148 Sprengungen in NRW – ein Sprecher des LKA berichtet alleine in diesem Jahr von 25 Festnahmen in diesem Zusammenhang. Der Rekord aus dem Jahr 2022 mit mehr als 180 Attacken wird im laufenden Jahr derweil wohl nicht mehr übertroffen. In OWL wurde der Höchstwert mit jeweils 16 Sprengungen in den Jahren 2022 und 2021 erreicht.

Haben Kriminelle jetzt Juweliere im Fokus?

Um das Problem vollends zu lösen, sieht Rettinghaus vor allem die Banken in der Pflicht. „Der Tatanreiz muss weiter reduziert werden“, sagt der DPolG-Vorsitzende aus NRW. „Die Sicherungsmaßnahmen durch die Banken sind erhöht worden, reichen aber für ein komplettes Stilllegen des Phänomens noch nicht aus.“
Technisch gebe es weitere Möglichkeiten. „Zum Beispiel eine flächendeckende Katalogisierung der Banknoten zur späteren Identifikation bei erneutem Inverkehrbringen. Auch eine Reduktion von Bargeldvolumen oder der Abbau von besonders gefährdeten Automaten muss zumindest diskutiert werden.“
Dennoch seien erste Erfolge zu verbuchen, die Zahlen sänken leicht. „Zeitgleich scheint sich jedoch ein neues Phänomen zu entwickeln“, berichtet Rettinghaus weiter. „Wir stellen mittlerweile vereinzelt fest, dass Kriminelle Juweliere aufsprengen und ausrauben.“ Wenn Automaten keine attraktiven Ziele mehr für die Kriminellen seien, schwenkten erste Gruppen offenbar um.

„Rheinische Post“ (online) vom: 08.01.2024: „Tod nach Polizeieinsatz: Randalierer stand unter Kokain-Einfluss – Bodycams der Polizei werden ausgewertet“: https://rp-online.de/nrw/panorama/tod-nach-polizeieinsatz-mann-aus-guinea-stand-unter-drogeneinfluss_aid-104705963

Mülheim an der Ruhr · Nach dem Tod eines jungen Mannes am Wochenende in Mülheim an der Ruhr, der in einer Flüchtlingsunterkunft randaliert hatte, liegen erste Ergebnisse der Obduktion vor. Die Polizei Bochum hat die Ermittlungen übernommen.

Die Polizei steht vor einer Flüchtlingsunterkunft.
Foto: dpa/Justin Brosch

Nach dem Tod eines Guineers nach einem Polizeieinsatz in Mülheim an der Ruhr ist die genaue Todesursache noch unklar. Die Obduktion ergab keine genauen Hinweise, wie Polizei Bochum und Staatsanwaltschaft Duisburg am Montag mitteilten. „Es wurde jedoch festgestellt, dass der Verstorbene erheblich vorerkrankt war“, hieß es. So ergab eine erste toxikologische Untersuchung des Blutes, dass er unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln – konkret Kokain – stand. Weitere medizinische Untersuchungen wurden in Auftrag gegeben.

Die eingesetzten Taser wurden durch die Ermittlungskommission sichergestellt. Sie werden nun vollständig ausgelesen und untersucht. Die gesicherten Bodycam-Aufnahmen der Einsatzkräfte werden noch ausgewertet.

Am Samstagabend war die Polizei zu einer Flüchtlingsunterkunft in Mülheim an der Ruhr alarmiert worden, weil der Mann dort randaliert und andere Bewohner angegriffen hatte. Als die Polizei eintraf, befand sich der Mann den Angaben zufolge in seinem Zimmer und griff die Beamten an. Im Verlauf des Geschehens, das sich in den Flur und Innenhof der Einrichtung verlagerte, setzten die Polizisten laut Mitteilung zweimal einen Taser gegen den Mann ein. Den Angaben zufolge sei keine Wirkung des Tasers erkennbar gewesen.

Die Einsatzkräfte überwältigten den Randalierer schließlich und nahmen ihn vorläufig fest. Er wehrte sich aber weiterhin stark, dabei wurden zwei Beamte durch Bisse und eine Beamtin durch einen Tritt gegen den Kopf verletzt. Für den Unterkunftsbewohner und die Einsatzkräfte seien mehrere Rettungswagen angefordert worden. Der Mann habe dann während seiner Behandlung im Rettungswagen das Bewusstsein verloren. Er wurde laut Polizei unter Reanimationsmaßnahmen in ein Krankenhaus gebracht, wo er starb.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, erklärte: „Wir müssen abwarten, was die Ermittlungen in dem Fall ergeben werden. Ich kann nur vor reflexartigen Vorverurteilungen und Vermutungen warnen, die es aber leider bereits jetzt schon wieder aus einigen politischen Richtungen gibt“, sagte Rettinghaus. Es sei in der politischen Diskussion keine Rede davon, wie es den verletzten Polizisten geht. „Das ist eigentlich unerträglich. Auch scheint nicht zu interessieren, wieso die Polizisten gerufen worden sind und wieso sie den Taser eingesetzt haben. Es gab auch eine Vorgeschichte. Die Sicherheitskräfte der Einrichtung haben die Polizei nicht umsonst gerufen“, betonte Rettinghaus.

Das Alter des Verstorbenen wurde in der ersten Pressemitteilung der Polizei Essen mit 26 Jahren angegeben. Eine erkennungsdienstliche Behandlung des mehrfach polizeilich in Erscheinung getretenen Verstorbenen ergab, dass dieser in der Vergangenheit unter verschiedenen Alias-Namen und mit unterschiedlichen Geburtsdaten aufgefallen ist. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Duisburg wurden weitere rechtsmedizinische Untersuchungen eingeleitet, um das Alter abschließend bestimmen zu können.

Der Fall wird in der kommenden Woche Thema im Landtag.

(hsr/csh)

https://rp-online.de/nrw/panorama/gesamtschule-in-neuss-schueler-spielten-sich-als-scharia-polizei-auf_aid-104902983

RP+ Artikel vom 11.01.2024

An Gesamtschule in Neuss
Schüler spielten sich als „Scharia-Polizei“ auf

Neuss · **Strikte Geschlechtertrennung, Verschleierungen von Frauen und Befürwortung von Folter: Oberstufenschüler wollten strenge islamistische Regeln an ihrer Gesamtschule einführen. Was sie genau machten, wie die Schule damit umgeht und was in einem geheimen Bericht des Staatsschutzes darüber steht.**

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Die Vorkommnisse, die sich an einer Gesamtschule im Rhein-Kreis Neuss zugetragen haben sollen, erinnern an die sogenannte Scharia-Polizei, einer islamischen Religionspolizei, die strenge Verhaltensvorschriften durchsetzt. Nach Informationen unserer Redaktion aus Sicherheitskreisen sollen sich vier Oberstufenschüler innerhalb der Schule für die Scharia ausgesprochen und massiven Druck auf muslimische Mitschüler ausgeübt haben, die anderer Meinung gewesen sind.

Demnach forderten die „Scharia-Schüler“ von Mitschülern und Lehrern, dass sich alle Frauen an der Schule zu bedecken haben sowie eine allgemeine Geschlechtertrennung innerhalb der Schule und eine explizite Geschlechtertrennung beim Schwimmunterricht – auch bei den Lehrern. Darüber hinaus sollten sie freitags zur Gebetszeit die Schule früher verlassen dürfen; des Weiteren forderten sie die Einrichtung eines Gebetsraumes.

Unsere Recherchen ergaben weiter, dass sich in einem Klassenchat einige Schüler dafür ausgesprochen haben sollen, die Chatgruppe nach Geschlechtern zu trennen, weil die Geschlechtermischung gegen die islamische Grundordnung verstoße. Auch Muslime, die nicht die Meinung der vier Jugendlichen vertreten haben, gerieten offenbar in deren Visier. In einem internen Papier des Staatsschutzes heißt es dazu, dass muslimische Schüler davon berichteten, dass Druck und Kritik auf andere muslimische Schüler und Schülerinnen ausgeübt worden sei, weil sie keine „guten Muslime“ seien.

Drei der vier betreffenden Schüler sind bereits volljährig (19,18 und 18 Jahre alt). Hinzu kommt ein 17-Jähriger, der in den nächsten Tagen 18 Jahre alt wird; bis auf einen, der in Spanien zur Welt kam, wurden alle in Deutschland geboren – alle haben einen Migrationshintergrund.
Die vier Schüler sollen während des Unterrichts auch erklärt haben, dass sie die Demokratie ablehnen. Zudem sollen sie versucht haben, die Lehrer und ihre Mitschüler davon zu überzeugen, dass die Scharia durchweg nur positive Aspekte habe. Demnach sollen sie Foltermethoden wie Steinigungen und andere Menschenrechtsverletzungen öffentlich befürwortet haben und über Kommunikationsplattformen Links mit entsprechenden Videos salafistischer Prediger wie Pierre Vogel und Amor Ben Hamida verbreitet haben.

Die Schulleitung schaltete deswegen im vergangenen Dezember wegen Verdachts der Radikalisierung die Polizei ein. Staatsschutz, Staatsanwaltschaft Düsseldorf und Landeskriminalamt (LKA) wurden daraufhin über den Fall informiert. Der Staatsschutz ließ die vier Schüler entsprechend durchleuchten. Gegen drei der vier lag bereits identischer Sachverhalt vor. Auch deren Erziehungsberechtigten wurden überprüft; bei ihnen wurde aber diesbezüglich nichts gefunden. Die Staatsanwaltschaft erkannte nach bisherigem Stand aber

keine Straftaten im Verhalten der vier Schüler. Die Schule wandte sich auch an das Präventionsgramm „Wegweiser“, das junge Menschen vor dem Einstieg in den Islamismus bewahren soll. Zudem ist einer der vier Schüler für eine Woche vom Unterricht freigestellt worden.

Die Gesamtschule arbeitet das Thema intensiv auf und versucht, solchen Tendenzen innerhalb der Schülerschaft mit Vorträgen, Workshops, Gesprächen und Diskussionsrunden entgegenzutreten. „Es geht in unserem Verständnis nicht um einen Fall, der gelöst und abgeschlossen werden könnte. Wir nehmen uns grundsätzlich – wie alle Schulen – der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung an, Demokratiebildung ist nicht nur unser Auftrag, sie ist unsere erklärte Absicht“, teilt die Schulleitung auf Anfrage mit. „Angesichts unserer vertrauensvollen Zusammenarbeit innerhalb der Schulgemeinschaft stehen wir im ständigen Austausch, verhandeln unser Miteinander und trauen und muten uns zu, über empfundene Widersprüche und Gegensätze offen zu reden. Wir gucken hin, und indem wir dauerhaft Toleranz und Diversität in den Mittelpunkt des Zusammenlebens stellen, fordern wir von uns allen die entsprechende Grundhaltung ein“, so die Schulleitung.

Der Fall an der Neusser Schule wirft besonders eine Frage auf: Werden Schüler zunehmend radikaler in ihren Ansichten und tragen diese in die Schulen hinein? Auch im Fall des mutmaßlich vereitelten Anschlags auf einen Weihnachtsmarkt in Leverkusen Anfang Dezember ist gegen einen 15-jährigen Schüler einer Gesamtschule in Burscheid ermittelt worden. Klaus Köther, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung in NRW, meint, dass extremistische Bestrebungen wie die „Scharia-Polizei“ und mutmaßliche Ankündigungen von Terroranschlägen Einzelfälle an den Schulen seien. „Diesen Extremismus gab es in den Jahren 2015 und 2016 verbreitet unter Schülern, die sich zur Hochzeit des Islamischen Staates in Moscheen oder im Internet radikalisierten“, sagt Köther. Jedoch sieht er einen Trend, dass sich zunehmend junge Muslime mit den konservativen Auslegungen des Islams identifizieren und diese Ansichten in die Schulen tragen.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sagt, dass Radikalisierung auch vor Kindern und Jugendlichen nicht Halt macht. „Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Jüngsten durch Propaganda in die Hände von extremistischen Gruppen gelangen. Wir müssen junge Menschen als Gesellschaft besser mitnehmen, mehr in den Austausch gehen und ihnen Alternativen aufzeigen“, sagt Reul.
Der Sachverhalt erinnert an die „Scharia-Polizei“ in Wuppertal vor zehn Jahren. Der damals bekannte Salafisten-Prediger und Konvertit Sven Lau spielte sich damals mit Mitstreitern als „Scharia-Polizei“ auf den Straßen der bergischen Großstadt auf. Dabei trugen sie orangefarbene Signalwesten mit entsprechender Aufschrift. Sie verteilten Karten für Moschee-Besuche und trugen Schilder mit der Aufschrift „Shariah Controlled Zone“ („Scharia-kontrollierte Zone“). Sie warnten vor Alkohol, Glücksspiel, Musik, Pornografie, Drogen und Prostitution. Der in Mönchengladbach geborene Lau wurde 2017 wegen Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten verurteilt. Im Mai 2019 wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen.

„So eine verkappte Scharia-Polizei wie an der Schule ist nicht zu dulden. Das ist ein Zustand, der an unseren Schulen nicht mehr hinnehmbar ist“, sagt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Es könne nicht einerseits erwartet werden, dass die Schulen religionsneutral betrieben werden sollen, und dann andererseits stockkonservative muslimische Jugendliche ihre Ansichten in einer solchen Form in die Schule tragen. „Da muss jetzt dringend gehandelt und aufgearbeitet werden. Können solche Schüler, zumal sie ja auch schon in der Oberstufe sind, überhaupt noch auf der Schule bleiben?“, fragt Rettinghaus, und weiter sagt er: „Es muss wirklich akribisch geklärt werden, ob solche Schüler grundsätzlich noch in den Unterricht dürfen, obwohl sie solche heftigen Ansichten

vertreten. Darüber muss sich auch die Schulministerin Gedanken machen. Denn solche Bestrebungen gibt es nicht nur an der Gesamtschule im Rhein-Kreis Neuss.“

„Segen für die Verkehrssicherheit“ Nach Testphase in Rheinland-Pfalz – Polizei NRW befürwortet „Handy-Blitzer“

Düsseldorf · **Dass das Smartphone am Steuer für Ablenkung sorgt, ist unbestritten. Rheinland-Pfalz geht dagegen nun mit speziellen Kameras vor. Ist das ein Modell, dass auch in NRW Schule machen könnte?**

20.02.2024 , Rheinische Post +Artikel

https://rp-online.de/nrw/panorama/smartphone-am-steuer-handy-blitzer-koennten-auch-in-nrw-moeglich-werden_aid-107385491

In den Niederlanden wird es seit 2022 genutzt, in Australien sogar schon seit mittlerweile fünf Jahren: Spezielle Kameras, die – ähnlich der „Blitzer“ zur Geschwindigkeitskontrolle – kontrollieren, ob Autofahrer während der Fahrt ihr Handy benutzen. Zum Einsatz kommt dazu neben einer speziellen Kamera auch eine Künstliche Intelligenz, die die Verkehrssünder identifiziert. In Rheinland-Pfalz wurde ein solches System ebenfalls getestet, zunächst in Form eines Pilotprojektes.
Nun soll laut dem rheinland-pfälzischen Innenminister Michael Ebling (SPD) eine Rechtsgrundlage erarbeitet werden, die den dauerhaften Einsatz der sogenannten „Monocam“ ermöglicht. Denn noch fehlt die Rechtsgrundlage für das System. In Deutschland dürfen für Verkehrsverstöße verwertbare Foto- und Videoaufnahmen nur bei konkretem Tatverdacht, also nicht verdachtsunabhängig erstellt werden.
Laut Michael Mertens, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) NRW, liegt das zum einem am in Deutschland geltenden Datenschutz, aber auch an der Problematik, gerichtsfeste Bescheide bei Verstößen ausstellen zu können. „Bis dato ist es noch schwierig, Verstöße gegen das Handyverbot am Steuer auch rechtssicher festzustellen“, sagt er.

„Das Pilotprojekt in Rheinland-Pfalz könnte aber ein erster Schritt sein.“ Denn Ablenkung sei nach wie vor eine der Hauptursachen für Unfälle im Straßenverkehr. „Wenn es ein funktionierendes und rechtssicheres System gibt, um dem Herr zu werden, dann wäre das ein Segen für die Verkehrssicherheit“, so Mertens.
Auch Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) NRW, steht dem System grundsätzlich positiv gegenüber, wenn es denn eine Rechtssicherheit gibt. „Handys am Steuer lenken ab und sind unfallträchtig, trotzdem werden sie oft benutzt“, sagt er. „Das darf und sollte nicht sein.“ Das erfolgreiche Pilotprojekt hält er für einen möglichen Wegweiser. „Wir brauchen nicht 15 Pilotprojekte in 16 Bundesländern. Wenn es in unserem rheinland-pfälzischen Nachbarland funktioniert, können wir uns daran orientieren“, sagt er. Solch länderübergreifende Zusammenarbeit sei auch in anderen Bereichen üblich.

Wichtig ist aber auch für Rettinghaus, dass die Umsetzung funktioniere. „Solche Fotos sind natürlich schwierig auszuwerten, es werden unzählige Ausreden für die

Vergehen kommen“, sagt er. „Es liegt in politischer Hand, eine Grundlage zu schaffen, mit der gerichtsfeste Bescheide ausgestellt werden können“, so Rettinghaus. Dafür wirft auch er einen Blick in das Nachbarland Niederlande, wo die Ahndung bereits vorgenommen wird. „Manches kann man sich auch dort abschauen, auch wenn es in den Niederlanden natürlich andere gesetzliche Voraussetzungen gibt“, erklärt er.

Kritischer ist hingegen noch der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC). Ein Sprecher des ADAC Nordrhein sagt auf Anfrage unserer Redaktion: „Wir sprechen uns dafür aus, dass Foto- und Videoaufnahmen auch weiterhin nur bei konkretem Tatverdacht und nicht ohne Anlass erstellt werden.“ Da in Deutschland bisher eine gesetzliche Grundlage für das System fehle, müsse im Sinne der Verbraucher klar sein, welche Aufnahmen wo und wie lange gespeichert werden würden. „Einfach alle Verkehrsteilnehmer im Auto zu filmen, um einzelne Handysünder zu erwischen, wäre unverhältnismäßig und ein tiefer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte“, so der Sprecher.

Durch das Pilotprojekt in Rheinland-Pfalz entsteht in Nordrhein-Westfalen jetzt aber die Möglichkeit, eine Rechtsgrundlage zu schaffen. „Die Umsetzung wäre eine finanzielle Herausforderung, das ist klar“, sagt auch Mertens. „Die Rechtsgrundlage ließe sich aber schon jetzt schaffen, sodass die Umsetzung dann schnell erfolgen könnte.“ Das Projekt könne eine Blaupause für andere Bundesländer sein – auch für NRW.

„Rheinische Post“ (online) vom 21.02.2024: *„Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten – Super-Polizei-Station gegen Kriminalität an der Grenze“*: https://rp-online.de/nrw/panorama/kriminalitaet-an-nrws-grenze-neue-polizeistation-soll-kommen_aid-107492357

Düsseldorf/Berlin · Mit zunehmender Sorge blicken die grenznahen Kreise und Regionen auf die Kriminalität, die aus den Niederlanden nach NRW schwappt. Die Errichtung eines deutsch-niederländischen Sicherheitszentrums soll die Kriminalität eindämmen.

Die Polizei hat es in den Niederlanden mit extrem gefährlichen Kriminellen zu tun, die auch nicht davor zurückschrecken, in der Öffentlichkeit Gewalt anzuwenden.
Foto: dpa/Michel Van Bergen

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Drogenhandel, Geldschmuggel, illegale Einreisen und Geldautomatensprenger – die grenzüberschreitende Kriminalität ist seit Jahren ein großes Sicherheitsproblem für Nordrhein-Westfalen. Unmittelbar betroffen davon sind insbesondere die grenznahen Regionen und der Kreise Kleve, Viersen und Wesel. „Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität muss entschlossen vorangetrieben werden, um die Sicherheit in der Grenzregion zu gewährleisten“, sagt Stefan Rouenhoff, CDU-Bundestagsabgeordnete aus dem Kreis Kleve.

Nach Einschätzung des Bundesinnenministeriums weisen die Strukturen der Organisierten Kriminalität in den Niederlanden eine erhebliche Gefahr und

Bedrohungspotenzial für Deutschland auf, wie aus Antworten des Bundesinnenministeriums auf zwölf schriftliche Fragen der CDU-Bundestagsabgeordneten Catarina dos Santos-Wintz (Aachener Land), Wilfried Oellers (Kreis Heinsberg) und Stefan Rouenhoff (Kreis Kleve) hervorgeht.

Die Mitglieder dieser kriminellen Gruppierungen seien zunehmend bereit, auch mit drastischer Gewalt und Einschüchterung gegen Personen innerhalb und außerhalb dieser kriminellen Netzwerke vorzugehen. Eine ihrer größten Einnahmequellen sei der international organisierte Rauschgifthandel, der unter anderem über die Häfen Rotterdam und Antwerpen erfolgt.

Seit Monaten wird daher um die Errichtung eines deutsch-niederländischen Polizeizentrums gerungen, in dem niederländische Sicherheitsbehörden mit dem deutschen Zoll sowie der deutschen Landes- und Bundespolizei vereint werden sollen. Nun kommt Schwung in die Planungen. Das Bundesinnenministerium forciert die Pläne hinter den Kulissen, wie aus der Antwort auf die Fragen der Christdemokraten hervorgeht.

Demnach hat das Bundesinnenministerium mit den Innenministerien der Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, dem für den Zoll zuständigen Bundesministerium der Finanzen (BMF) sowie mit den niederländischen Behörden Gespräche geführt. In der Antwort heißt es weiter, dass das Bundesinnenministerium an der Idee der Einrichtung eines Gemeinsamen Zentrums der Polizei- und Zollzusammenarbeit mit den Niederlanden festhalte. „Mit den Ländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat vereinbart, im Anschluss an den ersten Austausch mit den Niederlanden weitere Gespräche zu führen“, heißt es in dem Schreiben, und weiter: „In diesen Runden wird geklärt werden, welche konkrete Form die Mitwirkung der beiden Bundesländer im GZ annehmen soll und welche konkreten Maßnahmen sie ergreifen werden.“

„Es müssen endlich alle beteiligten Akteure gemeinsam mit Hochdruck daran arbeiten, die Organisierte Kriminalität in der Grenzregion entschlossen und effektiv zu bekämpfen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten“, fordern die drei CDU-Bundestagsabgeordneten aus der Grenzregion.

In einem solchen Zentrum könnten die Strafverfolgungsbehörden beider Länder nach dem Prinzip der „zusammengeschobenen Schreibtische“ reibungslos kooperieren, Informationen schnell austauschen, Polizeieinsätze grenzüberschreitend koordinieren und ein Gesamtlagebild erstellen. „Mit der Bündelung von Fahndung, Ermittlung und Auswertung an einem Standort kann die Analyse und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in der Grenzregion so auf ein neues Niveau gehoben werden“, sagte Rouenhoff.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, erklärte: „Grundsätzlich ist die Einrichtung einer solchen Polizeistation zu begrüßen. Allerdings haben wir in Kerkrade ein funktionierendes Zentrum mit vorhandenen Strukturen“, so Rettinghaus. Er meint damit das sogenannte Epicc, das Euregionale Informations-und Kooperationszentrum, wo belgische, deutsche und niederländische Polizisten sitzen. Auf deutscher Seite sind es Kräfte vom Polizeipräsidium Aachen,

vom Landeskriminalamt und der Bundespolizei. „Das sollte man ausbauen“, so Rettinghaus.

„Rheinische Post“ (online) vom 13.03.2024 – Thema: „Jugendbanden in NRW – in diesen zehn NRW-Städten wohnen die meisten jugendlichen Intensivtäter“: https://rp-online.de/nrw/panorama/in-diesen-10-nrw-staedten-wohnen-die-meisten-jugendlichen-intensivtaeter_aid-108722049

Oberhausen · Die Ermittlungen im Fall der in Oberhausen getöteten Düsseldorfer Basketballer halten an. Rund um das dortige „Centro“ treiben jugendliche Kriminelle und Gruppen ihr Unwesen. Wie die Polizei dagegen vorgeht und wo die meisten kriminellen Jugendlichen leben.

Eine Jugendbande „zieht ein Handy ab“, wie es unter Jugendlichen heißt. (Symbolbild/ Illustration)
Foto: Matzerath, Ralph (rm-)

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Es ist der 10. Februar dieses Jahres, an dem die Spirale der Gewalt auf den Straßen Nordrhein-Westfalens dermaßen eskaliert, dass tagelang bundesweites Entsetzen darüber herrscht. Am Abend dieses Tages werden zwei junge Düsseldorfer Basketballer am Busbahnhof in Oberhausen mit Messerstichen so schwer verletzt, dass sie wenig später daran sterben werden. Mutmaßlicher Täter soll ein 15-Jähriger gewesen sein, ein sogenannter Intensivstraftäter, der schon wegen anderer Straftaten polizeibekannt gewesen sein soll. Seine Clique soll verhindert haben, dass die beiden jungen Sportler, die aus der Ukraine hier hin geflohen waren, fliehen konnten. Motiv: völlig unklar. Fest steht wohl nur: Die beiden Basketballer hatten nichts getan.

Immer wieder ist es in den vergangenen Jahren rund um das weit über die Stadtgrenzen Oberhausens bekannte Einkaufszentrum „Centro“ zu Straftaten krimineller Jugendbanden gekommen. Die Kreispolizeibehörde Oberhausen berichtet, dass es im Bereich des Einkaufszentrums immer wieder zu unterschiedlichen Straftaten, – begangen von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden – kommt. Ein Teil dieser Straftaten sei auch von Gruppen oder aus Gruppen heraus begangen worden.

Die Polizei versucht das Problem unter anderem mit temporären Streifen in den Griff zu bekommen. „In dem Bereich werden anlassbezogen Präsenzmaßnahmen mit dem nach der Lagebewertung vor Ort erforderlichen Kräften getroffen“, sagte ein Sprecher des NRW-Innenministeriums. Die Security des Einkaufszentrums sei zudem als privater Sicherheitsdienst auf dem Gelände tätig.

Intensivstraftäter wie der 15-Jährige, der die beiden Basketballer attackiert haben soll, sind jährlich im Durchschnitt für mehr als ein Viertel aller Kinder- und Jugendstraftaten verantwortlich. Im Jahr 2022 lag die von dieser Gruppe begangenen Taten bei 27,6 Prozent.

Einer Auswertung des NRW-Innenministeriums für unsere Redaktion zufolge gibt es die meisten Mehrfachstraftäter in Köln. Demnach sind dort für das Jahr 2022 349 Kinder und Jugendliche zwischen acht und 21 Jahren registriert, die mindestens fünf Straftaten in einem Jahr begangen haben. Es folgen die Städte Dortmund (244), Duisburg (204), Essen (176), Wuppertal (169), Düsseldorf (133), Mönchengladbach (118), Bochum (123), Münster (128) und Bonn (83). Insgesamt registrierte die NRW-Polizei im Jahr 2022 landesweit 1596 solcher Mehrfachstraftäter. Im Jahr davor waren 1442.

„Traurigerweise ist es nichts Neues, dass junge Menschen kriminell werden. Doch gerade die Zahl der Jüngsten unter ihnen steigt tendenziell und auch die Qualität der Delikte hat sich verändert“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion. „Das treibt mich um. Was geht da in den Köpfen vor? Welchen Einfluss haben soziale Medien auf die zwischenmenschliche Entwicklung?“, so der Minister, und weiter: „Was wir brauchen, sind eine gute Erziehung im Elternhaus, eine altersgerechte Medienkompetenz und drittens das Aufzeigen von Alternativen“, betonte Reul.

Die beiden getöteten Basketballer waren zuvor im „Centro“ gewesen und hatten anschließend den Bus zum fünf Minuten entfernten Hauptbahnhof genommen. Im Bus trafen sie schon auf die Clique des 15-Jährigen. Um die Jugendkriminalität rund um das Oberhausener Einkaufszentrum in den Griff zu bekommen, setzen die Sicherheits- und Ordnungsbehörden auch auf Prävention. So gibt es dort seit vier Jahren das „Haus des Jugendrechts“, in dem Jugendgerichtshilfe, Staatsanwaltschaft, Stadt und Polizei vereint sind. Auch die kriminalpräventive NRW-Initiative „Kurve kriegen“ wird in Oberhausen angewandt. Und schon seit acht Jahren arbeiten in Oberhausen pädagogische Fachkräfte und Kriminalbeamte im Team zusammen, um besonders kriminalitätsgefährdete Kinder und junge Jugendliche von einem Weg in eine Intensivtäterkarriere abzuhalten.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, mahnt: „Nicht alle gewaltbereiten Kinder und Jugendlichen könnten mit den Präventionsprogrammen bekehrt werden“, sagt Rettinghaus. „Man sieht an den Intensivtätern, die für einen Großteil aller Jugendstraftaten verantwortlich sind, dass Jugendliche weiter schwere Straftaten begehen, weil sie nicht belangt werden können.“

Immer wieder sind Täter jünger als 14 Jahre und somit nicht strafmündig. Diese feste Altersgrenze sei nicht mehr zeitgemäß, meint Rettinghaus. Die Fälle müssten vielmehr individuell betrachtet werden. „Für schwerste Straftaten wie Mord, Totschlag und Sexualstraftaten muss bei Tätern unter 14 Jahren ein Gutachten erstellt und die Frage geklärt werden, ob dieses Kind schuldfähig ist. Der starre Rahmen der Altersbegrenzungen darf keine Rolle spielen“, so Rettinghaus.

(csh)

Rheinische Post“ (online) vom 18.03.2024 – Thema: „Überfall an der Haustür – „Diese Kriminellen schrecken nicht davor zurück, Senioren zu schlagen“: https://rp-online.de/nrw/panorama/ueberfall-an-der-haustuer-taeter-sparen-sich-trickbetrug_aid-109085003

Düsseldorf · Nach wie vor werden insbesondere ältere Menschen in ihrem Zuhause ausgeraubt. Dabei sparen sich einige Täter inzwischen sogar den Trickbetrug an der Wohnungstüre. Wie sie stattdessen vorgehen**.**

Ein Polizist hält eine Dienstmarke der Kriminalpolizei in seiner Hand. Häufig geben sich Kriminelle als Polizisten an der Wohnungstür aus, um sich Zutritt zu verschaffen.
Foto: dpa/Friso Gentsch

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Es ist ein Freitagabend im Februar, als es an der Haustür einer 75-jährigen Duisburgerin klopft. Die Seniorin ist völlig arglos, als sie zur Tür geht und öffnet. Vor ihr steht ein maskierter Mann, der sie mit einem Messer bedroht. Er fordert Bargeld von ihr. Nachdem sie ihm Geld gegeben hat, verschwindet der Täter. Ein Nachbar eilt ihr zur Hilfe und ruft die Polizei.

„Es ist eine schlimme Entwicklung. Diese Kriminellen schrecken nicht davor zurück, Senioren zu schlagen“, sagt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in Nordrhein-Westfalen. „Sie machen sich an den Wohnungstüren teils nicht einmal mehr die Mühe, sich als Mitarbeiter einer Stadt oder der Polizei auszugeben, sondern attackieren ihre Opfer direkt nach Öffnen der Türe“, betont Rettinghaus. Er mahnt deswegen zur Vorsicht. „Wenn es an der Tür schellt, sollte man vorher nachschauen, wer da ist. Auf keinen Fall die Türen einfach öffnen.“

Landesweit kommt es immer wieder zu Überfällen an der Wohnungstür. In der Regel sind fast ausschließlich ältere Menschen die Opfer. Dabei gehen die Täter teils sehr rabiat und brutal vor – wie in einem Fall aus dem vergangenen Dezember, ebenfalls in Duisburg. Auch dort hatten die Täter zunächst an der Tür geklingelt. Als die Frau die Tür einen Spalt öffnete, hätten die Männer sie in den Hausflur gestoßen, woraufhin sie zu Boden fiel. Ein Angreifer stülpte ihr laut Bericht eine Jacke übers Gesicht und schlug ihr gegen den Kopf. Ähnlich attackiert wurde auch eine 83-Jährige in ihrer Wohnung in Leverkusen. Dort erlitt die Seniorin Kopf- und Gesichtsverletzungen, die im Krankenhaus behandelt werden mussten.

Trotz zahlreicher Aufklärungskampagnen und Warnungen der Polizei werden insbesondere Senioren nach wie vor in ihren Wohnungen und Häusern ausgeraubt. Auch die Serie von Trickbetrug reißt nicht ab. So fiel erst am vergangenen Freitag wieder ein 77-Jähriger in Mönchengladbach auf einen falschen Wasserwerker herein, der sich als solcher bei ihm an der Haustür ausgegeben hatte. In Menden wurde am selben Tag eine 90-Jährige von einem Mann bestohlen, der vorgab, Mitarbeiter der Stadtwerke zu sein. Und in Siegburg waren es am Tag zuvor angebliche Handwerker der Bonner Stadtwerke, die einer 90-Jährigen zum Verhängnis wurden. Die Meldungsportale der Polizei sind voller solcher Fälle. „Das Vorgehen ist extrem perfide. Die Täter suchen sich ganz gezielt sehr alte und alleinstehende Menschen aus“, sagt Rettinghaus.

(csh)

Rheinische Post“ (online) vom 20.03.2024 – Thema: Zahl nichtdeutscher Verdächtiger gestiegen – „Wir müssen über Ausländerkriminalität sprechen“: https://rp-online.de/nrw/panorama/straftaten-in-nrw-wie-viele-auslaender-verdaechtigt-werden-kriminalitaetsstatistik-2023_aid-109189289

Düsseldorf · **In NRW werden laut noch nicht veröffentlichter Kriminalitätsstatistik immer mehr Ausländer bei Straftaten verdächtigt. Welche Nationalitäten am meisten genannt werden, und was NRW-Innenminister Reul dazu sagt.**

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) will die Wurzeln der Ausländerkriminalität bekämpfen. Foto: dpa/Oliver Berg

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

In Nordrhein-Westfalen ist die Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger erneut gestiegen. Wie aus einem Auszug der noch nicht veröffentlichten Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2023 hervorgeht, waren von den insgesamt 484.642 ermittelten Tatverdächtigen 169.215 Ausländer. Damit stieg die Anzahl nichtdeutscher Tatverdächtiger innerhalb eines Jahres um 10,4 Prozent – von 153.236 im Jahr 2022 auf die besagten 169.215. Ausländerrechtliche Verstöße, also Straftaten, die nur von Ausländern begangen werden können wie illegale Einreise, wurden bei dieser Auswertung außen vorgelassen.

Damit stieg der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen im dritten Jahr in Folge: 2021 waren es 31 Prozent, 2022 dann 32,8 Prozent und im vergangenen Jahr schließlich 34,9 Prozent. Somit wurde im Jahr

2023 jede dritte in NRW aufgeklärte Tat mutmaßlich von einem Menschen ohne deutschen Pass begangen. Dabei lag Ende 2022 der Anteil Nichtdeutscher an der Gesamtbevölkerung in NRW nur bei 15,6 Prozent. „Also: Nichtdeutsche sind deutlich überrepräsentiert. Und das bei fast allen Delikten“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU).

Laut polizeilicher Kriminalstatistik sieht der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger an den insgesamt ermittelten Tatverdächtigen bei den einzelnen Deliktfeldern so aus: Taschendiebstahl 80,1 Prozent (Vorjahr: 78,6 Prozent); Ladendiebstahl 47,6 Prozent (2022: 44,4 Prozent); Einbrüche 47,3 Prozent (2022: 42,9 Prozent); Raub 45,7 Prozent (2022:44,5 Prozent); Straftaten gegen das Leben 41,6 Prozent (2022: 35,6 Prozent); gefährliche und schwere Körperverletzung 40,3 Prozent (2022: 38 Prozent), Sexualstraftaten 27,4 Prozent (2022: 26,2 Prozent).

Zur Einordnung: Ende 2022 lag die nichtdeutsche Bevölkerung in NRW bei 2,8 Millionen. Im Jahr davor waren es 2,5 Millionen. Insgesamt lebten in NRW Ende 2022 18,1 Millionen Menschen. Die größte ausländische Community sind Türken (15,6 Prozent), gefolgt von Syrern (8,6 Prozent) und Ukrainern mit 7,6 Prozent. Der Bevölkerungsanteil Nichtdeutscher stieg von 13,8 Prozent im Jahr 2020 auf 15,6 Prozent im Jahr 2022.

NRW-Innenminister Reul fordert angesichts der gestiegenen Zahlen einen sachlichen, transparenten und ehrlichen Diskurs. „Wir müssen über Ausländerkriminalität sprechen - fernab jedes politischen Gepolters“, sagte Reul. „Schönreden bringt nix. Schwarzmalen noch weniger. Und damit das klar ist: Wir haben kein Problem mit Ausländern. Sondern ein Problem mit Kriminalität von nichtdeutschen Tätern“, betonte der Landesinnenminister.

Ich erwarte, dass Menschen, die bei uns Schutz suchen und Sicherheit finden, sich anpassen, sich einbringen und unser Verständnis von Recht und Unrecht teilen. Wer zu uns kommt, für den gilt Recht und Gesetz gleichermaßen“, so Reul weiter. Auch eine dramatische Flucht aus dem Heimatland oder eine Wohnsituation, die nicht optimal sei, rechtfertige kein kriminelles Handeln. Dafür gebe der Rechtsstaat konsequente Antworten.

Laut Kriminalitätsstatistik haben unter den nichtdeutschen Tatverdächtigen die folgende Nationalitäten zahlenmäßig die größten Gruppen: Türkei (11,5 Prozent), Syrien (9,4 Prozent), Rumänien (9,1 Prozent), Polen (7,2 Prozent), Bulgarien (4,2 Prozent), Ukraine (4,1 Prozent) und Serbien (vier Prozent). Demnach stieg im vergangenen Jahr insbesondere die Zahl der Tatverdächtigen aus Syrien an – um 21,3 Prozent. Aber auch die Anzahl der Tatverdächtigen aus nordafrikanischen Staaten wie Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten und Libyen geht demnach erkennbar hoch.

Zur Einordnung: Nicht alle nichtdeutschen Tatverdächtigen aus dieser Statistik leben in NRW. Zum Beispiel sind darin auch reisende Einbrecherbanden enthalten, die von Stadt zu Stadt ziehen.
Um der Entwicklung entgegenzutreten, forderte Reul unter anderem mehr Gesprächsbereitschaft. „Wir brauchen noch mehr Dialog mit den Menschen, die neu in unserem Land sind. Wir müssen in die Viertel rein und den Menschen erklären, dass Unversehrtheit und Respekt jedem gilt und nicht nur der eigenen Familie. Und

wir müssen deutlich machen, dass, wenn was passiert, die Polizei gerufen wird, und man das Problem nicht selbst mit Gewalt löst“, so der Landesinnenminister.

Weiter forderte Reul bessere Sicherheitskonzepte für die Innenstädte mit noch mehr Prävention, Kontrollen und Präsenz der Polizei. „Ob Innenstadt, Altstadt oder Rheinufer: Wir müssen uns die Orte anschauen, wo Straftaten passieren. Eine einfache und schnelle Lösung wird es nicht geben. Aber das Problem klar zu benennen, ist der erste Schritt in die richtige Richtung“, so Reul.

Zur Einordnung: Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2023 wird Anfang April offiziell vorgestellt.

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW, Erich Rettinghaus, begrüßt den offenen Diskurs. „Wir müssen die Ausländerkriminalität noch viel stärker ins Auge nehmen. Wir dürfen das nicht länger hinnehmen. Entscheidend ist, dass die Menschen, die zu uns kommen, unseren Rechtsstaat akzeptieren und sich an die Gesetze halten. Leider ist das häufig nicht der Fall. Das ist das Hauptproblem. Und so lange das so ist, so lange werden auch die Zahlen weiterhochgehen“, betonte Rettinghaus.

„Die Zahlen lügen nicht und zeigen: Wir haben hier ein riesiges Problem und es wird immer größer“, sagte der Landeschef der Jungen Union, Kevin Gniosdorz. „Der erste Schritt der Lösung kann nur sein, es zu benennen und systematisch zu erfassen – genau wie bei der Clankriminalität“, betonte er.

RP+ Artikel vom 20.03.2024

***Wenden auf der Autobahn* „Das Auto wird als Schutzraum benutzt, um Aggressionen auszuleben“**

Analyse | Düsseldorf · **Auf der A2 haben bei einem Stau 40 Fahrer in der Rettungsgasse gewendet. Der extreme Vorfall zeige die zunehmende Verrohung im Straßenverkehr, sagen Experten. Aus Polizeisicht helfen nur mehr Kontrollen und höhere Strafen.**

Von Jörg Isringhaus

Die Polizei sperrt nach einem schweren Autounfall für Räumungsarbeiten die Autobahn, dahinter stehende Fahrer müssen sich gedulden. Einige wollen das jedoch partout nicht hinnehmen, wenden in der Rettungsgasse und versuchen, die Autobahn in entgegengesetzter Richtung zu verlassen. Ein massiver Verstoß gegen Verkehrsregeln. So vor kurzem geschehen auf der A2 nahe Recklinghausen. Neben dem nicht nachvollziehbaren Umstand, dass Fahrer auf der Autobahn wenden und das noch in einer Rettungsgasse, irritiert die Zahl der beteiligten Personen – insgesamt 40 Fahrzeuge waren involviert. Wie erklärt sich ein solches Verhalten, und wie lässt es sich verhindern?

„Wir stellen eine zunehmende Verrohung im Straßenverkehr fest“, sagt Erich Rettinghaus, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft NRW. „Nur das eigene

Vorwärtskommen zählt, Rücksicht und Verständnis sind mittlerweile Fremdwörter geworden.“ Kaum jemand stelle sein eigenes Verhalten in Frage, es herrsche eine egoistische Grundhaltung, die so weit gehe, dass billigend die Gefährdung von Menschenleben in Kauf genommen werde. In dem beschriebenen Fall blockierten die Fahrer die für Einsatzfahrzeuge freigehaltene Rettungsgasse.

Auch Michael Schreckenberg, Stauforscher und Lehrstuhlinhaber für Theoretische Physik an der Uni Duisburg/Essen, konstatiert im Verkehr eine gewisse Verrohung. „Diese nimmt proportional zur Anzahl der Vorschriften zu“, sagt Schreckenberg, „das erzeugt bei vielen Menschen eine grundsätzliche Antihaltung.“ Tatsächlich kommen derart extreme Vorfälle, dass Fahrer auf der Autobahn wenden, zwar selten, aber immer wieder vor. So etwa nach einer Kollision auf der A45 bei Dortmund im Jahr 2022, bei der mehrere Menschen verletzt wurden. Etliche Autofahrer am Stauende sollen gedreht und so versucht haben, die Autobahn zu verlassen. Weil der Polizei Zeugenaussagen und Fotos vorlagen, wurden Strafverfahren eingeleitet.
Schreckenberg sieht aber noch andere Effekte, die in einer derartigen Situation eintreten. So würden auf einen Initiator, sozusagen einen Türöffner, in der Regel viele Nachahmer folgen. Diese gingen davon aus, dass die Polizei vielleicht den Vordermann, aber nicht sie selbst erwische. „Bei einem solchen Herdenverhalten fühlt sich der Einzelne automatisch sicherer, auch wenn er etwas macht, was nicht erlaubt ist“, sagt Schreckenberg. Die Nachfolgenden seien sich immer weniger einer Schuld bewusst, je mehr es würden, desto geringer sei die Schwelle, die Regel zu missachten.

Ein weiterer Faktor sei die zumindest weitgehende Anonymität, die ein Fahrzeug biete, und die vergleichbar sei mit der Anonymität des Internets. Was sich dort etwa in Form verbaler Hetze niederschlage, manifestiere sich im Straßenverkehr mit Regelverstößen. „Menschen im Auto sind ganz andere als außerhalb des Fahrzeugs“, sagt Schreckenberg. „Unauffällig im normalen Leben, benehmen sie sich auf der Straße rüde und rüpelhaft.“ Das Auto wird quasi als Schutzraum benutzt, um die eigenen Aggressionen auszuleben.

So sieht es auch Rettinghaus. Die Mechanismen ließen sich immer wieder beobachten. Bei Reißverschlussverfahren vor Baustellen würden andere Fahrzeuge nicht reingelassen, Überholverbote ignoriert oder Abstände nicht eingehalten. In Staus käme schnell ein Autofahrer auf die Idee, den Standstreifen zu nutzen, und schon bald würden andere hinterherfahren. Nicht nur im Straßenverkehr herrsche diese Rücksichtslosigkeit, Ähnliches könne man überall im Alltag beobachten. „Die Bereitschaft etwa, bei Konflikten Gewalt anzuwenden, ist rapide gestiegen“, sagt Rettinghaus, „und im Gegenzug ist der Wille, kommunikative Lösungen anzustreben, deutlich gesunken.“
Seine Antwort: Prävention durch Repression. Heißt: Verhaltensänderung durch mehr Kontrollen und härtere Strafen. Allgemeine Verkehrskontrollen beispielsweise würden abgesehen von Aktionstagen wegen Personalmangels kaum noch stattfinden. „Es fehlt der latente Druck, dass man für sein Fehlverhalten zur Kasse gebeten wird“, sagt Rettinghaus. Andere Länder würden das besser hinbekommen, im europäischen Ausland, in den Niederlanden, in Frankreich oder in der Schweiz, würden sich Autofahrer wegen der hohen Bußgelder etwa an Tempolimits halten. Rettinghaus: „Der Staat darf sich nicht wissentlich blind und schwach machen, sondern muss handeln.“

Schreckenberg ist etwas anderer Ansicht. Der erzieherische Effekt von mehr Kontrollen oder höheren Strafen sei gering, sagt der Stauforscher. „Die Menschen ändern ihr Verhalten nicht grundsätzlich, nur weil sie ab und zu geblitzt werden.“ Höhere Bußgelder würden auch niemanden davon abhalten, mit dem Handy im Auto zu telefonieren. Dann müssten schon drakonischere Strafen verhängt werden wie der Entzug des Führerscheins. Allerdings räumt er ein, dass man wegen der seltenen Kontrollen nirgendwo so leicht gegen Regeln verstoßen könne wie im Straßenverkehr. Maßnahmen würden nur wirken, wenn die Polizei sie auch kontrolliere. „Um erwischt zu werden, muss man schon Pech haben“, sagt Schreckenberg. „Das bestärkt viele Verkehrssünder, weil sie wiederholt damit durchkommen.“

Eine nachhaltige Lösung sieht der Stauforscher nur darin, wenn sich die Masse selber diszipliniere, also der Druck derjenigen, die sich an die Regeln halten, so groß werde, dass sich dies positiv auf das Verhalten aller auswirke. Das sei aber sehr schwierig. Zumal es immer Gruppen gebe, die kaum zu erreichen seien. „Ich behaupte, dass fünf bis zehn Prozent der Leute generell uneinsichtig sind“, sagt Schreckenberg, „denen müsste man eigentlich den Führerschein abnehmen, weil sie kaum zu disziplinieren sind.“ Positive Anreize wie Prämien für jahrelanges Fahren ohne Verkehrsverstöße seien beispielsweise denkbar. Repressalien würden aus Sicht des Wissenschaftlers bei den Betroffenen nur Gegendruck erzeugen. Möglicherweise werde dann, so Schreckenberg, auf der Straße noch stärker ausgelebt, was im Privaten nicht geht.

RP+ Artikel - Kriminalitätsstatistik 2023 vom 04.04.24

https://rp-online.de/nrw/panorama/kriminalitaetsstatistik-nrw-2023-mehr-faelle-aber-auch-hohe-aufklaerungsquote_aid-109915011

Mehr Kriminalität in NRW – aber bessere Aufklärungsquote

Düsseldorf · **Jahrelang war der Trend rückläufig gewesen, doch seit 2022 steigen die Fallzahlen der Kriminalität in NRW wieder. Auch 2023 gab es insgesamt wieder mehr Straftaten. In einigen Bereichen gibt es aber auch Erfolge.**

In Nordrhein-Westfalen ist die Kriminalitätsrate auch 2023 wieder gestiegen. Das geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2023 hervor, die Innenminister Herbert Reul (CDU) am Mittwochmorgen im Düsseldorfer Landtag vorstellte. Insgesamt wurden 2023 in NRW etwas mehr als 1,4 Millionen (1.412.807) Straftaten erfasst, 3,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Besonders gestiegen sind die Fallzahlen in den Bereichen der Eigentumsdelikte und der Gewaltkriminalität. Auch die Fallzahlen der Kriminalität von Kindern und Jugendlichen sind höher als noch im Vorjahr. Grund zur Freude für den Innenminister gab aber die Aufklärungsquote. Die lag 2023 bei 54,2 Prozent der Fälle und ist damit so hoch wie schon seit 1962 nicht mehr. Auch im Bereich Betrugsstraftaten gegen ältere Menschen, so etwa auch Fälle des sogenannten „Enkeltricks“, ist die Zahl um 15,8 Prozent gesunken.

Eklatant ist der Anstieg der Kriminalität besonders im Bereich der Eigentumsdelikte. So wurden zum Beispiel rund 105.300 Ladendiebstähle registriert. Das ist, im

Vergleich zu 2022, ein Anstieg um 24,9 Prozent. Für die Händler in Nordrhein-Westfalen bedeutete das einen Schaden im Wert von mindestens 13 Millionen Euro. Auch bei den Taschendiebstählen kam es zu einem Anstieg, hier wurden 5,9 Prozent mehr Fälle registriert. Bei den Wohnungseinbrüchen – ein Bereich, dessen Zahlen lange rückläufig waren – gab es ebenfalls einen Anstieg von rund 15 Prozent, mehr als 27.000 Mal wurde 2023 eingebrochen. In knapp der Hälfte der Fälle blieb es aber beim Versuch. Während der Pandemie war die Zahl der Einbrüche zurückgegangen, Reul nannte das einen möglichen Grund für den erneuten Anstieg. „Während Corona verbrachten die Menschen mehr Zeit zu Hause, kriminelle Banden aus dem Ausland konnten nur schwer nach Deutschland kommen“, so der Innenminister. Krieg und Krisen, Inflation und gestiegene Preise sowie Migration seien mitverantwortlich für die Zunahme der Straftaten. Finanzielle Nöte könnten ein Tatmotiv sein.

Auch im Bereich der Gewaltkriminalität gab es einen Anstieg um sieben Prozent (55.855 Fälle). Im Zehnjahresvergleich bedeute das einen Anstieg um mehr als 20 Prozent. 42 Menschen wurden in NRW ermordet, 114 mal blieb es beim Versuch. Es gab 2023 zwölf Prozent mehr Raubdelikte (rund 12.600 Fälle) und 4,4 Prozent mehr Körperverletzungen (rund 148.600 Fälle). 40,7 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen im Bereich Gewaltkriminalität hatten keinen deutschen Pass. Das ist ein höherer Anteil ausländischer Straftäter als im gesamten Bereich der Kriminalität, insgesamt machen sie nur etwa ein Drittel (34,9 Prozent) aus.

Sorgen bereite dem Innenminister zudem der Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität. Auch hier ist ein Anstieg zu verzeichnen. In 22.496 Fälle wurden tatverdächtige Kinder ermittelt (plus 7,4 Prozent). Außerdem wurden rund 48.000 tatverdächtige Jugendliche in der Statistik erfasst, 6,1 Prozent mehr als noch 2022. „Das Thema Gewalt auf dem Schulhof spielt hier definitiv mit rein“, so Reul. „Der Anstieg seit der Pandemie in diesem Bereich muss uns allen Sorgen bereiten.“ Die Gründe hierfür seien vielfältig, es brauche mehr Kompetenz im Umgang mit den Sozialen Medien, engagiertere Eltern und Lehrkräfte. „Man sagt, es braucht ein Dorf um ein Kind großzuziehen. Lassen Sie uns alle dieses Dorf sein“, sagte Reul.
Im Jahr 2023 sind außerdem wieder mehr Menschen an den Folgen von Drogenkonsum gestorben als noch im Jahr zuvor. 872 Menschen starben, 189 mehr als 2022. Rauschgiftdelikte nach dem Betäubungsmittelgesetz stiegen um 4,8 Prozent an. Im Zehnjahresvergleich entspricht das einer Zunahme von 22,5 Prozent. In 63 Prozent der registrierten Fälle ging es um Cannabis (46.586).

Doch es gebe auch positive Zeichen innerhalb der Statistik. So dankte der Innenminister allen Beteiligten für die hohe Aufklärungsquote. Sie seien ein Beweis für die wirkungsvolle Polizeiarbeit. Aber auch die gestiegenen Zahlen im Bereich der erfassten Fälle von sexualisiertem Missbrauch von Kindern sei ein gutes Zeichen dafür, dass mehr Fälle ans Licht kommen. „Die Polizei ackert weiter, gräbt tiefer. Die Hinweise, die wir auch aus anderen Ländern bekommen, sind Gold wert“, so Reul. „Technisch können wir viel. Ich will aber, dass wir auch rechtlich selber mehr machen können.“

Auch bei der Deutschen Polizeigewerkschaft fand die hohe Aufklärungsrate Anklang. „Weiterhin besorgniserregend ist aber der erneute Anstieg im Bereich Widerstand und Angriffe gegen die Staatsgewalt um 3,3 Prozent, im Zehnjahresvergleich eine Zunahme von 56,3 Prozent – das ist zu viel“, so der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus. Auch sprach er davon, die Zahl der

Tatverdächtigen ohne deutschen Pass nicht kleinzureden. „Das jedes Jahr neu festzustellen und dann wieder nach markigen Worten bis zur nächsten PKS-Vorstellung liegen zu lassen, funktioniert nicht mehr und ist wenig zielführend“, so Rettinghaus. „Wir müssen wissen, wer und welche Gruppen Straftaten vermehrt begehen, um reagieren zu können.“

„Die Polizei steht vor großen Herausforderungen“, sagte auch der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Michael Maatz. Die Erfahrung in den 2000er Jahren zeige, wie schnell Zahlen außer Kontrolle geraten können. Die Sparmaßnahmen der Landesregierung, die auch die Polizei treffen, seien deshalb unvertretbar.

Doch auch politisch motivierte Straftaten scheinen auf dem Vormarsch. So geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine SPD-Anfrage hervor, dass es in Folge des Gaza-Krieges in NRW zu hunderten antisemitischen Vorfällen kam. Zwischen dem Terror-Angriff der islamistischen Hamas im Oktober auf Israel und Anfang Dezember seien schon 320 Fälle registriert worden. Im gesamten Jahr 2022 seien es 264 Fälle gewesen.

Auch die Oppositionsparteien in NRW reagierten auf die Statistik. Die FDP nannte die Entwicklung „beunruhigend“. „Trotz der bemerkenswerten Ermittlungsarbeit der Polizei steht Innenminister Herbert Reul vor großen Herausforderungen“, sagte Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Besonders betonte er damit den Anstieg bei Fällen der Kinder- und Jugendkriminalität, der Eigentumsdelikte und der Cyberkriminalität. Besorgt zeigte sich auch die SPD. „Innenminister Reul hat 2017 sein Amt mit der Ankündigung angetreten, die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen mit einer ‚Null-Toleranz-Strategie‘ gegen Kriminelle zu verbessern“, so Christina Kampmann, innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Sieben Jahre später sind die Fallzahlen jedoch höher als bei seinem Amtsantritt. Davon können auch die vielen Erklärungen des Ministers nicht ablenken.“
Julia Höller, innenpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion, mahnte aber auch an, keine vorschnellen Schlüsse zu ziehen. „Jede Straftat ist eine zu viel. Die Kriminalitätsbereiche, in denen die Zahlen 2023 gestiegen sind, werden wir uns selbstverständlich genau ansehen“, so Höller. Eine vorschnelle Benennung von möglichen Ursachen ohne entsprechende Hintergründe und wissenschaftliche Belege mache NRW nicht sicherer. „Klar ist: Die Polizei NRW hat mit der besten Aufklärungsquote seit 1962 hervorragende Arbeit geleistet.“ Die CDU lobt vor allem die hohe Aufklärungsquote. „Sie ist ein eindrucksvolles Zeichen, wie wichtig und richtig unsere Null-Toleranz-Politik und die Stärkung der Sicherheitsbehörden ist, die wir mit unserer schwarz-grünen Landesregierung auch in Zukunft entschlossen fortsetzen werden“, so Christos Katzidis, innenpolitischer Sprecher, und Gregor Golland, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Trotzdem bestehe „großer Handlungsbedarf“ vor allem im Bereich der Gewaltdelikte.

Neue Westfälische vom 04.04.24

Vor allem Diebstahl und Co.

NW+ Artikel: Neue Polizeistatistik: Viele Tatverdächtige in OWL sind Ausländer

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23821554_Neue-Polizeistatistik-Viele-Tatverdaechtige-in-OWL-sind-Auslaender.html

In NRW ist laut neuesten Zahlen jeder dritte Verdächtige nicht deutsch. In Teilen der Region wird dieser Schnitt noch übertroffen. Wie Experten das erklären – und von welchen Problemen sie berichten.

Bielefeld. In NRW hatte 2023 etwa jeder Dritte Tatverdächtige einer Straftat keinen deutschen Pass, wie NRW-Innenminister Herbert Reul explizit betonte. Ein Trend, der sich auch bei der Polizei in Ostwestfalen-Lippe bemerkbar macht. Teils liegt die Quote hier sogar noch höher. Das geht aus den polizeilichen Kriminalstatistiken hervor, die am Mittwoch vorgestellt worden sind. Experten sehen Handlungsbedarf. Gleich mehrere Polizeibehörden in OWL meldeten einen Anstieg von Kriminalität durch Ausländer. Im Kreis Gütersloh beispielsweise lag der Anteil dieser Straftaten bei mehr als 41 Prozent – ein Jahr zuvor waren es noch knapp 37. Insgesamt wurden mehr als 400 ausländische Tatverdächtige mehr erfasst als im Jahr zuvor. Vor allem Rumänen stechen hier hervor, hieß es.

Im Kreis Lippe stieg die Zahl ausländischer Tatverdächtiger leicht – von etwa 27 auf 27,5 Prozent. Bei einigen Delikten, vor allem Taschendiebstahl oder Wohnungseinbrüchen, lag der Anteil ausländischer Tatverdächtiger bei bis zu 100 Prozent.

Quote von mehr als 40 Prozent in Bielefeld

In der Stadt Bielefeld ermittelten die Beamten mehr als 4.100 ausländische Tatverdächtige – ein Anteil von knapp über 40 Prozent. Vor allem Personen aus der Türkei, Syrien und dem Irak stachen hervor. Bei dem Delikt Taschendiebstahl lag die Quote ausländischer Tatverdächtiger bei 85 Prozent.

Im Kreis Herford lag der Wert 2023 insgesamt bei mehr als 33 Prozent, die Kreispolizeibehörde verzeichnete laut eigenen Angaben zumindest einen leichten Anstieg. Bei den Herkunftsländern wurden vor allem Türkei, Rumänien, Syrien und Polen genannt. Im Kreis Paderborn lag der Schnitt bei mehr als 30 Prozent, im Jahr zuvor rund drei Prozent niedriger.

Minister Reul hatte in den vergangenen Tagen für Aufregung gesorgt, da er bereits vorab über die Entwicklung von Straftaten informiert hatte, die von „Nicht-Deutschen“ verübt wurden. Von den insgesamt 484.000 Tatverdächtigen in NRW hatte ein Drittel (34,9 Prozent) im vergangenen Jahr keinen deutschen Pass. Das war ein besonders auffälliger Anstieg um zehn Prozent. Zugleich handelt es sich dabei um einen überproportionalen Anstieg: „Nicht-Deutsche“ machen in NRW einen

Bevölkerungsanteil von 15 Prozent aus. Ihr Anteil an den Tatverdächtigen beträgt aber knapp 35 Prozent.

Experte: Zahlen könnten sogar höher sein

Laut Reul müsse vor allem mit Blick auf Gewalttaten über dieses Phänomen gesprochen und eingeordnet werden. „Wenn wir das nicht tun, ist das Munition für die Leute fernab der Mitte.“ Zugleich betonte der Minister, dass es sich bei „nicht-deutschen“ Tatverdächtigen um eine große Zahl von ausländischen Banden handele, die nur für ihre Beutetouren nach NRW kämen – hier aber gar nicht lebten. „Da muss man dringend unterscheiden“, so Reul.

Für den NRW-Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus, reicht das Phänomen der „reisenden Täterbanden“ als Begründung, beispielsweise für höhere Zahlen im Bereich Diebstahl, nicht aus. „Viele Menschen haben anscheinend ein Problem mit dem Eigentum anderer, da gilt es gegenzusteuern – wir sehen hier Optimierungsbedarf.“ Er fordert, künftig auch Tatverdächtige mit doppelter Staatsangehörigkeit zu erfassen. Diese werden demnach bisher als deutsche Staatsangehörige erfasst. Durch diese Zahlen und Fakten können „angepasste Maßnahmen“ ergriffen werden.

Kripo-Experte: Probleme unter Asylsuchenden

Oliver Huth, NRW-Vorsitzender bei der Kripo-Gewerkschaft Bund Deutscher Kriminalbeamter, betont: „Bei bestimmten Delikten, beispielsweise dem Ladendiebstahl, nehmen nicht-deutsche Tatverdächtige gemessen an der Gesamtbevölkerung einen enormen Raum ein.“ Er führt diese Zahlen auf verschiedene Faktoren zurück. So gebe es Asylbewerber, „vor allem solche, die aus wirtschaftlichen Gründen geflüchtet sind“, die solche Diebstähle dazu nutzten, um Familien in der Heimat zu finanzieren. Als Beispiele nennt er Georgien oder Armenien als Herkunftsländer. Huth weiter: „Zum Teil findet der Diebstahl und die damit verbundene Hehlerei gewerbs- und bandenmäßig statt.“
Auch für die Zahl an Gewalttaten, die Ausländer begangen haben sollen, hat er Erklärungen. „Beispielsweise bei Asylbewerbern entsteht durch die Wohnsituation – auf engstem Raum mit vielen weiteren Personen – oft Frust. Situationen eskalieren schneller.“ Dennoch zeige die Statistik auch, dass viele Gewaltopfer durch mutmaßliche ausländische Täter oft auch deutsch seien. „Das zeigt mir, dass es auch Probleme in der Integration gibt.“
Der BDK-Vorsitzende aus NRW deutlich: „Am Ende gibt es immer einen Geschädigten. Sei es der Supermarkt, in dem gestohlen wurde. Oder eine Person, die bei einem Angriff verletzt wurde.“ Er fügt hinzu: „Wir können uns jetzt nicht hinter tausend Theorien verstecken und mit den Schultern zucken. Die Zahlen müssen sich in fünf Jahren ändern.“ Hier sei die Politik gefragt, vor allem müsse an der Integration gearbeitet werden.

Welt“ (online) vom 10.06.2024:
https://www.welt.de/regionales/nrw/article251895776/Kriminalitaetsbekaempfung-Die-Clans-angreifen-wie-die-Mafia.html

KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG

„Die Clans angreifen wie die Mafia!“

Von Till-Reimer Stoldt

Essener Polizisten bewachen Clan-Mitglieder nach einer Schlägerei: Laut Experten wurde im Kampf gegen kriminelle Clans bislang „nur an der Oberfläche gekratzt“Quelle: picture alliance/dpa/Markus Gayk

Stößt die Strategie im Kampf gegen Clan-Kriminelle an Grenzen? Das legt eine Bilanz der Polizeiarbeit im Clan-Hotspot Essen nahe. Auch bisherige Unterstützer des Konzepts der „1000 Nadelstiche“ fordern nun einen Strategiewechsel: hin zur Orientierung am italienischen Anti-Mafia-Kampf.

Rund 50 Clan-Angehörige prügelten vergangene Woche in einem Essener Restaurant aufeinander ein – Stühle wurden geworfen, Macheten und Stichwaffen kamen zum Einsatz. Über 100 Polizisten eilten herbei, unterstützt von Beamten aus Nachbarstädten und einem Hubschrauber. Anschließend folgten lange Verhöre. Doch die vernommenen Clan-Angehörigen halfen der Polizei mit keinem Wort, Straftaten aufzuklären.

Kurz: Es war wie eigentlich immer – zum Beispiel wie in der Vorwoche, als zahlreiche Männer einander mit Messern und Pistolen über einen Essener Fußballplatz jagten. Auch dort kam die Polizei mit etwa 150 Mann hinzu. Oder wie in der Vor-Vorwoche, als sich Clan-Angehörige vor einem anderen Essener Restaurant prügelten. Und so könnte man noch auf viele Krawalle mit oft Hunderten von Beteiligten zurückblicken.

Der Staat kratzt „nur an der Oberfläche“

Es scheint, als stieße die bisherige Strategie im Kampf gegen Clan-Kriminalität an Grenzen – in Deutschland, in NRW, insbesondere aber in einer der drei bundesweiten Clan-Hochburgen: in Essen. Manche Polizei-Experten fordern daher erstmals eine Abkehr von NRW-Innenminister Herbert Reuls Konzept der „1000 Nadelstiche“ – und stattdessen die Ausrichtung am italienischen Anti-Mafia-Kampf. Für Erich Rettinghaus, Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), „ist es nicht länger tragbar, dass die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Clans nur an der Oberfläche kratzen, sodass die Kriminellen den Staat nicht ernst nehmen“. Auch Oliver Huth, Landesvorsitzender vom Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), hat seine Zweifel, ob die Nadelstich-Strategie in dieser Form der Weisheit letzter Schluss ist. Er rät CDU-Minister Reul im Gespräch mit dieser Zeitung, umzusteuern und vor allem die Kriminalpolizei deutlich zu stärken.

Die vermeintliche Wunderwaffe von 2018

Dabei wurde in Essen vor fünf Jahren eine Polizeieinheit geschaffen, die bundesweit als eine Art Wunderwaffe im Kampf gegen Clans gefeiert wurde: die „besondere Aufbauorganisation Clan“ (BAO). Ihre Beamten widmen sich ausschließlich den Clans. Sie sind eng vernetzt mit Finanzbehörde, Kommune, Staatsanwaltschaft, Bezirksregierung, Zoll, Bundespolizei. Und sie setzen auf permanente Kontrolle. Mehrfach pro Woche besuchen sie zu unterschiedlichen Zeiten Cafés, Bars und andere Szenetreffs. „Durch engmaschige Kontrolle stehen wir den Clans auf den Füßen“, so fasst dies ein Polizeisprecher gegenüber dieser Zeitung zusammen.

Zudem identifizierte die BAO zwei weitere Schritte als zentral: Der Schutz von Zeugen müsse verbessert werden, weil deren Einschüchterung durch Clans die Aufklärung so erschwere. Und: Es müssten endlich Clan-Angehörige erfolgreich zum Ausstieg ermutigt werden.

Bescheidene Bilanz im Kampf gegen kriminelle Clans

Doch die anvisierten Erfolge lassen auf sich warten. Gewaltig verändert hat sich in Essen nur eins: der Personalaufwand. Die Zahl eingesetzter Polizisten schoss in die Höhe von 940 (2018) auf 5211 (2022), die der Ordnungsamt-Mitarbeiter von vier auf 247. Auch die Zahl der Identitätsfeststellungen schnellte hoch von 3789 auf 8146, die der Anhalte-Kontrollen von 1978 auf 4398.

Bei diesen über 12.000 Kontrollakten machten die gut 5500 Einsatzkräfte jedoch magere Beute: So wurden 2022 in nur 13 Fällen Fahrzeuge, in 25 Fällen Waffen (meist Messer), in 63 Fällen Betäubungsmittel beschlagnahmt. Die Zahl registrierter Straftaten in Essen lag mit 736 wenig höher als 2018 (730) – was bei verstärkten Kontrollen überrascht. Wer viel mehr Personal einsetzt, findet üblicherweise auch viel mehr.

Inwieweit der Zeugenschutz verbessert wurde, beantwortet Essens Polizei auf Anfrage nicht. Das übernimmt DPolG-Chef Rettinghaus. WELT sagte er, „die Zeugen werden weiterhin von Clans unter Druck gesetzt, das ist leider Standard“. Daran werde sich nichts ändern, „solange die Identität von nichtpolizeilichen Zeugen im Gerichtsprozess genannt werden muss“.

Eiserner Zusammenhalt der Clan-Familien

Klare Antworten blieb Essens Polizei auch auf die Frage schuldig, ob es seit 2018 gelungen sei, Clan-Mitglieder zum Ausstieg zu bewegen oder zu Informanten zu machen. Oliver Huth vom BDK bestreitet dies. „An die maßgeblichen Strukturen der Clans kommt man nicht heran. Die sind alle so familienorientiert wie die ’Ndrangheta in Italien. Bei keinem anderen Mafia-Clan gibt es so wenige Kronzeugen. Onkels oder Cousins werden nun mal nicht verraten. Das gilt leider auch für unsere Clans“.

Und Rettinghaus ergänzt, „gerade bei den immer stärkeren Syrer-Clans“ sei „die familiäre Verbundenheit so stark, dass es nahezu unmöglich ist, dort einzudringen“. Selbst ein Sprecher der Polizei räumt ein, die Familien schotteten „sich von der Gesellschaft ab“, sie seien „geprägt von einem starken Zusammengehörigkeitsgefühl“ mit „verfestigten Familienstrukturen“.

Den Verfassungsschutz ansetzen – wie gegen die Mafia

Doch die Politik hat noch lange nicht alles ihr Mögliche unternommen im Kampf gegen Clans, meinen die Experten. Für Rettinghaus besteht neben dem verbesserten Zeugenschutz ein entscheidender Schritt darin, dass Bund und Länder den Verfassungsschutz (VS) auf die Clans ansetzen.

Denn Verfassungsschützer haben gegenüber der Polizei einen Vorteil: Begehen observierte Personen unter den Augen der VS-Leute eine Straftat, müssen VS-Leute diese nicht verhindern. Anders die verdeckten Ermittler der Polizei: Sie sind zum Eingreifen verpflichtet, sobald Straftaten geschehen. Clan-Kriminelle überprüfen deshalb laut Rettinghaus, ob sie beschattet werden, indem sie zu Testzwecken kleine Straftaten begehen. Dann müssen die Ermittler sich outen. Der VS dagegen könnte im Hintergrund bleiben. Und Erkenntnisse in gewissen Grenzen an die Polizei weiterleiten – so, wie das in Bayern bereits geschieht. Dort werden Mafia-Clans vom Verfassungsschutz beobachtet.

Observation statt Nadelstiche

Einen weiteren von Experten ersehnten Strategiewechsel benennt BDK-Landeschef Huth: Die Polizei müsse „alles daran setzen, Clans als kriminelle Vereinigungen einzustufen, wie sie im Strafrecht definiert werden“. Dann könne man alle Helfershelfer der Clan-Straftäter als Kriminelle behandeln. Ein Beispiel: Das Versicherungsbüro eines Clan-Angehörigen, das Autos von Clan-Drogenkurieren

versichert, würde sich dann – aber auch nur dann – strafbar machen. Dieses Vorgehen hat den italienischen Behörden Erfolge gegen die Mafia-Clans beschert.

Doch eine kriminelle Vereinigung liegt erst vor, wenn die Gruppe als Einheit agiert, Willen zur Vereinigung zeigt, einem Regelwerk und Anführer folgt. Um dies nachzuweisen, müssten die Clans intensiver observiert, abgehört und ihre Strukturen in der Tiefe durchleuchtet werden, sagt der BDK. Weshalb er vereinfachte Abhörmöglichkeiten fordert – wofür der Bund zuständig ist – und deutlich mehr Personal für diese Durchleuchtung, was Sache des Landes wäre.

Mit Tiefenanalysen angreifen – ebenfalls wie gegen die Mafia

„Die vielen tausend Einsatzkräfte, die auf der Straße sind, um den Kontrolldruck hochzuhalten, brauchen wir bei der Kripo, um Clan-Strukturen zu analysieren“, sagt Huth. „Wir müssen sie angreifen wie die italienischen Behörden die Mafia.“

Das aber würde einen Erfolg der Nadelstich-Strategie gefährden. Denn unbestritten treten die Clans öffentlich inzwischen weniger provokant auf. Würden die Nadelstiche reduziert und mehr Kräfte aufs Abhören verlegt, könnte sich das ändern. Aber welche Alternative bleibt sonst? Die Zahl jährlicher Polizei-Neueinstellungen (derzeit 3000) lässt sich schwerlich steigern, schon weil es an qualifizierten Bewerbern mangelt. Reul könnte noch mehr Polizisten aus anderen Bereichen abziehen. Bleibt die Frage: wo?

„Rheinische Post“ (online) vom 10.06.2024: https://rp-online.de/nrw/panorama/unfaelle-auf-landstrassen-nrw-tempo-80-gefordert_aid-114232135

„Wir müssen Landstraßen endlich sicherer machen“ - Todesfalle Landstraße – was sich jetzt ändern soll

Düsseldorf · Gefährliche Überholmanöver, überhöhte Geschwindigkeit und Bäume: Jährlich sind die meisten Verkehrstoten auf Landstraßen zu beklagen. Was ein Brief an zwei NRW-Minister jetzt bewirken soll.

Auf Landstraßen kommt es immer wieder zu tödlichen Unfällen. .Foto: Christoph Reichwein (crei)/Reichwein, Christoph (crei)

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Seit Jahren kommt es auf den Landstraßen in Nordrhein-Westfalen zu vielen schweren Verkehrsunfällen, die häufig tödlich enden. Erst vor wenigen Tagen kam es etwa in Kaarst bei Düsseldorf im Kreuzungsbereich zweier Landstraßen zu einer heftigen Kollision zwischen einem Motorrad und einem Auto, bei dem der Motorradfahrer schwerste Verletzungen davontrug. „Wir müssen die Landstraßen endlich sicherer machen“, fordert der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Erich Rettinghaus. „Jährlich sterben dort viele Menschen durch gefährliche Überholvorgänge und Raserei. Damit muss Schluss sein“, so Rettinghaus weiter.

In einem Brief an NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer (Grüne) und NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) fordert der DPolG-Vorsitzende ein flächendeckendes Tempolimit 80 auf allen Landstraßen, um die Zahl der Unfalltoten in NRW deutlich zu senken. Dafür regt er ein Pilotprojekt an, in dem Tempo 80 auf ausgewählten Landstraßen für eine bestimmte Zeit getestet wird.

Wie hoch der Anteil der bundesweit erfassten Unfalltoten auf Landstraßen ist, zeigt ein im November 2023 veröffentlichter Bericht des Bundesinnenministeriums, wonach im Jahr 2022 insgesamt 57 Prozent aller Verkehrstoten auf Landstraßen zu beklagen waren – 1593 von 2788. Der Versicherer UDV kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: Einer Auswertung der Unfallforschung zufolge ereignen sich fast zwei Drittel aller tödlichen Verkehrsunfälle auf Landstraßen.

Was schon 20 Stundenkilometer weniger ausmachen, zeigt sich am Bremsweg. So kommt ein Auto nach einer Vollbremsung mit 100km/h erst etwa nach 50 Metern zum Stehen; bei 80 km/h steht das Auto schon nach rund 30 Metern. „Geschwindigkeit tötet“, betont Rettinghaus.
„Außerdem erhöhen Wälder und Alleen das Risiko schwerer Schäden, wenn Fahrzeuge von der Straße abkommen“, heißt es bei den Experten des Bußgeldkatalogs. „Die Verkehrswege sind auch wesentlich enger als die weitläufigen Autobahnen oder ähnlich ausgebaute Straßenabschnitte. Und nicht zuletzt können kreuzendes Wild oder landwirtschaftliche Fahrzeuge für zusätzliche Störungen sorgen. Es gibt also zahlreiche Gefahrenquellen auf der Landstraße.“
Der ADAC warnt vorm Überholen auf Landstraßen. „Autofahrende schätzen Geschwindigkeiten und Distanzen beim Überholen oft falsch ein. Deshalb kommt es immer wieder zu kritischen Situationen und Unfällen“, heißt es beim Automobilverband. „Meistens ist die Zeitersparnis ohnehin gering. Berechnungen haben ergeben, dass es, je nach Länge der Strecke, oft nur wenige Minuten sind“, so der ADAC.

„Rheinische Post“ (online) vom 28.06.2024: „Aufruf zur Gewalt – 1000 Linksradikale wollen AfD-Parteitag in Essen verhindern“: https://rp-online.de/nrw/panorama/afd-parteitag-essen-polizei-befuerchtet-krawalle-1000-linksradikale-erwartet_aid-115184461

Düsseldorf · Etwa 80.000 Menschen wollen am Wochenende friedlich gegen die AfD in Essen protestieren. Ein kleiner Teil von Linksautonomen ruft allerdings zu Gewalt auf. NRW-Innenminister Herbert Reul kündigt eine harte Linie gegen Gewalttäter an.

Foto: AFP/VOLKER HARTMANN

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Die Stadt Essen steht vor dem größten Polizeieinsatz ihrer jüngeren Geschichte. Seit Monaten bereiten sich die Sicherheitsbehörden auf den befürchteten Ansturm linksextremer Gewalttäter auf den Parteitag der AfD in der Essener Grugahalle am kommenden Wochenende vor.

In den sozialen Medien im Internet rufen die radikalen Teile der Szene unverhohlen zu Gewalttaten auf, um den Parteitag zu verhindern. „Wir wollen den Samstag bereits frühmorgens mit ein wenig Feuer einleiten, die wir so platzieren, dass der AfD die Anreise zur Grugahalle bereits deutlich erschwert wird“, heißt es auf der Plattform „indymedia“, und weiter: „Sollte die Partei es dennoch schaffen, dort zusammenzukommen, gehen wir zum offensiven Angriff über. Bulleneinheiten, die im Weg stehen, werden wir beiseite räumen.“

Info
Essen wollte Parteitag noch verhindern

Kündigung Die Stadt Essen wollte den mit der AfD abgeschlossenen Mietvertrag für die Grugahalle wieder kündigen - und den Parteitag so verhindern.

Gericht Die AfD zog gegen eine ausgesprochene Kündigung des Mietvertrags vor Gericht – mit Erfolg. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen urteilte, dass die Stadt die AfD nicht anders behandelt dürfe als andere politische Parteien.

Die Sicherheitsbehörden sind alarmiert. Der Stadtteil rund um die Grugahalle wird während des Parteitages in einen Ausnahmezustand versetzt – mit Straßensperren und Kontrollpunkten. Die Polizei hat mehrere tausend Kräfte zusammengezogen. Anwohner müssen auf dem Weg in ihre Wohnungen ihre Ausweise vorzeigen, Hauptverkehrsstraßen werden gesperrt, Bus- und Straßenbahn werden eingestellt. Viele Läden bleiben komplett geschlossen. Grugapark und das dortige große Freibad werden nicht öffnen. In unserem Liveblog halten wir Sie über die aktuellen Entwicklungen auf dem Laufenden.

„Wir wissen, dass es schon im Vorfeld bundesweit Aktionstrainings gab, in denen zum Beispiel Blockadeaktionen geübt werden“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). Reul kündigte eine harte Linie gegen die Gewalttäter und die Androhungen im Internet an. „Das ist der Aufruf zu Straftaten – und wir werden zu all diesen Sachen Strafanzeigen schreiben. Wir haben da kein Verständnis und greifen hart durch“, sagte Reul. „Falls es erforderlich sein sollte, wird die Polizei in Essen diesen Schutz auch sehr robust gewährleisten“, so Reul.

Die Polizei schätzt, dass rund 1000 gewaltbereite Störer aus ganz Deutschland insbesondere aus den Räumen Hamburg, Leipzig und Göttingen sowie dem Ausland kommen werden. Aus informierten Kreisen heißt es zudem: „Wir haben schon Nester mit Pflastersteinen und anderem Wurfmaterial ausgehoben.“

Getragen wird der Protest gegen die AfD aber von einem breiten Bündnis friedlicher Demonstranten, die zu gewaltfreien Kundgebungen aufrufen, darunter Stadt, Unternehmen, Kirchen und Initiativen. Die größten Proteste mit insgesamt bis zu 80.000 erwarteten Teilnehmern werden am Samstag zu Beginn des AfD-Parteitags stattfinden. Die Initiative „Gemeinsam Laut“ ruft ab 10 Uhr zu einer Großdemonstration auf, die am Hauptbahnhof starten und an der Grugahalle enden soll. Die zentrale Versammlung am Nachmittag organisiert die Stadt Essen auf dem Messeparkplatz P2 nicht weit von der Grugahalle, in der sich die AfD-Delegierten treffen.

„Da kommt ein extrem schwerer Einsatz auf uns zu. Wir rechnen mit sehr vielen militanten Gegendemonstranten. Ein Problem wird sicherlich ein, dass Straftaten aus der Menge heraus begangen werden. Es ist extrem schwierig, die Gewalttäter aus dem friedlichen Demonstrationsgeschehen zu separieren“, sagt der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus.

Am Samstag findet abends in Dortmund auch das Länderspiel der deutschen Fußballnationalmannschaft gegen Dänemark statt, was die Gesamtlage für die

Polizei nicht einfacher macht. „Durch die EM sind viele Kräfte bereits gebunden. Dadurch steht uns natürlich auch nur ein begrenztes Kontingent zur Verfügung“, sagt Rettinghaus.

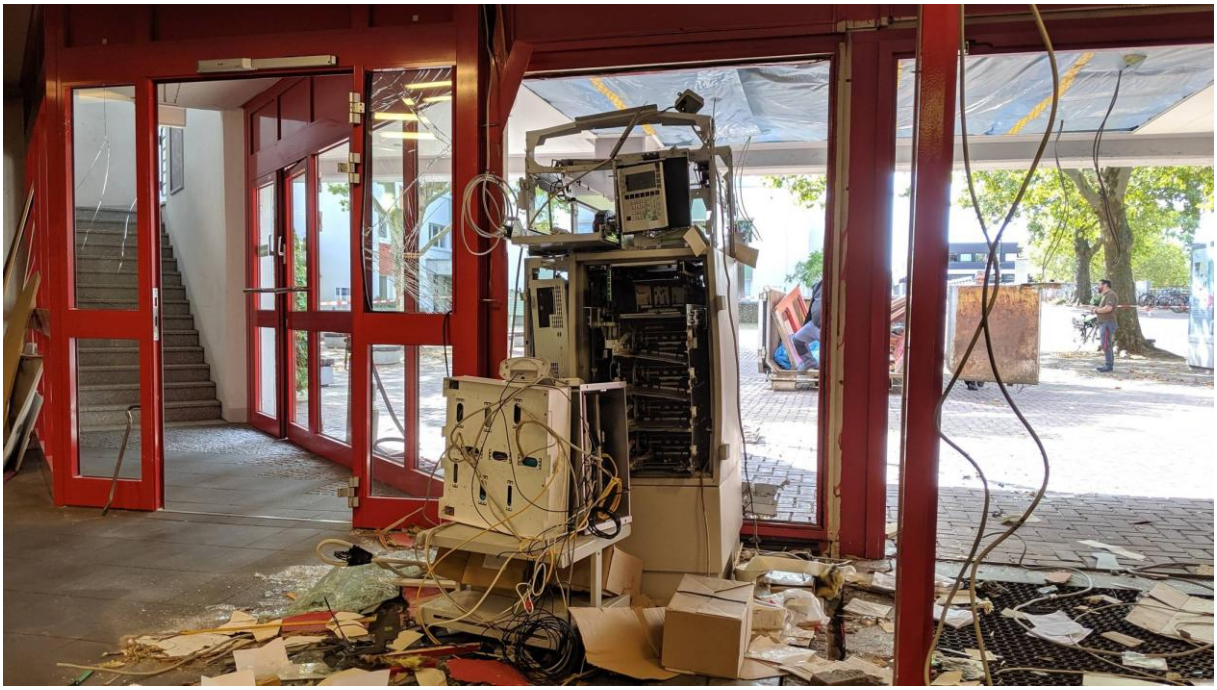
Reul scheint sich über die Terminierung des Parteitages zu ärgern. „Natürlich steht es allen Parteien völlig frei, wann und wo sie ihre Tagungen abhalten. Ob nun aber gerade einer der – bekanntermaßen – kontroversesten Bundesparteitage während einer EM stattfinden muss, ist schon eine Frage, über die alle Beteiligten in einer stillen Minute mal nachdenken könnte“, sagte der Landesinnenminister.

Gewaltbereite Autonomen rechnen wegen der EM mit weniger Polizei. „Es wird der Staatsmacht nicht möglich sein, uns mit einem großen Aufgebot an Aktionen wirksam zu stören“, schreiben sie. Dem entgegnet Reul: „Wer glaubt – oder hofft – wir wären personell nicht in der Lage, diese Einsatzlage zu bewältigen, der irrt.“

Hier geht es zur Bilderstrecke: So bereiten sich Polizei, Demonstranten und die Stadt auf den AfD-Parteitag in Essen vor
(csh)

Rheinische Post“ (online) vom 03.07.2024:
„Nach Ermittlungserfolg durch Düsseldorfer Fahnder - Niederländischer Richter lässt Sprengerbande wieder laufen“
: https://rp-online.de/nrw/panorama/bande-boskoop-richter-laesst-geldautomatensprenger-frei_aid-115466297

Exklusiv | Düsseldorf/Boskoop · Eine Bande soll 21 Geldautomaten unter anderem in NRW gesprengt und einen Millionenschaden angerichtet haben. Ein niederländischer Richter setzte die fünf Männer dennoch wieder auf freien Fuß. Was die ermittelnde Düsseldorfer Staatsanwaltschaft dazu sagt.



Sprengungen von Geldauatomaten verursachen in der Regel auch Millionenschäden an den Gebäuden.
Foto: Christoph Schroeter

Von Christian Schwerdtfeger, Lilli Stegner und Maarten Oversteegen

Es ist erst wenige Tage her, als Düsseldorfs Polizeipräsidentin Miriam Brauns, Soko-Chef Kriminaldirektor Michael Graf von Moltke und Oberstaatsanwalt Daniel Vollmert am 24. Juni stolz verkündeten, eine hochkarätige Bande von fünf mutmaßlichen Bankautomatensprengern zerschlagen zu haben, die in NRW und anderen Bundesländern mindestens 21 Taten begangen und dabei einen Millionenschaden angerichtet haben soll. Gefasst werden konnten sie nach fast einjähriger Ermittlungsarbeit der Soko „Limit“ in ihrem Versteck in den Niederlanden.

Die Euphorie des Fahndungserfolges dürfte nun aber getrübt sein. Denn die fünf mutmaßlichen Bandenmitglieder sollen nach Informationen unserer Redaktion bereits einen Tag nach der Pressekonferenz von Düsseldorfer Polizei und Staatsanwaltschaft durch den zuständigen Richter wieder auf freien Fuß gesetzt worden sein. Demnach sollen sie sich nach zwei Wochen aber wieder bei den Sicherheitsbehörden melden; auch ihre Pässe sollen die Männer haben abgeben müssen. Die zuständigen Sicherheitsbehörden in den Niederlanden wollten sich dazu nicht äußern. „Die Pressehoheit in dem Verfahren hat die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf“, teilte die Polizei in Den Haag auf Anfrage mit.

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf bestätigte den Vorgang. „Im Wege des polizeilichen Nachrichtenaustausches ist auch hier bekannt geworden, dass die Beschuldigten in den Niederlanden jeweils von der Untersuchungshaft verschont wurden. Eine entsprechende justizielle Mitteilung durch die niederländischen Behörden steht jedoch noch aus“, sagte Julius Sterzel, Sprecher der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft. Einfluss auf den weiteren Verlauf der Ermittlungen habe diese Entscheidung zunächst nicht. „Durch die Staatsanwaltschaft wurde für alle fünf Beschuldigten ein Auslieferungsersuchen an die niederländischen Behörden übermittelt. Der Fortgang des Auslieferungsverfahrens und die jeweilige Entscheidung der niederländischen Behörden sind zunächst abzuwarten. Zwischenzeitlich dauern die Ermittlungen weiter an, insbesondere werden die sichergestellten Beweismittel ausgewertet“, so Sterzel weiter.

Wie gefährlich die fünf Männer sein könnten, hatte der Düsseldorfer Oberstaatsanwalt Daniel Vollmert noch auf der Pressekonferenz betont. So drohten ihnen für das Herbeiführen von Sprengstoffexplosionen für jede Tat bis zu 15 Jahre Haft. Außerdem sollte geprüft werden, ob nicht auch wegen versuchten Mordes ermittelt werden könnte. Hinzu kämen noch Strafen wegen bandenmäßigen Diebstahls.

Aus Ermittlerkreisen erfuhr unsere Redaktion, dass man innerhalb der hiesigen Polizei alles andere als erfreut sei über die Freilassung der mutmaßlichen Bandenmitglieder. „So etwas reißt einem den Boden unter den Füßen weg. Wir reden hier nicht über irgendwelche dahergelaufenen Kriminellen. Das sind echte Hochkaräter. Das ist extrem bitter“, so heißt es in Polizeikreisen. „Einer der Männer saß schon fünf Jahre wegen Automatensprengung im Gefängnis. Er hätte als Wiederholungstäter jetzt eine richtig lange Haftstrafe bekommen Und den lässt man jetzt wieder laufen.“ Innerhalb der NRW-Polizei wird aber gleichzeitig auch die gute Zusammenarbeit mit niederländischen Polizisten gelobt.

Zu einer ähnlichen Bewertung kommt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. „Das ist wie ein Schlag ins Gesicht. Die Polizeiarbeit wird dadurch extrem erschwert und die sehr gute Ermittlungsarbeit torpediert. Das darf nicht sein“, sagte Rettinghaus. „Jetzt muss man davon ausgehen, dass die die fünf Männer abtauchen und sich aus dem Staub machen.“

Michael Mertens, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in NRW, lobt zunächst die grundsätzliche Entwicklung im Bereich Automatensprengungen: „Zunächst ist es ein Riesenerfolg, dass die Zahlen der Geldautomatensprengungen in NRW so stark rückläufig sind“, sagte er unserer Redaktion. In der internationalen Zusammenarbeit, auch mit den Niederlanden, könne man sich auf die Rechtsstaatlichkeit verlassen. „Auch wenn Tatverdächtige, wie auch in Deutschland unter Auflagen, nicht in Untersuchungshaft genommen werden, laufen die Verfahren trotzdem weiter“, so Mertens. Ob die Hinweise für eine solche U-Haft ausreichten, liege nicht im Ermessensspielraum der Polizei. „In solchen Fällen blutet das Ermittlerherz vielleicht schon, aber auch das gehört zu einem Rechtsstaat“, sagte er. „Sind mehrere Nationen beteiligt, kann das Verfahren vielleicht etwas schwieriger sein, doch das grundsätzliche Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit bleibt bestehen.“

Die Zusammenarbeit der nordrhein-westfälischen Ermittler mit den niederländischen Behörden ist essenziell. Denn nach wie vor stammt der Großteil der Täter (rund 80 Prozent) aus den Niederlanden – genauer gesagt aus den Gegenden Amsterdam und Utrecht. Die meisten von ihnen haben einen marokkanischen Migrationshintergrund. Sie kommen mit hochmotorisierten Autos über die Grenze nach NRW – oder leihen sich die Fahrzeuge hier. Auch die fünf mutmaßlichen Bandenmitglieder haben nordafrikanische Migrationshintergründe und fuhren einen hochmotorisierten Audi RS 8.

Der Ermittlungserfolg der Düsseldorfer Fahnder, der nach eigenen Angaben ohne die Niederländer nicht möglich gewesen wäre, reiht sich ein in die positive Entwicklung, die die Sicherheitsbehörden in NRW grundsätzlich im Kampf gegen die Sprenger zu verzeichnen haben. So wurden in diesem Jahr erst 18 Automaten gesprengt (davon neun Versuche). Das sind rund 80 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Zurückzuführen ist der Rückgang unter anderem auf die intensive Ermittlungsarbeit der „EK Heat“ beim Landeskriminalamt (LKA), die seit zehn Jahren gegen die Sprengerszene vorgeht, und die vor zwei Jahren erst gegründete „Soko Begas“, die direkt dem NRW-Innenministerium untersteht. Hinzu kommt, dass sich immer mehr Banken besser schützen.

(csh)

RP+ Artikel ; Rheinische Post vom 12.07.2024

„Die Mocro-Mafia streckt ihre Fühler nach NRW aus“

https://rp-online.de/nrw/panorama/duesseldorf-mocro-mafia-draengt-nach-nrw_aid-116074367

Köln / Düsseldorf · **Eine Serie von Explosionen und eine Geiselnahme in Köln, bei der zwei Menschen gefoltert wurden, sollen auf das Konto der berüchtigten „Mocro-Mafia“ gehen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft warnt vor Verhältnissen wie in den Niederlanden.**

Von Claudia Hauser (Reporterin)

Die Ermittlungsbehörden in Nordrhein-Westfalen sind alarmiert: Nach mehreren Explosionen und einer Geiselnahme in Köln-Rodenkirchen am 5. Juli detonierte in der Nacht zu Donnerstag in Düsseldorf erneut ein Sprengsatz vor einem Geschäftshaus in der Innenstadt. Es ist die siebte Explosion innerhalb von drei Wochen in NRW. Nach vorläufigen Erkenntnissen der Kölner Polizei, die auch im Düsseldorfer Fall die Ermittlungen übernommen hat, stehen sowohl die Geiselnahme als auch die Explosionen im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen zwischen Drogenbanden. Die Taten sollen auf das Konto der niederländischen „Mocro-Mafia“ gehen. „Mocro“ ist ein Slangwort für Marokko, weil viele Mitglieder aus Nordafrika stammen.

„Die Mocro-Mafia streckt ihre Fühler nach NRW aus“, sagt Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), unserer Redaktion. „Davor haben wir schon vor der Cannabis-Legalisierung gewarnt“, sagt Rettinghaus. „Der Staat gibt eine Droge frei, regelt aber den Verkauf und den Erwerb nicht – es war blauäugig zu denken, dass da nicht andere auf den Markt kommen und genau diese Lücke für sich nutzen.“ Rettinghaus ist überzeugt: „Die Mocro-Mafia will hier den Markt übernehmen – das ist doch ein riesiges Gewinnversprechen.“

Die Kölner Polizei nannte als Hintergrund der Geiselnahme in Rodenkirchen „eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen zwei Tätergruppierungen nach einem streitbehafteten Drogengeschäft“. Dabei sollen Betäubungsmittel im Wert von 1,5 Millionen Euro unterschlagen worden sein. Kölns Kripo-Chef Michael Esser sprach von einer „neuen Dimension der Gewalt im Bereich der organisierten Kriminalität“. Ein Spezialeinsatzkommando hatte am vergangenen Freitag die beiden Geiseln, eine Frau und ein Mann, aus der Gewalt ihrer Entführer befreit, wobei es laut Polizei zu „extremsten Bedrohungsszenarien“ kam. Der entführte Mann soll Mitglied einer arabischen Großfamilie sein, die in die Unterschlagung der Drogen involviert sein soll. Im Keller des Hauses in Rodenkirchen sollen die Täter die Geiseln gefoltert haben. Sechs Tatverdächtige zwischen 22 und 29 Jahren sind in Untersuchungshaft, wie eine Sprecherin der Kölner Staatsanwaltschaft am Freitag sagt. Fünf der Festgenommenen stehen unter dem dringenden Tatverdacht der Geiselnahme und der gefährlichen Körperverletzung, gegen einen weiteren Mann wird wegen Beihilfe zur Geiselnahme und Verstoßes gegen das Waffengesetz ermittelt. Die Ermittler der Abteilung Organisierte Kriminalität halten sich mit weiteren Details derzeit bedeckt, da mögliche weitere Tatverdächtige noch nicht gefasst wurden – wie der aktuelle Fall der Explosion in Düsseldorf zeigt.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) zählt ebenfalls zu den größten Kritikern der Cannabis-Legalisierung und sieht sich durch die Anschlagsserie und die Entführung bestätigt. Reul warnte im WDR vor Verhältnissen wie in den Niederlanden, „dem Vorreiterland bei der Bagatellisierung und Legalisierung von Rauschgiften“, wie er sagte. Es gebe „kaum ein anderes Land im europäischen Umfeld, wo so mafiöse Strukturen im Bereich des Drogenhandels entstanden sind wie dort“.

Rettinghaus sagt: „Jetzt ist eine zügige und enge Zusammenarbeit mit den Niederlanden gefragt.“ Alle Anzeichen seien höchst alarmierend: „Wir haben ja jetzt schon Bedrohungslagen und Geiselnahmen – wenn wir nicht schnell reagieren, wird das so weitergehen.“

Die „Mocro-Mafia“ ist bekannt für ihre Brutalität. 2020 wurden bei einer Razzia Schiffscontainer gefunden, die offenbar als Folterzelle dienten. Ein Container war mit schalldämpfender dicker Silberfolie ausgekleidet; in der Mitte stand ein Zahnarztstuhl mit Riemen zum Fesseln. Der niederländischen Mafia werden auch mehrere Auftragsmorde zur Last gelegt. So wurde der Kriminalreporter Peter de Vries 2021 auf der Straße erschossen. Der niederländische TV-Journalist war Vertrauensperson für einen Kronzeugen in einem Prozess gegen den später verurteilten „Mocro“-Bandenboss Ridouan Taghi.

Kölns Kripo-Chef Esser sagte, es sei nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, dass bei den Detonationen bislang niemand schwer verletzt wurde. „In den Niederlanden wird auch keine Rücksicht auf Unbeteiligte genommen, da werden auch Unbeteiligte teilweise lebensgefährlich verletzt oder gar getötet“, sagte Esser. Zwischen dem 29. Juni und 5. Juli detonierten Sprengsätze an Wohnhäusern in Köln, Engelskirchen und Duisburg. Auch eine Explosion in Solingen vom 25. Juni könnte zu dieser Anschlagsserie gehören. Der 17 Jahre alte Täter starb an den Folgen. Explosionen vor Hauseingängen sind ein häufig angewandtes Drohmittel niederländischer Drogenhändler. Bei den Fällen in NRW sollen sie wohl Warnungen gewesen sein an die Clan-Mitglieder, die für die Unterschlagung der Drogen verantwortlich sein sollen.

„Rheinische Post“ (online) vom 29.07.2024: „Schreckschuss- und Reizstoffwaffen. Zahl der Kleinen Waffenscheine in NRW steigt weiter.“

https://rp-online.de/nrw/panorama/zahl-der-kleinen-waffenscheine-in-nrw-steigt-seit-jahren_aid-116761431

Düsseldorf · Immer mehr Menschen in NRW legen sich einen Kleinen Waffenschein zu. Der berechtigt sie, bestimmte Waffen auch außerhalb der eigenen Wohnung zu führen. Doch auch diese können gefährlich sein.

Die Zahl der Kleinen Waffenscheine in NRW steigt seit Jahren.
Foto: dpa/Oliver Killig

Von Lilli Stegner

In Nordrhein-Westfalen sind zum Stichtag Ende Juni 222.271 Personen Inhaber eines Kleinen Waffenscheins. Das geht aus einer Anfrage unserer Redaktion an das Landeskriminalamt (LKA) hervor. Diese sind im Nationalen Waffenregister (NWR) gespeichert. Damit ist die Zahl der Menschen, die diesen Schein besitzen, erneut gestiegen. Ende 2023 waren es noch 214.095 Menschen.

Diese Zahl steigt seit Jahren kontinuierlich. Vor zehn Jahren etwa, Ende 2013, waren es noch 61.828 Menschen, die in Nordrhein-Westfalen diesen Kleinen Waffenschein besaßen. Über die Jahre stieg deren Zahl immer weiter, im Jahr 2016 legten sich besonders viele Menschen den Schein zu. So lag die Zahl Ende 2015 bei 70.757 Personen, ein Jahr später war sie schon auf 121.690 gestiegen. Das entspricht einer Zunahme von fast 72 Prozent, fast 60.000 Menschen beantragten in diesem Jahr den Kleinen Waffenschein. Im Vergleich: In anderen Jahren bewegte sich die Zunahme meist bei 10.000 bis 20.000 neuen Scheinen.

Die kontinuierliche Zunahme lasse sich laut LKA unter anderem damit erklären, dass ein Kleiner Waffenschein unbefristet gültig ist. Dadurch zeigt sich die statistische Zunahme. Erst wenn die Waffenbehörde einschreitet und den Schein etwa widerruft oder der Besitzer ihn zurückgibt, verliert er seine Gültigkeit.

Doch aus polizeilicher Sicht ist Vorsicht geboten. „Solche Waffen versprechen erst einmal Sicherheit“, so Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). „Doch das trügt. Im Falle eines Konfliktes führt das oft eher zu einer Gewaltspirale, etwa dem Einsatz von Messern.“ Die Wahrscheinlichkeit sei groß, dass die Situation eskaliere. „Deshalb kann man nur davon abraten, solche Waffen mit sich zu führen“, so Rettinghaus.

Entscheidender für ihn seien aber die Sorgen, die hinter diesem mangelnden Sicherheitsgefühl stünden. „Wenn sich die Menschen weniger sicher fühlen, dann fehlt hier das Vertrauen in die staatlichen Institutionen, deren Aufgabe das ist“, so Rettinghaus. „Das Gefühl von Sicherheit muss wieder hergestellt werden: Durch mehr Präsenz, härterem Durchgreifen im Straffall und klaren Konsequenzen für Täter.“

Auch die Polizei in Nordrhein-Westfalen bittet Bürger im Netz, sich vorher genau zu überlegen, ob sie einen solchen Waffenschein wirklich benötigen: „Denn das Mitführen bringt erhebliche Gefahren mit sich. Der Träger ist sich dessen oft nicht bewusst“, heißt es dort.

Der Kleine Waffenschein wird gebraucht, wenn eine nach dem Waffengesetz zugelassene Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffe außerhalb der eigenen Wohnung, der Geschäftsräume oder des eigenen Besitztums geführt werden soll. Für den bloßen Besitz einer solchen Waffe braucht man keinen Kleinen Waffenscheins. Bei öffentlichen Veranstaltungen (Versammlungen, Demonstrationen, Theater, Kino, Fußballspiele, Jahrmärkte etc.) ist es aber generell verboten, eine Waffe zu tragen – auch wenn man einen Waffenschein besitzt. In den Innenstädten von Köln und Düsseldorf gibt es zudem seit 2021 Waffenverbotszonen. Dort ist es immer wieder zu Straftaten und Angriffen gekommen.

Bei Jägern und Sportschützen gelten etwas andere Regeln. Sportschützen und Sammler brauchen eine sogenannte Waffenbesitzkarte. Diese gibt es in verschiedenen Varianten, je nach Bedarf, und berechtigt den Inhaber zum Erwerb und Besitz von Waffen der jeweiligen Kategorie und dazugehöriger Munition. Jäger brauchen einen Jagdschein. Wer Waffen unter diesen Bedingungen besitzt, darf sie aber nicht in der Öffentlichkeit führen. Sie dürfen dann nur etwa auf dem Gelände des Schießsport-Vereines oder bei Jagdveranstaltungen genutzt werden. Auch beim Transport gelten bestimmte Auflagen.

Wer den Kleinen Waffenschein beantragen will, muss – anders als beim Antrag für einen Großen Waffenschein – weder angeben und begründen, dass er mit der Waffe umgehen kann (Sachkunde), wofür er ihn braucht (Bedürfnis) oder dass er über eine Haftpflichtversicherung verfügt. Die Person muss aber volljährig sein. Außerdem werde laut LKA die „persönliche Eignung zum Führen der Waffe“ geprüft. Das bedeutet, dass Informationen aus unter anderem dem Bundeszentralregister und dem staatsanwaltschaftlichen Verzeichnis abgerufen werden. Wer dann eine entsprechende Waffe mitnimmt, der muss seinen Personalausweis oder Pass und den Kleinen Waffenschein mit sich führen.

„Rheinische Post“ (online) vom 13.08.2024: „Autos wenden im Stau auf A46. Das ist Wahnsinn – die Übeltäter müssen hart bestraft werden“: https://rp-online.de/nrw/panorama/autos-wenden-auf-a46-wuppertal-uebeltaeter-muessen-bestraft-werden-v1_aid-117687511

Wuppertal/Düsseldorf · Am Sonntagnachmittag haben Autofahrer im Stau auf der A46 bei Wuppertal gewendet und Rettungskräfte behindert. Wie gefährlich das ist, was ihnen droht und was die Deutsche Polizeigewerkschaft jetzt für die Übeltäter fordert.

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Nach den illegalen und gefährlichen Wendemanövern auf der Autobahn 46 am Sonntagnachmittag fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft harte Konsequenzen für die Verkehrssünder. „Wer auf der Autobahn wendet, riskiert Menschenleben. Das ist ein absolutes Unding. Die Übeltäter müssen ermittelt und hart bestraft werden. Das ist Wahnsinn“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. „Mit Appellen an die Vernunft kommen wir bei solchen Leuten nicht mehr weiter. Diese Verrohung im Straßenverkehr muss gestoppt werden“, betonte Rettinghaus.

Am Sonntagnachmittag war es gegen 15 Uhr auf der A46 nahe des Sonnborner Kreuzes infolge eines brennenden Autos zu einem Stau gekommen. Die Autobahn war deswegen vorübergehend in Richtung Düsseldorf zwischen Wuppertal-Varresbeck und Wuppertal-Cronenberg voll gesperrt. In der Folge bildete sich ein längerer Stau. Verletzt wurde offenbar niemand. In der Folge ereignete sich auf der Gegenfahrbahn noch ein Auffahrunfall – mutmaßlich verursacht durch Gaffer.

Einige Autofahrer wollten jedoch nicht im Stau stehen bleiben und warten. Sie wendeten mitten auf der Autobahn und fuhren zur nächsten Ausfahrt zurück. Das

dokumentiert ein Video des WDR. Darauf zu sehen sind mehrere Fahrzeuge, die in der gebildeten Rettungsgasse wenden und gegen den Verkehr fahren.

Die Düsseldorfer Polizei verurteilt grundsätzlich gefährliche Wendemanöver auf Autobahnen. „Leider gibt es das immer wieder, dass Leute im Stau die Nerven verlieren und auf eigene Faust auf der Autobahn wenden und dann entgegengesetzt durch die Rettungsgasse fahren, um aus dem Stau herauszukommen. Das ist natürlich Wahnsinn“, sagte ein Sprecher der Düsseldorfer Polizei. Dieses Verhalten sei brandgefährlich und könne im schlimmsten Fall Menschenleben kosten.

„Niemand im Stau weiß, was vorne an der Unfallstelle gerade los ist und was noch benötigt wird. Möglicherweise sind Personen eingeklemmt und weitere Rettungs- und Bergungsfahrzeuge müssen noch durch“, so der Sprecher. „Und stellen Sie sich vor, Sie wären Fahrer eines Rettungsfahrzeuges und plötzlich kommt Ihnen ein Falschfahrer entgegen. Das ist nicht auszudenken“, betonte der Sprecher weiter. „Auch für die Menschen an der Unfallstelle, die möglicherweise noch gerettet werden müssen oder selbst Rettungsmaßnahmen durchführen, ist dieses Verhalten hochgradig gefährlich.“

Solche Wendemanöver sind laut Polizei nicht nur verboten, sondern können die Fahrerlaubnis kosten und andere Strafen nach sich ziehen. Die Polizei lässt solche Fälle nicht auf sich beruhen. „Wenn etwa Videos vorhanden sind, auf denen wir Kennzeichen oder Fahrer erkennen können, gibt es sofort eine Anzeige. Wir gehen den Sachen natürlich nach“, so der Sprecher. „Es gibt sogar Leute, die brüsten sich damit. Die finden das ganz toll, entgegengesetzt zu fahren“, sagte der Sprecher.

Nur in Einzelfällen führt die Polizei selbst Autofahrer aus dem Stau zurück zur nächsten Ausfahrt. „Wir nennen das, den Verkehr leerlaufen. Unter unserer Anleitung werden die Fahrzeuge dann unter größtmöglicher Vorsicht von der Fahrbahn heruntergeleitet“, so der Sprecher der Düsseldorfer Polizei.

RP-Artikel vom 24.08.2024; von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Fälle fast verdoppelt – Messerangriffe in NRW – „Fast jeder zweite Täter ist nicht deutsch“

https://rp-online.de/nrw/panorama/messerangriffe-in-nrw-fast-jeder-zweite-taeter-ist-nicht-deutsch_aid-114050835

Düsseldorf · *In NRW werden immer mehr Taten mit Messern begangen. Nun werden Verbote gefordert. Landesinnenminister Herbert Reul (CDU) will härtere Strafen.*

Die Zahl der Messerattacken ist in Nordrhein-Westfalen um fast 50 Prozent gestiegen. Das geht aus einem Bericht hervor, den NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) auf SPD-Anfrage dem Landtag übermittelt hat. War die Zahl der Attacken mit Messern und anderen Stichwaffen bis 2022 rückläufig und auf 4191 gesunken, stieg sie im vergangenen Jahr sprunghaft um 48,3 Prozent auf 6221 Angriffe an.

Bei fast 5700 im Jahr 2023 ermittelten Tatverdächtigen war mehr als jeder Dritte unter 21 Jahre alt. Fast 87 Prozent waren männlich. Die Mehrheit der Verdächtigen waren Deutsche, gefolgt von Syrern, Türken, Irakern und Rumänen.
Von den mehr als 8000 Opfern der Attacken ist 2023 ebenfalls nahezu jedes dritte Opfer unter 21 Jahre alt (31,1 Prozent) und weit überwiegend männlich (76,5 Prozent). Von den Opfern waren 61,7 Prozent Deutsche, gefolgt von Syrern, Türken, Irakern und Polen. Bei etwa drei Prozent der Attacken (198) habe es sich um Tötungsdelikte gehandelt.

Die Polizei in NRW geht unter anderem mit Schwerpunktkontrollen und Waffenverbotszonen gegen die Messerkriminalität vor. Reul hatte erst zu Wochenbeginn unserer Redaktion gesagt, dass er sich härtere Strafen wünsche. „Wir brauchen verstärkte Maßnahmen zur Kontrolle des Besitzes und Tragens von Messern, schärfere Strafen für deren missbräuchliche Verwendung und intensive Aufklärungskampagnen über die Gefahren. So etwas wie in Mannheim darf sich nicht wiederholen“, betonte Reul.

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Erich Rettinghaus hatte zudem ein grundsätzliches Trageverbot von Messern in der Öffentlichkeit in NRW ins Spiel gebracht. Ähnliches fordert nun auch die SPD. „Sämtliche Springmesser verbieten! Grundsätzlich muss niemand in der Öffentlichkeit mit einem Messer in der Tasche herumlaufen“, betonte SPD-Innenexpertin Christina Kampmann.

Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher der FDP, erklärte: „Wir brauchen spürbar klare Kante gegen Messergewalt! Wer in NRW mit einem Messer erwischt wird, muss die Konsequenzen sofort spüren“, sagte Lürbke, und mit Blick auf die Täter sagte er: „Mehr als jeder dritte Tatverdächtige ist unter 21 Jahre alt, überwiegend männlich und fast jeder zweite Täter ist nicht deutsch“, so Lürbke. „Diese Erkenntnisse muss Schwarz-Grün als Chance nutzen und gezielte Präventionsmaßnahmen ergreifen, in Jugendtreffs, Sportvereinen und auch Flüchtlingsunterkünften, um diesen gefährlichen Trend unter jungen Männern zu stoppen“, so der FDP-Politiker weiter.

RP-Artikel vom 24.08.2024; von Christian Schwerdtfeger und Sina Zehrfeld

Freude über Nachwuchs – 3000 neue Polizei-Azubis in NRW – aber zu viele Abbrecher

https://rp-online.de/nrw/panorama/ausbildung-bei-polizei-nrw-3000-neue-azubis-fuer-2024-25_aid-118152701

Düsseldorf · NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) freut sich über viele neue Anwärter bei der Polizei. Kritik kommt aber von Gewerkschaften und Opposition. Was bemängelt wird.

In NRW wollen trotz zunehmender Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft offenbar immer mehr junge Menschen zur Polizei gehen. Zum zweiten Mal in Folge beginnen in diesem Herbst 3000 Anwärterinnen und Anwärter ihre Ausbildung bei der NRW-Polizei, wie unsere Redaktion aus dem Landesinnenministerium erfuhr. „Dass sich so viele Frauen und Männer in den Dienst des Staates stellen wollen, finde ich sensationell“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). „Nachdem wir letztes Jahr mit dem größten Einstellungsjahrgang bei der Polizei Nordrhein-Westfalen Geschichte geschrieben haben, machen wir weiter damit und bauen den Personalkörper weiter auf“, betonte Reul. Zum Vergleich: Vor vier Jahren war noch mit rund 2500 Anwärtern ein neuer Einstellungsrekord erzielt worden.

Insgesamt hatten sich mehr als 11.200 junge Menschen bei der Polizei beworben. „Wir nehmen natürlich nicht jeden und sieben aus“, heißt es aus Polizeikreisen. 281 der aktuellen Anwärter sind sogenannte FOSler. Sie kommen aus dem erst vor zwei Jahren eingeführten Bildungsgang „Fachoberschule Polizei (FOS)“, der sich an Realschulabsolventen richtet.

Info
So viele Menschen arbeiten bei der Polizei

Zahl Inklusive der Auszubildenden arbeiten rund 60.000 Menschen bei der Polizei Nordrhein-Westfalen. Mehr als 41.000 davon sind Polizeivollzugsbeamte.
LAFP Das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) ist maßgeblich für die Ausbildung zuständig. Dort durchlaufen die angehenden Polizisten bestimmte Trainingsmodule.

Kritik kommt von den Polizeigewerkschaften, die zwar die hohe Zahl an Einstellungen begrüßen, aber auf eine viel zu hohe Abbrecherquote hinweisen. „Was nützt es uns, 3000 Kräfte einzustellen, wann davon während der Ausbildung viele wieder aufhören?“, sagte der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Erich Rettinghaus. „Wir dürfen auf keinen Fall die Ansprüche herunterfahren und aufweichen, nur um hohe Zahlen zu bekommen. Man muss also nicht um jeden Preis an der 3000-Marke festhalten, wenn Qualifikationen nicht so sind wie gewünscht“, so Rettinghaus. Die jährliche Abbrecherquote sei viel zu hoch. „Das verursacht natürlich auch enorme Kosten“, so Rettinghaus weiter.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mahnt, dass sich die Landesregierung im Glanz der erhöhten Einstellungszahlen bei der Polizei sonne, sie passe aber die Ausbildungsbedingungen nicht an die Zahlen an. Laut GdP haben vom Einstellungsjahrgang 2023 bereits im ersten Jahr 130 Kommissaranwärterinnen und -anwärter freiwillig aufgegeben und sich beruflich neu orientiert. „Das können wir uns nicht leisten“, betonte GdP-Landeschef Michael Mertens.

Es liege an den unzureichenden Ausbildungsbedingungen, kritisiert die politische Opposition im Landtag. „Die schwarz-grüne Landesregierung prahlt mit großen Zahlen, doch die Realität zeigt, dass die Infrastruktur für diese Anwärter völlig unzureichend ist“, sagte der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Marc Lürbke. „Es fehlt an qualifizierten Ausbildern und notwendiger Ausrüstung, von Übungswaffen bis hin zu Schutzwesten.“ So würden die jungen Menschen nicht optimal auf ihren Job vorbereitet, das sei „grob fahrlässig“.

Zudem sei die Zahl derjenigen, die die Ausbildung an den Nagel hängen, nicht nur noch, sondern zuletzt auch noch gestiegen, hielt die Innenexpertin der SPD-Fraktion vor Augen, Christina Kampmann. „Herr Reul sagt immer, das sei in anderen Studiengängen auch so. Aber es muss unser Anspruch sein, die Situation zu verbessern. Wir brauchen diese Polizeikräfte“, sagte sie. „Die Kapazitäten für die Ausbildung müssen an die gestiegene Einstiegszahlen angepasst werden. Sonst fürchten wir, dass sich die Abbrecherquote noch weiter erhöhen wird.“

RP-Artikel vom 26.08.2024; von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

NRW-Innenminister Herbert Reul: „Wir brauchen klare Regelungen und Begrenzungen für Zuwanderung“

https://rp-online.de/nrw/panorama/anschlag-solingen-nrw-innenminister-herbert-reul-im-interview_aid-118204621

Interview | ***Solingen*** · Nach dem Anschlag in Solingen spricht NRW-Innenminister Herbert Reul über die Festnahme des Tatverdächtigen, mögliche Mitwisser und einen brisanten Fund im Asylheim. Zudem fordert er eine Begrenzung der Zuwanderung.
Als Herbert Reul (CDU) am Freitagabend nach Hause kommt, guckt er noch ein wenig Fernsehen – was bei seinem Terminplan selten genug vorkommt. Dann bekommt er einen Anruf. Er erfährt, dass es in Solingen beim Stadtfest Tote und Verletzte durch einen Messerangreifer gegeben hat. Wenig später ist er bereits am Tatort.

Waren es die schlimmsten 24 Stunden ihrer Amtszeit?

Reul: Es war schon sehr anstrengend und sehr belastend. Die Tat hat mich zu tiefst erschüttert. Ich denke an die betroffenen Menschen, an die Familien. Zwar wusste auch ich, dass so etwas Schreckliches leider jederzeit passieren konnte. Aber wenn es dann wirklich passiert, haut es einen aus den Schuhen. Hinzu kommt, dass der Anschlag auch noch in der Nähe meines Wohnortes stattfand, also quasi in meiner Nachbarschaft.

Was wissen Sie über den Tatverdächtigen?

Reul: Er ist 26 Jahre alt und kommt aus Syrien. Seit 2022 ist er in NRW, zunächst lebte in Paderborn und dann in Solingen. Wir haben aber keine Vorerkenntnisse über ihn gehabt.

War die Tat geplant?

Reul: Die Tat ist nicht aus einer Auseinandersetzung entstanden. Dafür gibt es keine Indizien. Es war wohl nicht spontan.

Hatte er mehrere Tatwaffen?

Reul: Nein. Ein Messer. Und das haben wir unweit des Tatorts in einem Durchgang gefunden.

Der Fundort des Messers ist in der Nähe der Asylunterkunft, die am Samstagabend von der Polizei gestürmt wurde. Ist der Tatverdächtige nach der Tat ins Asylheim geflüchtet?

Reul: Das wissen wir nicht und ist Teil der Ermittlungen.

In welcher Verbindung steht der Tatverdächtige zu dem Mann, der zuvor in der Asylunterkunft festgenommen worden ist?

Reul: Die beiden kennen sich gut. Die haben viel zusammen gemacht – möglicherweise auch am Tattag. Er wusste auf jeden Fall irgendetwas über den Flüchtigen. Er war nicht unwissend.

Der Tatverdächtige war nicht in der Unterkunft, als der Zugriff erfolgte …

Reul: Wir hatten gehofft, den Tatverdächtigen in der Asylunterkunft erwischen zu können. Er war aber nicht da, dafür aber sein Bekannter, den wir dann festgenommen haben. Der hohe Fahndungsdruck und diese Festnahme hat vielleicht bei dem flüchtigen Tatverdächtigen etwas ausgelöst, dass ihn zur Aufgabe bewegt haben könnte. Er hatte sich ja nicht weit von der Unterkunft versteckt. Wahrscheinlich ist er dadurch auch aufgeschreckt worden und hat dann aufgegeben.

Wurden Beweise oder Indizien entdeckt?

Reul: Wir haben den anderen Mann nicht nur festgenommen, sondern auch was gefunden, unter anderem eine Halterung für ein Messer. Und da passte das von uns zuvor gefundene Messer genau rein.

Was ist mit dem 15-Jährigen, der am Samstagmorgen festgenommen worden ist?

Reul: Der 15-Jährige hat womöglich etwas von der Tat gewusst. Wenn sich das bestätigen sollte, kriegt er große Probleme. Er hätte es dann sagen müssen. Aber jemand hat gehört, wie er weit vor der Messertat darüber gesprochen hat. In welcher Verbindung er konkret zu dem Tatverdächtigen steht, kann ich noch nicht sagen.

Muss nun das Tragen von Messern in der Öffentlichkeit verboten werden?

Reul: Ich finde es nicht besonders klug, spontan und unmittelbar nach so einer Tat sofort nach so einer Maßnahme zu rufen. Die Ermittlungen laufen. Klar ist: Messer sind ein großes Problem und es gibt nicht die einzige Lösung gegen das Problem. Ein Verbot alleine ist es jedenfalls nicht. Die Regeln für Messer sind auch sehr kompliziert.

Was halten Sie von der von Frau Faeser angestoßenen Diskussion über die Klingenlänge?

Reul: Der Täter in Solingen hat ein Messer mit einer Klinge von 15 Zentimetern eingesetzt. Die Frage ist: Wo fängt man da an? Bei einer Klingenlänge von sechs Zentimetern? Es kann doch auch keiner plötzlich rausgehen und anfangen zu messen. Ich finde, dass Verbote kontrolliert werden müssen und deshalb bin ich für Waffenverbotszonen so wie wir sie in NRW in Düsseldorf und Köln haben. Das gibt der Polizei das notwendige Werkzeug und hat Wirkung.

Braucht die Polizei mehr rechtliche Befugnisse?

Reul: Wir müssen klug abwägen, welche Instrumente die Polizei noch weiter braucht. Aber grundsätzlich müssen wir überlegen, wie wir Videoüberwachung leichter erlauben können. Man kann nicht auf jedem Sommer- und Schützenfest flächendeckend Videokameras aufstellen. Das ist auch nicht nötig, glaube ich. Wir haben bei der Polizei auch schon zehn mobile Videoanlagen angeschafft, die bei Bedarf für Gefahrenhotspots angefordert werden können. Ich finde, dass ist der richtige Ansatz.

Der Tatverdächtige sollte abgeschoben werden. Dennoch konnte er in Deutschland bleiben. Ist es zu schwer, Menschen wieder abzuschieben?

Reul: Auch Abschiebungen müssen schneller und einfacher gehen. Aber wer denkt, dass sei die Lösung, der irrt auch. Wenn wir in NRW beispielsweise monatlich weiterhin so viele neue Flüchtlinge bekommen wie wir im Jahr abschieben werden, bringt das auch nicht viel. Auch von der groß von der Bundesregierung angekündigten Abschiebungswelle ist noch nichts zu sehen bisher. Vielmehr muss die Zuwandererfrage geklärt werden.

Bedarf es einer Wende in der Asylpolitik?

Reul: Wir können nicht alle aufnehmen, die zu uns kommen wollen. Wir brauchen klare Regelungen für die Zuwanderung. Und wir brauchen eine Begrenzung. Wir müssen an den Außengrenzen Europas Lösungen finden, wir müssen an den deutschen Grenzen die Maßnahmen intensivieren.

„Der Westen“ (online) vom 06.09.2024: „NRW – Schon drei Menschen nach Solingen erschossen! Sitzt die Waffe bei der Polizei jetzt lockerer?“ - https://www.derwesten.de/region/nrw-solingen-schuesse-tote-id301126870.html

Von Alexander Keßel

Nach dem Messer-Anschlag von Solingen hat die Polizei in kurzer Zeit drei Menschen erschossen. Die Fälle werfen Fragen auf.

Der Messer-Anschlag von Solingen am 23. August (hier alle Details >>>) hat die Menschen bundesweit in Schockstarre versetzt. Drei Menschen ließen bei dem mutmaßlich islamistischen Terror-Anschlag beim Stadtjubiläum ihr Leben.

In den ersten beiden Wochen nach der Tat hat die Polizei bei unterschiedlichen Einsätzen in NRW drei Menschen erschossen. Erst in Moers , danach in Recklinghausen und zuletzt vor einem Burger King in Bonn. Auch in München hat die Polizei am Donnerstag (5. September) einen 18-Jährigen niedergestreckt, der offenbar einen Anschlag geplant hatte (hier mehr lesen >>>). Die Fälle werfen Fragen auf.

NRW: „Feuer frei“ bei der Polizei nach Solingen?

Die Bedrohungslagen waren unterschiedlich. In Moers ging ein Unbekannter mit Messer auf Passanten und Beamte los, in Recklinghausen war ein Familienstreit eskaliert und in Bonn offenbar ein Streit im Obdachlosen-Milieu. In allen Fällen zückten Beamte die Schusswaffe und streckten die Bewaffneten nieder – mit tödlichem Ausgang. Es stellt sich die Frage: Gibt es eine neue Handlungsanweisung bei der Polizei nach Solingen? Sind Beamte dazu angehalten, früher zu schießen?

Das verneint Erich Rettinghaus auf Nachfrage von DER WESTEN. Der Sprecher der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW merkt jedoch an: „Man ist natürlich sensibilisiert und sieht die Entwicklung.“ Damit spielt er auf eine Häufung von Messer-Angriffen nicht nur in NRW hin, die seine Kollegen nach Solingen registrieren. Eine Beobachtung, die die Polizei nach derartigen Ereignissen schon öfter gemacht habe.

Experte spricht Klartext: „Fatale Entwicklung“
Der Polizeigewerkschaftler spricht von Menschen, die sich offenbar von Taten wie in Solingen angestiftet fühlen – aus welchen Gründen auch immer. Die Hemmschwelle, mit einem Messer auf Menschen loszugehen, sei aus Sicht der Polizei gesunken. „Das ist eine fatale Entwicklung“, so Rettinghaus. Zumal Menschen, die töten wollen, gezielt auf Bereiche gehen, die selbst bei ausgerüsteten Polizisten völlig ungeschützt sind, etwa die Kehle.

Den Beamten bleibe oftmals keine andere Wahl, als zu erschießen. Im Einzelfall müsse natürlich immer abgewogen werden, ob das letzte Mittel der Wahl angemessen ist. Doch wenn es um Schutz von Leib und Leben geht, werde der Gebrauch der Schusswaffe in der Regel als verhältnismäßig gesehen.

Um die Lage in den Griff zu bekommen, fordert Erich Rettinghaus mehr Kontrollen bei öffentlichen Großveranstaltungen und schärfere Waffengesetze. Ein generelles Verkaufsverbot von Messern sei aus seiner Sicht allerdings Aktionismus. Schließlich sei das Messer allein als Küchenwerkzeug unverzichtbar. Aber: „Messer haben in der Öffentlichkeit überhaupt nichts zu suchen“, sagt der Polizeigewerkschaftler klar.

Es sei an der Zeit, das Sicherheitsgefühl der Menschen in der Öffentlichkeit wieder herzustellen, sodass in Streit-Situationen nicht jeder eine mitgebrachte Waffe oder auch Mittel zur Gefahrenabwehr zückt. Denn die würden im Zweifel die Konflikte schnell hocheskalieren lassen. Um Straftäter abzuschrecken wünscht sich Rettinghaus zeitnahe und strikte Verurteilungen. „Das Strafmaß muss spürbar und schmerzhaft sein.“ Nur so sei es seiner Ansicht nach möglich, den Einsatz von Messern unattraktiv werden zu lassen.

RP+ Artikel

https://rp-online.de/nrw/panorama/intensivtaeter-in-nrw-zahl-steigt-herbert-reul-nimmt-eltern-in-die-pflicht_aid-118750113

Zahl der Intensivtäter in NRW steigt weiter – der Jüngste ist erst 13 Jahre alt

Exklusiv | Düsseldorf · Landesweit hat die Polizei erneut mehr Tatverdächtige ermittelt, die für mehrere Taten verantwortlich sind. Einige von ihnen haben jeweils mehr als 100 Straftaten begangen. Wo es in NRW die meisten Intensivtäter gibt.

Von Christian Schwerdtfeger Chefreporter/Leiter Reporterteam

Trotz umfangreicher Präventionsprogramme ist in Nordrhein-Westfalen die Zahl der sogenannten Intensivstraftäter im dritten Jahr in Folge gestiegen. Dabei handelt es sich um Kriminelle, die mindestens fünf Straftaten in einem Jahr begangen haben. So stieg deren Zahl von 1442 im Jahr 2021 um rund 14 Prozent auf 1647 im Jahr 2023 – und nähert sich damit wieder den Zahlen vor der Pandemie.
Ein besonderer polizeilicher Fokus liegt dabei auf jungen Straftätern, die in vielen Fällen noch minderjährig sind. NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) nimmt deswegen die Familien in die Pflicht. „Gerade bei Kindern und Jugendlichen erwarte ich von den Eltern und Familienangehörigen mehr Fokus auf eine gute Erziehung. Denn sonst verlieren sich die Kinder und Jugendlichen in falschen Freundeskreisen oder im Internet“, sagte Reul unserer Redaktion.

Einer Auswertung des NRW-Innenministeriums zufolge gibt es derzeit im Zuständigkeitsgebiet des Polizeipräsidiums Köln die meisten Intensivtäter in NRW – nämlich 206. Es folgen die Polizeipräsidien Essen (155), Duisburg (137), Dortmund (135), Aachen (72), Oberhausen (57), Paderborn (52), Viersen (47), Mönchengladbach (46) und Bochum (44).

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). Erich Rettinghaus, plädiert angesichts zunehmender jugendlicher Gewalttäter für einen betreuten „Warnschussarrest“. „Junge Täter – insbesondere Mehrfachtäter – müssen wissen, dass das Begehen von Straftaten spürbare Konsequenzen hat. Gerichte müssen sie schnell nach den Taten hinter Gitter schicken, wo sie dann aber von Sozialarbeitern betreut werden“, sagte Rettinghaus. „Es muss Schluss sein mit der sogenannten zweiten Chance für junge Kriminelle, insbesondere für Gewalttäter“, sagte Rettinghaus weiter. Entscheidend sei, dass die Verfahren schnell erfolgten.
Damit spielt Rettinghaus auch auf die zurückgehende Zahl der Verurteilungen von jugendlichen und heranwachsenden Straftätern in NRW an, die im Zehnjahresvergleich um 55 Prozent zurückgegangen ist. So wurden laut Statistischem Landesamt IT.NRW im Jahr 2022 12.397 junge Menschen von Gerichten in NRW verurteilt. Darunter waren 5028 jugendliche Delinquenten und 7369 Heranwachsende im Alter von 18 bis unter 21 Jahren. Zehn Jahre zuvor waren es 27.538 Verurteilungen gewesen. Zum Vergleich: Die Zahl der Verurteilungen von erwachsenen Straftätern ab 21 Jahren sank binnen eines Jahrzehnts lediglich um 14,1 Prozent.
Dabei nimmt die Kinder- und Jugendkriminalität in NRW zu. So gab es etwa 2022 41 Prozent mehr Tatverdächtige unter 14 Jahren als im Jahr davor.

Rheinische Post“ (online) vom 07.09.2024: „Opfer leiden psychisch. Raubüberfalle in NRW nehmen zu – welche Städte besonders betroffen sind“ - https://rp-online.de/nrw/panorama/raubueberfaelle-in-nrw-nehmen-zu-koeln-und-duesseldorf-stark-betroffen_aid-118665669

Exklusiv | Düsseldorf · Landesweit werden immer mehr Menschen Opfer von Raubüberfällen. NRW-Innenminister Herbert Reul ist alarmiert. An welchen Örtlichkeiten die meisten Raubdelikte stattfinden.

Tankstellen zählen zu den zehn Örtlichkeiten, wo es die meisten Raubüberfälle gibt.
Foto: dpa/Nord-West-Media TV

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Nordrhein-Westfalens Straßen werden zunehmend unsicherer. So stieg die Zahl der Raubüberfälle in NRW innerhalb eines Jahres (von 2022 auf 2023) um zwölf Prozent auf 12.625 Fälle, wie das Landesinnenministerium unserer Redaktion mitteilte. Im Vergleich zu 2018 bedeuten die Fälle sogar einen Anstieg von rund 20 Prozent; damals hatte es 10.531 Raubdelikte gegeben.

„Besonders die Raubüberfälle auf der Straße oder in Geschäften haben einen großen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Menschen“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU). „Neben dem finanziellen Schaden und möglicherweise auch äußerlich sichtbaren Verletzungen, darf man nicht vergessen, was ein Überfall mit der Seele des Menschen macht“, so Reul, der betonte, dass die Polizei auch deswegen alles unternehme, um Tatverdächtige zu identifizieren.

Info

Was Raub genau bedeutet
Definition
Unter Raub versteht das Gesetz die Wegnahme von fremden Eigentum unter Androhung von Gewalt.

Laut Gesetz wird bei der Bestrafung der Täter zwischen verschiedenen Formen des Raubes und nach der Schwere der Verletzungen des Opfers unterschieden.

Den Angaben des NRW-Innenministeriums ereigneten sich die meisten Fälle von Raub und räuberischer Erpressung mit 4075 Taten auf öffentlichen Straßen und Plätzen innerhalb geschlossener Ortschaften. Als Tatorte folgen Geschäfte (851 Fälle), Mehrfamilienhäuser mit weniger als neun Geschossen (793), Lebensmittelgeschäfte (765), Parks (510), Bahnhöfen (430), Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel (383), Parkplätze (300), Tankstellen (272) und öffentliche Schulen (264).

„Das ist eine erschreckende Entwicklung. Das spiegelt leider auch das Unsicherheitsempfinden vieler Bürger wider, die sich seit Jahren nicht mehr sicher fühlen auf den Straßen“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. Er forderte härtere Strafen für die Täter, die schnell erfolgen müssten. „Die Strafen müssen richtig weh tun, damit sie Signalwirkung haben. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind gegeben. Sie müssen nur auch dringend angewandt werden. Es kann nicht länger sein, dass solche Täter immer wieder schnell auf freien Fuß gesetzt werden. Damit muss endlich Schluss sein“, so Rettinghaus.

Ein Großteil der Raubüberfälle findet in Großstädten statt. Einer Auswertung der Landesinnenministeriums zufolge gab es im vergangenen Jahr im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Köln, in das auch die Stadt Leverkusen fällt, mit 1474 Fällen die meisten dieser Verbrechen. Es folgen die Polizeipräsidien in Düsseldorf (880 Fälle), Dortmund (847), Essen (624), Duisburg (521), Recklinghausen (502), Bochum (486), Gelsenkirchen (456), Aachen (438) und Bonn (406).

In vielen Fällen wenden die Täter auch massive Gewalt an und verletzen ihre Opfer schwer, um an ihre Beute zu kommen. In anderen Fällen werden Betroffene auch in Fallen und Hinterhalte gelockt. So wurde erst in der vergangenen Nacht ein 35-Jähriger in Düsseldorf von zwei Frauen in den Hofgarten hinter der Oper geführt, wo er dann von mehreren Männern ausgeraubt wurde. „In manchen Gegenden sollte man sich spät abends und nachts möglichst nicht alleine aufhalten“, heißt es aus Polizeikreisen. „Und man sollte immer seine Umgebung im Blick behalten.“

Nach Auskunft des Opferschutzportals NRW können die Folgen eines Raubes darüber hinaus zu schweren psychischen Belastungen führen. In solchen Fällen sollten sich Betroffene professionelle Hilfe holen. Die Opferschützer des Landes empfehlen dazu, zunächst die nächstgelegenen Polizeidienststelle aufzusuchen. Diese würde dann Kontakte zu Hilfeeinrichtungen und Beratungsstellen vermitteln.

(csh)

Neue Westfälische vom 07.10.2024 **NW+ Artikel**

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23957698_Wie-sich-Polizisten-in-NRW-gegen-Messerangriffe-schuetzen.html

Ist der Taser die Lösung?

Wie sich Polizisten in NRW gegen Messerangriffe schützen

Im Mai tötete ein mutmaßlicher Islamist einen Polizisten in Mannheim mit einem Messer. Zahlen zeigen, dass es auch in NRW immer wieder zu Attacken mit Waffen auf Polizisten kommt.

Von Lukas Brekenkamp

Bielefeld. „Messer sind wahrscheinlich gefährlicher als alle anderen Waffen“, sagt Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). Sie sind in an jeder Ecke zu bekommen, und zwar in jeglicher Ausführung. Und immer mehr Menschen tragen offenbar die tödlichen Waffen bei sich. Die Polizei in NRW ergreift Schutzmaßnahmen – Rettinghaus will jedoch mehr.

Als eine Schutzmaßnahme tragen Polizisten in NRW unterschiedliche Uniformteile. Etwa die ballistische Schutzweste, die neben Kugeln aus Schusswaffen auch vor Messerstichen schützt. Weitere Einzelheiten nennt ein Sprecher des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste NRW (LZPD) nicht – damit die Polizisten auch weiterhin geschützt sind. Er berichtet aber von Schulungen im Bereich Eigensicherung. „Hierbei geht es auch darum, wie man sich Personen annähert, wie man Ihnen gegenübersteht und welche Abstände man einhalten sollte.“

Rettinghaus mahnt jedoch: „Absolute Sicherheit wird es nie geben.“ Zuletzt hatte das Attentat von Mannheim gezeigt, wie tödlich ein Messerangriff enden kann und dass auch Polizisten nicht vollständig geschützt sind: Bei einem Angriff auf einen Islamkritiker stach ein mutmaßlicher Islamist auf mehrere Menschen ein. Unter anderem auch auf einen Polizisten, den der Mann in den Hals traf, wie Videos der Tat zeigen. Der Beamte wurde schwer verletzt und starb wenig später.

Keine schützenden Schals in NRW – noch nicht

Mit sogenannten Schnittschutzschals sollen saarländische Polizisten künftig besser gegen Messerangriffe geschützt sein.
Im Saarland wurden nun sogenannte Schnittschutzschals angeschafft. Dieser Halsschutz, ähnlich wie ein Schlauchschal, soll durch die materielle Beschaffenheit vor Stichen oder Schnitten schützen. Auch in Bremen und Niedersachsen beschäftigen sich die Behörden mit der Anschaffung. In NRW wird diese Schutzausrüstung nicht eingesetzt, eine Beschaffung ist laut LZPD aktuell nicht geplant. Aus gut informierten Kreisen heißt es, man beobachte die Situation jedoch genau und habe keine abschließende Entscheidung zu der Schutzausrüstung getroffen.

„Natürlich wäre es nicht schlecht, solche Schals auch in NRW anzuschaffen. Geht es um Sicherheitsmaßnahmen für Polizisten, kann es nicht genug geben“, sagt Rettinghaus. „Letztendlich ist der tatsächliche Schutz aber von jedem Polizisten selbst abhängig.“ Immerhin sei es den Polizisten selbst überlassen, ob sie diese Schals tragen oder nicht.
„Im Sommer wird sicher nicht jeder Kollege den Schutz während der gesamten Schicht tragen“, sagt Rettinghaus. Ein großes Problem: „Situationen, in denen Messer gegen uns Polizisten gerichtet werden, ergeben sich in der Regel urplötzlich. Den Schal dann erst anzulegen kommt also auch nicht infrage.“

Fortbildungen für Polizisten in NRW

Generell warnt Rettinghaus: „Setzt jemand ein Messer gegen Polizisten oder Passanten ein, um sie gezielt zu töten, dann sucht er sich Körperstellen aus, an denen ein Stich potenziell tödlich ist.“ Der Polizeigewerkschafter sieht daher in einer ganz anderen Sicherheitsmaßnahme Potenzial nach oben: „Wir brauchen in NRW mehr Fortbildungen.“

In NRW wurden 2022 insgesamt 34 Straftaten gegen Polizisten erfasst, bei denen ein Messer eingesetzt wurde. In elf Fällen kam es zu einer (gefährlichen) Körperverletzung, in 15 Fällen zu einer Bedrohung. Im Jahr 2023 waren es derweil laut vorläufigen Zahlen mehr als 60 Straftaten, bei denen ein Messer gegen Polizisten eingesetzt wurde.

Rettinghaus plädiert vor allem für mehr Schulungen im Bereich der Eingriffstechniken. Dabei gehe es darum, Angriffe abzuwehren, Einsatztaktiken zu entwickeln oder das Handeln in besonderen Situationen. „Zudem sollte es für die Polizisten im Land mehr Schießtrainings geben.“

Polizei setzt tausendfach Schusswaffen ein

Oft sei die Schusswaffe das einzige Mittel für die Polizei, einen Messerangreifer abzuwehren. „In solchen Situationen geht es ganz schnell, mehrere Meter werden in einer Sekunde zurückgelegt. Da hilft auch leider kein Taser“, sagt Rettinghaus.

Die sogenannten Elektroschock-Pistolen sind bisher nur in einigen Kreisen in NRW im Einsatz. Grund sind Unstimmigkeiten in der Landesregierung über die Anschaffung – die Kritik an den Tasern geht von den Grünen aus. „Taser sind für uns ein wichtiges Hilfsmittel, aber nur in statischen Situationen“, erklärt Rettinghaus.

Die Polizei in NRW hat seit 2022 mehr als 5.500 Mal von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Allerdings in den allermeisten Fällen gegen Wildtiere, etwa um ein schwerverletztes Tier nach einem Wildunfall zu erlösen. In 38 Fällen schossen Polizisten laut NRW-Innenministerium auf Personen. Zehn Personen wurden dabei getötet, 28 verletzt.

RP+ Artikel vom 02.12.2024:
„Nach Chaosfahrt auf A1 und A46 -
Wie „Alkolocks“ Lkw-Fahrten unter Alkoholeinfluss verhindern“

Düsseldorf · Die verheerende Chaosfahrt eines Lasters am Wochenende hat eine Debatte über mehr Alkoholkontrollen ausgelöst. Der Unglücksfahrer befindet sich nun in einer Psychiatrie. Was SPD, FDP und die Deutsche Polizeigewerkschaft jetzt fordern.

https://rp-online.de/nrw/panorama/chaosfahrt-a1-und-a46-forderung-nach-alko-tests-fuer-lkw-fahrer_aid-121697407

Von Jörg Isringhaus und Christian Schwerdtfeger

Nach der Chaosfahrt eines betrunkenen Lkw-Fahrers auf der A1 und A46 werden Forderungen nach strengeren Alkohol-Kontrollen laut. „Wir sind uns bewusst, dass Lkw-Fahrer aufgrund der Größe und des Gewichts ihrer Fahrzeuge eine besondere Verantwortung tragen. Bereits in der Vergangenheit haben wir uns als FDP dafür ausgesprochen, Alkohol-Zündschlosssperren verpflichtend zu machen für Lkw-Fahrer, die durch Trunkenheit am Steuer aufgefallen sind“, sagte Christof Rasche, verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW, unserer Redaktion. „Die Chaosfahrt von diesem Wochenende sollte ein weiterer Anlass sein, diese Forderung im Bund aufzugreifen und umzusetzen“, betonte Rasche.

Bei der Chaosfahrt, die am späten Samstagnachmittag in Höhe der Stadt Neuss auf der A 46 begann, wurden laut Polizei sieben Menschen schwer verletzt. Das am schwersten verletzte Opfer ist mittlerweile außer Lebensgefahr. Leichte Verletzungen trugen elf Menschen davon. Etwa 50 Fahrzeuge wurden teils massiv beschädigt. Der Laster hatte rund 60 Kilometer zurückgelegt, ehe er auf der A1 bei Hagen in den Gegenverkehr geriet und quer auf der Fahrbahn zum Stehen kam. Laut Polizei hatte der Fahrer auch Anhaltezeichen der Polizei missachtet und war mit deutlich erhöhter Geschwindigkeit gefahren.
Mehrere wichtige Autobahnabschnitte waren stundenlang für den Verkehr gesperrt. Es mussten Trümmerteile eingesammelt, Fahrzeuge abgeschleppt und Fahrbahnen gereinigt werden.

Der Fahrer, ein 30-jähriger Mann aus Polen, wurde vor Ort von der Polizei festgenommen und vorläufig in eine psychiatrische Klinik gebracht, wo er laut Anordnung des Haftrichters zunächst auch bleiben soll. Nach der Unfallserie hatte die Polizei mitgeteilt, dass sich vor Ort Hinweise auf einen möglichen Alkohol- oder Drogenkonsum sowie eine psychische Erkrankung des Mannes ergeben hätten. Die Blutergebnisse des 30-Jährigen stehen weiterhin aus. Ihm wird gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr vorgeworfen.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) sprach sich für den Einbau der sogenannten Alkolocks in Lastwagen aus. Diese Geräte verhindern durch einen Atemtest, dass ein Betrunkener einen Sattelschlepper starten kann. „Wir müssen zudem mehr Schwerlastkontrollen durchführen – insbesondere zur Nachtzeit. Grund ist der Alkoholkonsum mancher Fahrer während der Stand- und Ruhezeiten. Sie setzen sich dann mit einem Restalkohol wieder ans Steuer“, so DPolG-Landeschef Erich Rettinghaus.

Das sieht die SPD-Landtagsfraktion ähnlich. „Die verpflichtende Einführung von sogenannten Alkolocks – zumindest für Lkw und Busse aufgrund ihres erhöhten Gefahrenpotenzials – sollte man ernsthaft in Erwägung ziehen. Studien haben den Nutzen von Alkohol-Zündschlosssperren belegt“, sagte SPD-Sicherheitsexpertin Christina Kampmann. Grundsätzlich seien konsequente Kontrollen bei allen Verkehrsteilnehmern erforderlich. „Allerdings muss der Polizei auch das dazu erforderliche Personal zur Verfügung stehen. Die Landesregierung steht in der Pflicht, dies zu gewährleisten“, so Kampmann.

Rüdiger Ostrowski, Vorstandsmitglied und Sprecher des Verbands Spedition und Logistik NRW, sieht in der Forderung nach Alkolocks dagegen eine Misstrauensunterstellung gegenüber Lkw-Fahrern. „Deutsche Trucker fahren nicht betrunken“, sagt Ostrowski, bei denen hänge ein Job und Familie dran, das würde niemand riskieren. Das Problem seien osteuropäische Fahrer, die in erbärmlichen Verhältnissen leben und von Unternehmern ausgebeutet würden. Dort gelte es anzusetzen, diese müssten stärker von Kommunen und Polizei kontrolliert werden. Flächendeckend Alkolocks zu fordern, würde das Problem nicht lösen. „Im Verhältnis zur Zahl der Fahrzeuge sind sicher mehr Pkw- als Lkw-Fahrer betrunken unterwegs“, so Ostrowski.

In Schweden kommen Alkohol-Zündschlosssperren nicht nur bei bereits alkoholauffälligen Fahrern, sondern auch präventiv in Lastwagen, Bussen, Schulbussen und Taxen zum Einsatz. In Finnland besteht eine Verpflichtung zur Verwendung der Geräte in Schulbussen und Fahrzeugen zum Transport von Kindern zu Kindertagesstätten. Bereits 2019 wurde mit der EU-Verordnung EU 2019/2144 beschlossen, dass seit diesem Jahr alle in der EU erstzugelassenen Fahrzeuge mit einer Schnittstelle für den Anschluss von Alkohol-Wegfahrsperren ausgestattet sein müssen.

Die FDP betonte, dass sich die überwiegende Mehrheit der Lkw-Fahrer professionell und verantwortungsbewusst verhalte. „Ereignisse wie diese müssen zum Nachdenken anregen, dürfen aber auch nicht zu einem Generalverdacht gegen unbescholtene Berufskraftfahrer führen“, betonte Rasche, und weiter: „Ich vertraue der Polizei, bei entsprechenden Verdachtsmomenten auch in Zukunft anlassbezogene Kontrollen auf Alkohol durchzuführen und so Verkehrsgefährdungen zu verhindern.“

„Wir können von Glück reden, dass wir keine Toten zu beklagen haben“
Update | *Düsseldorf* · Der für die verheerende Unfallserie vom Samstag verantwortliche Lkw-Fahrer ist wohl psychisch krank. Die Blutproben-Ergebnisse stehen noch aus. So ist der Stand der Ermittlungen am Montagmorgen.

https://rp-online.de/nrw/panorama/lkw-chaosfahrt-ueber-a46-und-a1-reul-entsetzt-akute-psychose_aid-121662775

https://qa.de/news/politik/deutschland/nach-lkw-chaosfahrt-debatte-ueber-bessere-kontrollen_aid-121708251

Rheinische Post RP+ Artikel vom 04.12.2024: https://rp-online.de/nrw/panorama/e-roller-und-pedelec-viele-verletzte-unfaelle-und-tote-in-nrw_aid-121763883

Unfälle mit E-Scootern und E-Bikes „E-Mobilität auf Zweirädern ist uns über den Kopf gewachsen“

Düsseldorf · **Elektrounterstützte und -betriebene Zweiräder sind aus dem Straßenverkehr kaum noch wegzudenken. Doch viele Menschen gehen zu leichtsinnig mit den E-Gefährten um. Wie viele Personen in diesem Jahr bereits mit Pedelecs und Scootern verunglückten und ums Leben kamen. Und in welchen Städten es die meisten Unfälle gibt.**

Von Christian Schwerdtfeger Chefreporter/Leiter Reporterteam

Trotz zahlreicher Warnhinweise und Aufklärungskampagnen verunglücken in Nordrhein-Westfalen nach wie vor viele Menschen mit sogenannten E-Scootern, also elektrobetriebenen Rollern. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums erfassten die Kreispolizeibehörden des Landes in diesem Jahr bis Oktober vorläufig 2401 Verkehrsunfälle mit diesen E-Zweirädern.
Zum Vergleich: Im gesamten Vorjahr hatte es 2429 Unfälle mit E-Rollern gegeben; im Jahr 2022 waren es 1891 gewesen. „Man kann daher anhand der Zahl fast sicher schon davon ausgehen, dass es in diesem Jahr mehr werden als im Vorjahr“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Bei fast jedem Scooter-Unfall sind Verletzte zu beklagen, manchmal sogar Tote. So zählte die Polizei bis Oktober dieses Jahres in NRW 2082 verunglückte Personen bei Scooter-Unfällen, dabei kamen fünf Menschen ums Leben; es gab 273 Schwerverletzte und 1804 Leichtverletzte, die polizeilich erfasst wurden. Experten gehen aber noch von einer hohen Dunkelziffer aus. „Nicht jeder, der mit dem Roller stürzt und sich verletzt, geht zur Polizei“, so Rettinghaus.
Grundsätzlich bereitet der häufig leichtsinnige Umgang mit E-Zweirädern der Polizei Sorgen. So bleibt auch die Zahl der Pedelec-Unfälle in NRW weiterhin sehr hoch. Laut NRW-Innenministerium gab es bis Oktober schon 6129 Unfälle mit diesem Fortbewegungsmittel; im gesamten Jahr davor waren es 6848, und im Jahr 2022 6983 Unfälle. Dabei zählte die Polizei bis Oktober dieses Jahres in NRW 6055 Pedelec-Verunglückte, wovon 38 Menschen ihren Verletzungen erlagen, 1030 schwer und 4987 leicht verletzt wurden.

„Die Zahl verunfallter Pedelec- und E-Scooter-Fahrer steigt seit Jahren. Die meisten Unfälle passieren beim Abbiegen, aufgrund von Alkohol oder überhöhter Geschwindigkeit. Das ist besorgniserregend“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion. Alkohol, Drogen und Raserei hätten im Straßenverkehr nichts verloren – weder am Steuer eines Autos noch am Lenker eines Elektro-Gefährts.

Die Geschwindigkeit der Pedelecs und Scooter werde von den Fahrern selbst und von anderen Verkehrsteilnehmern zu oft unterschätzt. Das müsse sich ändern.

„Unser Ziel ist es daher, so viele Zweirad-Unfälle wie möglich zu verhindern“, betonte Reul. Dafür gebe es zahlreiche Informationsangebote und Fahrsicherheitstrainings, die genutzt werden können. „Und ganz allgemein gilt: Vorsicht, Umsicht und das Beachten der Verkehrsregeln sind die besten Ratgeber im Straßenverkehr“, so der Landesinnenminister.

Die meisten Scooter-Unfälle ereigneten sich in diesem Jahr laut NRW-Innenministerium in den Zuständigkeitsbereichen der Polizeibehörden Köln (344), Düsseldorf (160), Essen (132), Dortmund (117), Aachen (107), Wuppertal (101), Recklinghausen (91), Bonn (87), Bochum (77) und Mönchengladbach (67).
Bei den Unfällen mit Pedelecs sieht die Liste mit den meisten Unfällen anders aus. Demnach gab es im Bereich der Kreispolizeibehörde (KPB) Steinfurt mit 377 Unfällen die meisten in diesem Jahr, es folgen die Kreispolizeibehörden in Borken (366), Köln (309), Recklinghausen (275), Kleve (263), Aachen (231), Bonn (220), Gütersloh (215), Essen (202) und Münster (196).

Die E-Roller gehören seit fast sechs Jahren zum Straßenbild in vielen Großstädten. Sie sollen eigentlich eine umweltfreundliche Alternative zum Auto bieten. Doch von Anfang an gab es Ärger, weil die Scooter auf Bürgersteigen und in wichtigen Zufahrten abgestellt wurden – und daran hat sich nicht viel geändert. Vor allem für Menschen mit eingeschränkter Mobilität sind sie eine Stolperfalle.
Alkohol und Drogen gehören zu den häufigsten Unfallursachen bei E-Roller-Fahrern. Besonders in den Nachtzeiten in Großstädten kommt es zu den Unglücken, weil vorwiegend jüngere Menschen die Gefährte nutzen und dann oftmals angetrunken sind. „Das ist eine alarmierende Entwicklung. E-Mobilität auf Zweirädern ist uns über den Kopf gewachsen. Wir stellen im Straßenverkehr ein zunehmend rücksichtsloseres Verhalten fest – und das führt zu vielen schweren Unfällen“, sagte Rettinghaus. „E-Roller-Fahrer sind in der Regel jung und häufig leichtsinnig. Sie unterschätzen die Gefahren und fahren auch zu zweit auf den E-Rollern“, so Rettinghaus.

Während die E-Roller-Unfälle bei überwiegend jungen Fahrern registriert werden, sind Unfälle mit E-Bikes offenbar besonders ein Problem von Senioren. „Die Pedelecs können sehr schnell fahren. Leider verunglücken gerade ältere Menschen damit“, sagte Rettinghaus.

NW Neue Westfälische vom 07.12.2024 NW+ Artikel

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23997705_Polizei-in-OWL-sucht-Hunderte-Menschen-mit-Haftbefehl-das-sind-die-Gruende.html

Nicht nur Schwerverbrecher

Polizei in OWL sucht Hunderte Menschen mit Haftbefehl – das sind die Gründe

In ganz OWL gibt es mehrere Hundert offene Haftbefehle. Doch nicht hinter allen steckt auch ein schweres Verbrechen. Wieso die Personen dennoch gesucht werden.

Von Lukas Brekenkamp

Bielefeld. In OWL sucht die Polizei aktuell nach mehreren Hundert Personen. Immerhin registrieren die Sicherheitsbehörden in der Region mindestens mehr als 550 offene Haftbefehle. Bei den allermeisten Gesuchten handelt es sich um Personen, die beispielsweise ihre Strafe nicht zahlen können. Doch auch nach mutmaßlichen Schwerverbrechern werden gefahndet.

Eine Umfrage unter allen sieben OWL-Polizeibehörden ergab, dass zu einem Stichtag zwischen Mitte November und Anfang Dezember 569 offene Haftbefehle vorlagen. Mehrere Sprecher der Sicherheitsbehörden betonten jedoch: Die Zahlen zeigen nur eine Momentaufnahme und können sich innerhalb kurzer Zeit auch schon wieder geändert haben. Sie können also teils deutlich gesunken sein – oder auch gestiegen.

Zudem zeigen Auswertungen von verschiedenen OWL-Polizeibehörden auch, dass die allermeisten Personen keineswegs wegen schwerer Straftaten gesucht werden, sondern aus einem ganz anderen Grund. So werden die meisten Personen beispielsweise gesucht, weil sie Geldstrafen (leichte bis mittlere Kriminalität/Vergehen oder Ordnungswidrigkeiten) nicht zahlen können. Ihnen droht dann eine sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe.

Polizei sucht auch nach Verbrechern in OWL

Dennoch gibt es auch in Ostwestfalen-Lippe Personen, die aufgrund eines Verbrechens von der Polizei mit einem Haftbefehl gesucht werden. Dabei handelt es sich jedoch um Einzelpersonen. So sucht die Polizei in Lippe beispielsweise einen mutmaßlichen Vergewaltiger und 131 Personen wegen Ordnungswidrigkeiten oder Vergehen.
Mindestens einen mutmaßlichen Gewaltverbrecher sucht die Polizei in Bielefeld per Untersuchungshaftbefehl; Ayman Dawoud Kirit, der mit einem bereits gefassten Komplizen Anfang 2024 den Ex-Boxer Besar Nimani auf offener Straße erschossen haben soll.
„Die Zahl der offenen Haftbefehle ist generell sehr hoch, die Beamten kommen da auch kaum hinterher“, sagt Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. „Allerdings handelt es sich in den allermeisten Fällen um

Ersatzfreiheitsstrafen. Das betrifft in der Regel Personen, die überhaupt keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sind.“

Verfolgung im Ausland ist schwierig

Generell gebe es nur sehr wenige Schwerkriminelle, die gesucht werden. „Da arbeitet die Polizei in NRW und ganz Deutschland sehr gezielt. Solche Fälle haben natürlich Priorität und in den allermeisten Fällen kriegen wir die Täter auch“, sagt Rettinghaus. Schwierig, das betont ein Sprecher des NRW-Innenministeriums gegenüber dieser Redaktion, wird es, wenn sich die Täter ins Ausland absetzen. Oft passiere das nach Kapitaldelikten, beispielsweise Mord und Totschlag.
Gibt es kein Auslieferungsabkommen mit dem Land, in dem sich der Gesuchte aufhält, ist eine Strafverfolgung oft nur sehr schwer möglich. Ein beliebtes Ziel für gesuchte Straftäter ist übrigens die Türkei. Übrigens: Auch der gesuchte mutmaßliche Mörder Kirit wird im Ausland vermutet.
Zahlen aus OWL zeigen derweil, welche Massen an Haftbefehlen die Polizeibehörden jährlich abarbeiten müssen. So vollstreckten die Behörden in Bielefeld, Lippe, Höxter, Minden-Lübbecke und Gütersloh bisher mindestens 6.000 Haftbefehle – Zahlen für den Kreis Paderborn fehlen hier allerdings noch. Auch bei diesen Zahlen handelt es sich in den allermeisten Fällen um Ersatzfreiheitsstrafen.

In NRW mehr als 25.000 offene Haftbefehle

Erich Rettinghaus sieht Möglichkeiten, das zu ändern. „Die Justiz könnte Strafen umgehend nach dem Urteil umsetzen, ohne zu einem späteren Zeitpunkt den gesamten Polizeiapparat in Bewegung zu setzen, wenn es erst um die Vollstreckung eines Haftbefehls geht.“
In ganz NRW waren Mitte August 2024 insgesamt etwa 27.500 Haftbefehle offen. Mehr als die Hälfte bezogen sich auf Ersatzfreiheitsstrafen. 7.500 waren Haftbefehle zur Strafvollstreckung, 4.500 Untersuchungshaftbefehle.

Rheinische Post vom 10.12.2024

Geldautomaten-Sprengungen in NRW **„Die Banden fühlen sich in NRW offenbar immer weniger wohl“**

Exklusiv | Düsseldorf · **Die Zahl der Sprengungen von Geldautomaten ist in diesem Jahr in NRW erstmals stark rückläufig. Woran das liegt, was NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sagt und was die Deutsche Polizeigewerkschaft jetzt fordert.**

Zum Artikel:

https://rp-online.de/nrw/panorama/geldautomat-sprengung-in-nrw-so-viele-taten-gab-es-2024_aid-121955713

RP+ Artikel vom 14.12.2024

https://rp-online.de/nrw/panorama/silvester-2024-das-plant-die-polizei-in-nrw_aid-122044295

Hundertschaften und Böllerverbotszonen **So will die NRW-Polizei Silvester sichern**

Düsseldorf · **Mit massiven Kräften wird die Polizei die Feierlichkeiten zum Jahreswechsel in Nordrhein-Westfalen schützen. Für unvorhergesehne Ereignisse stehen zusätzliche Hundertschaften bereit. Was geplant ist.**

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Nach dem Terroranschlag in Solingen und der allgemein angespannten Weltlage werden die nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden die bevorstehenden Feierlichkeiten zum Jahreswechsel in erhöhter Alarmbereitschaft verfolgen. Hinzu kommt die Sorge vor Krawallmachern, die Böller auf Einsatzkräfte werfen. „Die Polizeibehörden bereiten sich wieder intensiv auf Silvester vor und kennen natürlich ihre Ecken, an denen sie Präsenz zeigen müssen“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion. „Jeder soll feiern und mit Freunden das Jahr ausklingen lassen, aber dabei muss eins klar sein: Retter und Polizisten sind keine Zielscheiben für Böller und Raketen. Wer das nicht versteht, kriegt es mit der Polizei zu tun“, betonte Reul.

Die abstrakte Gefährdungslage bewegt sich laut NRW-Innenministerium weiterhin auf einem anhaltend hohen Niveau. Jihadistische Organisationen, allen voran der Islamische Staat (IS) und ihr regionaler Ableger ISPK (Islamischer Staat Provinz Khorasan), verfolgten nach wie vor das Ziel, in westlichen Staaten – und somit auch in Deutschland – Anschläge zu begehen. „Symbolträchtige Orte, Menschenansammlungen und öffentliche Veranstaltungen stehen dabei grundsätzlich im Fokus jihadistischer Organisationen“, sagte ein Sprecher des Landesinnenministeriums.

Das Ministerium kündigte an, einzelne Kreispolizeibehörden mit Kräften der Bereitschaftspolizei zu unterstützen; zudem werden Kräfte in Reserve bereitstehen, die jederzeit bei nicht vorhersehbaren Einsatzlagen zur Hilfe eilen können. „Besonders einsatzbelastete Kreispolizeibehörden richten für die Bewältigung der Einsatzlage rund um die Silvesternacht eine sogenannte Besondere Aufbauorganisation ein, auch unter Einsatz von Kräften der Bereitschaftspolizei“, betonte der Sprecher des NRW-Innenministeriums.

Aufgrund der anhaltenden Gefahr von terroristischen Anschlägen gelten für Tage wie Silvester ohnehin schon hohe Sicherheitsvorkehrungen wie spezielle Poller und Betonklötze, die verhindern sollen, dass ein Terrorist in eine Menschenmenge fahren kann. „Wie wichtig diese Poller sind, haben wir zuletzt auch bei der Chaosfahrt auf der A46 gesehen – auch wenn diese auf einer Autobahn war und keinen terroristischen Hintergrund hatte“, heißt es Sicherheitskreisen, und weiter: „Dass Terroristen aber auch Lastwagen benutzen können, hat nicht erst der verheerende Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche am 19. Dezember 2016 gezeigt.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) bekräftigte, dass die Polizei alles in ihrer Macht Stehende unternehmen werde, um die Feierlichkeiten zum Jahreswechsel zu schützen. Es gebe aber nicht nur die Terrorgefahr, sondern auch die Sorge vor Randalierern, die Rettungskräfte attackieren könnten – wie in den Vorjahren. „Die Polizei wird entschlossen gegen gewaltbereite Personen auftreten“, kündigte DPolG-Landeschef Erich Rettinghaus an. „Wir können im Vorfeld nur an alle appellieren, friedlich zu bleiben“, betonte er. In den Vorjahren waren immer wieder Raketen, Böller, Flaschen und Steine auf Polizisten, Feuerwehrleute und Sanitäter geschossen und geworfen worden.

In einigen Städten wird es deshalb auch zum Jahreswechsel wieder sogenannte Böllerverbotszonen geben wie in Köln, Düsseldorf, Bottrop und Bochum. „Das heißt, dass dort in der Nacht das Böllern, Zünden und Mitführen jeglicher Feuerwerkskörper untersagt ist. Die Polizei und der Ordnungsdienst werden das Verbot kontrollieren und deutliche Präsenz zeigen“, so ein Sprecher der Stadt Bottrop. Andere Kommunen wie Duisburg und Gelsenkirchen verzichten in diesem Jahr hingegen auf die Einrichtung einer solchen Zone.

Neue Westfälische +Artikel

Weniger Automaten-Sprengungen in OWL – suchen die Banden neue Ziele? | nw.de
Trügerische Zahlen

Weniger Automaten-Sprengungen in OWL – suchen die Banden neue Ziele?
Von einem Sieg über die kriminellen Banden will niemand sprechen. Vielmehr gibt es Warnungen vor anderen Zielen der Gangs.

Von Lukas Brekenkamp
18.12.2024

Bielefeld. Haben die Sicherheitsbehörden den Kampf gegen Geldautomatensprenger gewonnen? Immerhin sind die Zahlen der erfassten Attacken auf die Banken in diesem Jahr extrem gesunken – und immer wieder kommt es zu Festnahmen. Sicherheitsexperten sehen jedoch keinen Sieg über die kriminellen Banden, die hinter den Attacken stecken. Vielmehr könnten sie sich gar neue Ziele suchen.
39 Angriffe auf Geldautomaten erfasste das Landeskriminalamt NRW (LKA) im laufenden Jahr (Stand: 16. Dezember). So wenige wie seit vielen Jahren nicht. Wie viele dieser Fälle erfolgreich waren und bei wie vielen es nur beim Versuch blieb, ist nicht klar.

Und auch in OWL hat es 2024 kaum Zwischenfälle gegeben: Vier Geldautomatensprengungen wurden bisher erfasst, nämlich in Barntrup, Lügde (beide Kreis Lippe), Versmold im Kreis Gütersloh sowie in Gütersloh selbst. Dabei traf es zweimal einen Automaten der Volksbank, und je einmal eine Filiale der Sparkasse und der Santander-Bank.

Verglichen mit den Jahren zuvor sind die Zahlen sowohl in NRW als auch in OWL deutlich rückläufig. Zum Vergleich: 2023 erfasste das LKA etwa 150 Sprengungen, davon zehn in Bielefeld sowie den sechs weiteren Kreisen. 2022 waren es sogar mehr als 180 Attacken – Rekord. Davon wurden ganze 20 in OWL verortet.

Reul warnt: „Kampf noch lange nicht gewonnen“

Doch NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) warnt vor zu schnellen Rückschlüssen: „Der Kampf gegen Geldautomatensprenger ist noch lange nicht gewonnen.“ Dennoch sei klar bemerkbar, dass die Sprengungen zurückgehen. Reul sieht dafür einen „einfachen“ Grund: „Die Banden fühlen sich in Nordrhein-Westfalen offenbar immer weniger wohl. Durch länderübergreifende Kooperation, mehr Prävention und Ermittlungserfolge, die zu Festnahmen von Sprengern und Hintermännern geführt haben, haben wir es geschafft, diesen kriminellen Banden immer näher auf die Pelle zu rücken.“
Die meisten Sprengungen von Geldautomaten gehen auf das Konto von Banden aus den Niederlanden. Vor allem in den Regionen Utrecht und Amsterdam haben sich laut Sicherheitsexperten mehrere Hundert Personen, viele davon mit marokkanischen Wurzeln, auf die Sprengung von Geldautomaten spezialisiert. Teilweise haben Ermittler bereits regelrechte Trainingsanlagen hochgenommen, in denen dem Nachwuchs die Handhabe mit Sprengstoff beigebracht wird.

Sprengstoff und riskante Fahrten beunruhigen Ermittler

Denn statt eines Gasgemischs nutzen die Kriminellen mittlerweile immer häufiger Sprengstoff wie Semtex. Für die Sicherheitsbehörden ein Umstand, der die Taten noch gefährlicher macht, als sie es ohnehin schon sind.
Und auch das Verhalten nach den Taten bereitet den Behörden große Sorgen. Denn die Kriminellen reisen in vielen Fällen mit hochmotorisierten und teilweise sogar extra umgebauten Autos an, gerne der Marke Audi. Nach der Tat rasen sie über die Autobahnen in Richtung Grenze davon, bringen dabei sowohl Unbeteiligte als auch die Polizei selbst in große Gefahr. Oft werden die Verfolgungsjagden seitens der Beamten abgebrochen.

Experte warnt: Banden könnten sich neue kriminelle Bereiche suchen

Minister Reul betont nun allerdings mit Blick auf die Sprengergruppen: „Wir stören ihre routinierten Pläne und Abläufe.“ Immerhin haben die NRW-Behörden in diesem Jahr 27 Festnahmen in der Sprenger-Szene verbucht. Seit 2015 sind es insgesamt nun ganze 238 Festnahmen. Reul weiter: „Auch die Banken haben ihre Geräte umgerüstet und besser gesichert. Diese Zusammenarbeit von Ermittlungsbehörden und Geldinstituten braucht es auch weiterhin, um Nordrhein-Westfalen für Automatensprenger noch unattraktiver zu machen.“
Doch auch Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, warnt vor trügerischen Rückschlüssen trotz sinkender Sprengungen. „Die Täter dahinter werden sicher nicht aufhören, kriminell zu sein, nur weil Geldautomatensprengungen nicht mehr so lukrativ sind.“ Er befürchtet, dass die Banden sich andere Felder suchen, in denen sie zuschlagen. „Zum Beispiel Juweliere“, warnt er.
Erste entsprechende Fälle soll es bereits gegeben haben. „Zudem mischen die Banden auch in anderen Feldern mit, sogar in NRW – etwa dem Drogenhandel“, sagt

Rettinghaus. Den Sprengerbanden wird immer wieder nachgesagt, Teil der berüchtigten Mocro-Mafia in den Niederlanden zu sein.
Um das Problem mit Kriminellen in den Griff zu bekommen, sieht Rettinghaus ausgerechnet in dem Nachbarland selbst vorbildliche Maßnahmen. „Die Behörden in den Niederlanden setzen bereits jetzt Kameras mit Kennzeichenerfassung an den Grenzen ein."
So sei es bereits vorgekommen, dass die Behörden aus den Niederlanden frühzeitig die deutschen Behörden vor einreisenden Verdächtigen gewarnt haben sollen. „Das sind Maßnahmen, über die sollten auch wir in NRW nachdenken, um frühzeitig zu erkennen, wer hier überhaupt unterwegs ist – denn Kriminelle führen nicht unbedingt Gutes im Schilde."

Rheinische Post vom 23.01.2025

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Kriminelle Banden – Wenn im Dunkeln die Angst mitgeht

Exklusiv | Duisburg · **Kriminelle Jugendliche versetzen Anwohner und Geschäftsleute einer Duisburger Fußgängerzone in Angst. Manche trauen sich abends nicht mehr alleine auf die Straße. Unsere Redaktion hat exklusiv eine Polizeistreife auf der Problemstraße begleitet.**

https://rp-online.de/nrw/panorama/jugendbande-in-duisburg-meiderich_aid-123363751

…….Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Erich Rettinghaus, plädiert angesichts vieler junger Gewalttäter für einen betreuten „Warnschussarrest". „Junge Täter – insbesondere Mehrfachtäter – müssen wissen, dass das Begehen von Straftaten spürbare Konsequenzen hat. Gerichte müssen sie schnell nach den Taten hinter Gitter schicken, wo sie dann aber von Sozialarbeitern betreut werden", sagt Rettinghaus. „Es muss Schluss sein mit der sogenannten zweiten Chance für junge Kriminelle, insbesondere für Gewalttäter." Entscheidend sei, dass die Verfahren schnell erfolgten……..

Neue Westfälische vom **NW+ Artikel**

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/24026715_Es-gibt-schwarze-Schafe-Rocker-und-Clan-Mitglieder-in-Sicherheitsbranche-aktiv.html

OWL-Experte schlägt Alarm

„Es gibt schwarze Schafe“: Rocker und Clan-Mitglieder in Sicherheitsbranche aktiv
In der Sicherheitsbranche arbeiten auch Kriminelle oder Extremisten – obwohl sie das nicht dürften. Wie kommt es dazu? Und was kann dagegen getan werden?

Von Lukas Brekenkamp
24.01.2025

Bielefeld. Der Bedarf in der Sicherheitsbranche ist groß: Nachtleben, Objektschutz, Veranstaltungen oder Flüchtlingsunterkünfte. Überall werden fähige Security-Mitarbeiter gesucht. Doch Recherchen zeigen immer wieder, dass das Sicherheitsgewerbe auch viele Personen mit einem problematischen Hintergrund anlockt – zum Beispiel Kriminelle, Rocker, Clan-Mitglieder oder Extremisten.
Die Sicherheitsbehörden beobachten diese Tendenz schon länger. Dem Landeskriminalamt NRW (LKA) sind Personen aus dem Rocker- und Clanmilieu und anderen kriminellen Gruppierungen bekannt, die im Sicherheitsgewerbe tätig sind. Oftmals arbeiten sie an prägnanten Stellen, zum Beispiel als Türsteher. In der Vergangenheit sorgten auch Personen aus dem extremistischen Spektrum für Schlagzeilen, beispielsweise Rechtsextreme, die Flüchtlingsunterkünfte sichern.
In Ostwestfalen gibt und gab es Verbindungen zwischen Sicherheitsbranche und der Rocker-Szene. Hier waren Mitglieder beispielsweise für die Sicherheit im Rotlichtmilieu zuständig. Ein besonderes Beispiel ist bereits einige Jahre her: Mitglieder eines Rocker-Clubs aus Lippe, die teils klare Bezüge zum Rechtsextremismus aufweisen, waren als Türsteher einer großen Bielefelder Diskothek tätig.

Doch auch Anhänger anderer Szenen haben in der Branche Fuß gefasst. Vor Jahren beispielsweise sorgten zwei tschetschenische Salafisten aus Paderborn für Schlagzeilen, die unter anderem beim SC Paderborn als Ordner tätig waren. In NRW sind dieser Redaktion mehrere Personen aus dem salafistischen Spektrum bekannt, die laut eigenen Angaben bei Sicherheitsunternehmen tätig sind oder waren.
Kai Deliomini kennt Beispiele wie diese. Er ist Geschäftsführer des Bielefelder Sicherheitsunternehmens BeSure und seit Jahren auf die Ausbildung von Personal für die Branche spezialisiert. Er beobachtet, dass die Ansprüche an die Sicherheitsbranche immer größer werden und sich das Tätigkeitsfeld immer mehr erweitert. „Mittlerweile sind wir oft genug auch für öffentliche Sicherheit zuständig, zum Beispiel auf Weihnachtsmärkten oder in Einkaufszentren, statt nur im privaten Bereich, wie bei Unternehmen“, erklärt er.

Kriminelle dürften nicht in Sicherheitsbranche arbeiten

Dass auch Kriminelle in der Branche tätig sind, dürfte es laut Deliomini eigentlich nicht geben. Immerhin müssen Sicherheitskräfte bei der Anmeldung durch die Arbeitgeber unter anderem auf Zuverlässigkeit geprüft werden, beispielsweise durch polizeiliche Führungszeugnisse und eine Überprüfung und Genehmigung durch das Bewacherregister. „Mehrfach Vorbestrafte dürfen nicht in der Branche arbeiten“, sagt

er. Auch der Verfassungsschutz liefert mögliche Erkenntnisse über rechtsradikale, islamistische oder sonstige extremistische Bestrebungen der Anwerber, berichtet eine Sprecherin des Nachrichtendienstes in NRW.

Deliomini weiß aber auch: An die geltenden Vorgaben halten sich nicht alle Unternehmen. „Es gibt immer schwarze Schafe unter den Sicherheitsbetrieben“, sagt er. Er sieht die Verantwortung jedoch auch bei anderen. „Auch die Auftraggeber können verhindern, dass Kriminelle oder Extremisten hier tätig sind. Denn sie können sich Auskünfte über die Leute einholen, die für sie arbeiten sollen“, erklärt Deliomini. Und auch der Staat sei in der Pflicht. „Eigentlich müssten die Behörden kontrollieren, wer bei den Sicherheitsunternehmen tätig ist. Tun sie aber nicht oder nur in absoluten Ausnahmefällen.“ Er betont: „Die Unternehmen, die sich nicht an die Regeln halten und trotzdem Kriminelle oder Extremisten beschäftigen, werden nicht erwischt.“

LKA warnt vor Rockern oder Clans in Sicherheitsbetrieben

Dabei sehen Sicherheitsbehörden ein erhebliches Risiko. „Durch Aktivitäten krimineller Milieus im Bereich des Sicherheitsgewerbes kann dessen eigentliche Zielrichtung ins Gegenteil verkehrt werden. Beispielhaft sei hier eine Tätigkeit im Bereich der Türsteherszene genannt, da dieser bei Missbrauch seiner Tätigkeit den Drogenhandel in einem Objekt kontrollieren kann“, sagt ein LKA-Sprecher. „Auch verfügen Mitarbeitende im Sicherheitsgewerbe oft über sensible Informationen, die in den falschen Händen für kriminelle Zwecke genutzt werden könnte.“ Als Beispiel nennt er Einbruchskriminalität.

In der Türsteherszene sind die Verbindungen zu Rockern und Clans oft ersichtlich. Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, berichtet, gerade das Türstehergeschäft sei ein profitables Feld für kriminelle Gruppen. Und: „Oft werden solche Personen bei den Diskotheken direkt angestellt, dadurch gelten andere Voraussetzungen für sie. Darüber hinaus muss die Anstellung vonseiten der Disco-Betreiber nicht immer ganz freiwillig sein“, sagt er. Möglich, dass Rocker oder Clans Druck ausübten, um „die Türen“ zu übernehmen.

Ein Vereinssprecher berichtet, grundsätzlich könne jede Person im Ordnungsdienst im Stadion eingestellt werden – sofern sie bestimmte Voraussetzungen erfülle, wie unter anderem Zuverlässigkeit, die durch ein Führungszeugnis geprüft wird. Erkenntnisse von Verfassungsschutzbehörden fließen hier offenbar nicht mit ein. Zudem durchlaufen die potenziellen Kandidaten das vereinseigene Ausbildungsteam, werden sorgfältig geprüft.

Laut Deliomini leide die Branche generell an einem Personalmangel. „Personen für die Branche zu gewinnen, wird nicht unbedingt einfacher“, sagt er. Vielleicht sei das auch einer der Gründe, wieso sich die „schwarzen Schafe“ der Branche nicht an die Regeln halten.

DBB NRW (online) vom 30.01.2025: „Modernisierung des Öffentlichen Dienstes - Erfrischend-kontroverser Austausch mit der SPD-Landtagsfraktion“: https://www.dbb-nrw.de/aktuelles/news/erfrischend-kontroverser-austausch-mit-der-spd-landtagsfraktion/

Am 28. Januar 2025 traf sich der Vorstand des DBB NRW in Düsseldorf zu einem erfrischend-kontroversen Meinungsaustausch mit der SPD-Fraktion im NRW-Landtag.

Im intensiven Gespräch wurden angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl und der Kommunalwahl im Herbst ähnliche Auffassungen sowie verschiedene Positionen zur Tagespolitik aber auch bezüglich der Potenziale eines modernen Öffentlichen Dienstes diskutiert. Dabei stand insbesondere die Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes im Mittelpunkt. Diese wichtigen Gespräche tragen dazu bei, parteiübergreifend eine gute Basis für die Vertretung der Interessen der Beschäftigten zu schaffen. Dieser intensive und zielführende Dialog soll auch in Zukunft fortgeführt werden.

Foto: DBB NRW/Christian Kratzsch. Hubert Meyers, Himmet Ertürk, Roland Staude, Erich Rettinghaus, Elisabeth Müller-Witt MdL, Achim Hirtz, Diana Wedemeier, Jochen Ott MdL (SPD-Fraktionsvorsitzender), Stefan Behlau, Alexander Baer MdL, Sandra van Heemskerk, Stefan Zimkeit MdL, Christian Dahm MdL, Marcus Michel (von links)

RP+ Artikel vom 12.02.2025

https://rp-online.de/nrw/panorama/rosenmontagsumzuege-in-nrw-faellt-der-karnevalszug-aus_aid-124038535

***Festumzüge in der Region* Karnevalisten ächzen unter Auflagen**

Düsseldorf · **Gestiegene Kosten und erhöhte Sicherheitsauflagen machen den Karnevalsvereinen zunehmend zu schaffen. Festumzüge finden teils verkürzt statt oder stehen auf der Kippe – auch für das kommende Jahr.**

Von Christian Schwerdtfeger und Sina Zehrfeld

In den nordrhein-westfälischen Karnevalshochburgen arbeiten Städte, Sicherheitsbehörden und Vereine seit Wochen unter Hochdruck an den Sicherheitskonzepten. Die infolge der jüngsten Terroranschläge teils hochgefahrenen Auflagen stellen viele Veranstalter vor Probleme – insbesondere vor finanzielle. In Neukirchen-Vluyn steht der Rosenmontagszug deswegen sogar auf der Kippe; seit Tagen wird in der Kleinstadt am linken Niederrhein um eine tragfähige Lösung gerungen.

Landesweit haben die Karnevalsgesellschaften mit den Sicherheitsauflagen und den damit verbundenen Kosten zu kämpfen. Aber nicht erst seit den jüngsten Anschlägen in Solingen, Magdeburg und Aschaffenburg, sondern schon seit vielen Jahren fließen bei der Erstellung der Sicherheitskonzepte für die Karnevalszüge entsprechende Szenarien ein. So wurden bereits in den Vorjahren viele Umzüge mit großen Betonklötzen, Wassertanks, Pollern und großen Lastwagen und Müllfahrzeugen an den Zufahrtstraßen geschützt.

Auch in Moers, wo mit dem traditionellen Nelkensamstagszug von Duisburg nach Moers einer der größten Umzüge am linken Niederrhein stattfindet, hat man mit den Auflagen zu kämpfen. „Wir haben 40 zusätzliche Sperren geplant und den Zug leicht verkürzt“, sagte ein Sprecher der Stadt. In Mettmann sorgt man sich bereits um die Durchführung des Zuges im nächsten Jahr. Als Grund nannte die dortige Karnevalsgesellschaft die allgemein gestiegenen Kosten – nicht nur für die Sicherheit, sondern auch für Verpflegung und Wurfmaterial. Diese hätten sich in den vergangenen Jahren verdoppelt.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) kann das Ächzen der Karnevalsvereine zwar nachvollziehen. „Aber Sicherheit geht vor. Daran darf nicht gespart werden“, sagte der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus. „Die Züge sind aufgrund der Größe und Länge natürlich nicht so leicht zu schützen. Deswegen müssen die Auflagen hoch sein – auch wenn sie teils schwer zu erfüllen sind. Es darf keine Sicherheitslücken geben“, betonte Rettinghaus.

Die Sicherheitsbehörden halten sich noch bedeckt darüber, welche Maßnahmen sie konkret ergreifen, um die Züge zu schützen. In den beiden rheinischen Karnevalshochburgen Köln und Düsseldorf soll erst in den nächsten Tagen darüber informiert werden. Erfahrungsgemäß wird die Polizei mit massiven Kräften vor Ort sein, um die Züge zu schützen und auf unvorhergesehene Ereignisse schnell reagieren zu können. Neben uniformierten Kräften werden auch viele zivile Fahnder

zum Einsatz kommen. In Köln und Düsseldorf dürfte es auch wieder großräumige Messer- und Glasverbotszonen geben.

Schon am 11. November bei der Sessionseröffnung waren in Köln entsprechende Areale überall dort eingerichtet worden, wo Karneval gefeiert wurde. Allein in Köln, wo es den größten Rosenmontagszug Deutschlands gibt, werden Hunderttausende Jecken entlang der rund 8,5 Kilometer langen Zugstrecke erwartet. „So etwas zu sichern ist schwierig. Man muss auch an die Rettungsfahrzeuge denken, die durchkommen müssen“, so Rettinghaus.

Die Sicherheitsbehörden beobachten die Lage intensiv. Die Anschlagsgefahr sei nach wie vor abstrakt, hieß es. „Ich stehe dafür, dass wir uns nicht beugen. Wir müssen so gut wie möglich für Sicherheit sorgen, aber hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU).
Bundesweit sind bereits erste Festumzüge infolge des erhöhten Sicherheitskonzeptes abgesagt worden – sowohl kleinere als auch größere. So findet etwa der größte Karnevalsumzug Thüringens in Erfurt in diesem Jahr nicht statt. Ob der närrische Zug in Neukirchen-Vluyn stattfinden wird, soll sich in dieser Woche entscheiden. Dabei hatte der Veranstalter ihn bereits in der vergangenen Woche wegen des zu „anspruchsvollen Sicherheitskonzeptes“ notgedrungen schon einmal abgesagt. Diese Entscheidung war dann aber wieder revidiert worden – vorläufig.

„Rheinische Post“ (online) vom 21.02.2025: „Auswertung des NRW-Innenministeriums – Gewalt im Wahlkampf nimmt zu“: https://rponline.de/politik/deutschland/bundestagswahl/bundestagswahl-2025-650-straftaten-gewalt-im-wahlkampf-nimmt-zu_aid-124374659

***Düsseldorf* · In Nordrhein-Westfalen geraten Politiker und Parteien im Bundestagswahlkampf zunehmend zur Zielscheibe. Eine Sonderauswertung des NRW-Innenministeriums zeigt auf, welche Straftaten begangen worden sind und wie oft die einzelnen Parteien betroffen waren.**

Auffallend häufig werden bei der Bundestagswahl Plakate der Parteien zerstört.
Foto: Lene Burkhard

Von Christian Schwerdtfeger
Chefreporter/Leiter Reporterteam

Farbanschläge auf Parteizentralen, in Brand gesetzte Wahlkampfautos, unzählige beschmierte und zerstörte Wahlplakate sowie Politiker, die unverhohlen bedroht und beleidigt werden – vielen Politikern und Parteien schlägt im aktuellen Bundestagswahlkampf mehr Hass, Zorn und Aggressivität entgegen als sonst. Wie aus einer erst an diesem Donnerstag fertiggestellten Sonderauswertung des NRW-Innenministeriums hervorgeht, haben Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen im laufenden Bundestagswahlkampf bis zum 19. Februar bereits 650 Straftaten

registriert – hinzu kommt eine vermutlich sehr hohe Dunkelziffer von Taten, die nicht zur Anzeige gebracht worden sind.

„Dieser Bundestagswahlkampf war besonders rau und kontrovers. Die Gräben sind tief. Das ist aber keine Entschuldigung dafür, Wahlplakate zu zerstören oder Kandidaten anzupöbeln“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion. „Wir müssen in Deutschland wieder zu einer besseren und sachlicheren Debattenkultur kommen. Mir macht es große Sorge, dass der politische Diskurs zu oft die Regeln des guten Umgangs verlässt“, so Reul, und weiter: „Gerade in Zeiten komplexer Herausforderungen brauchen wir mehr nüchterne Argumentation statt überschäumender Emotionen.“

Bei den in der Sonderauswertung aufgeführten Straftaten waren insgesamt 511 Sachbeschädigungen, meistens von Wahlplakaten, vor allem von Bündnis 90/Grüne (175), CDU, (145), SPD (122) und AfD (113). Körperverletzungen fanden vier Mal statt, genauso wie Bedrohungen oder Nötigungen.

Die FDP erlebt nach eigenen Angaben im laufenden Wahlkampf eine zunehmende Polarisierung. „Bei unseren Großveranstaltungen gibt es regelmäßig Gegendemonstrationen, teilweise auch Störungen und durchaus aggressive verbale Attacken. Viele unserer Wahlplakate und Großflächen werden beschmiert und beschädigt“, sagte ein Sprecher FDP in NRW. „In den Tagen rund um die Abstimmungen im Bundestag Ende Januar wurde der Ton überall rauer, auch der Dialog unter politischen Mitbewerbern scheint zunehmend unversöhnlicher zu werden“, so der Sprecher weiter.

Einen raueren Ton nimmt auch die SPD in NRW wahr. „Das sehen wir vor allem auch in den Kommentarspalten in den sozialen Netzwerken. Hier kommt es in Wahlkampfzeiten vermehrt zu feindseligen Kommentaren, die zu Teilen strafrechtlich einzuordnen sind“, sagte eine Sprecherin des Landesverbandes der Sozialdemokraten. Es gebe immer wieder Einzelfälle, bei denen es auch im persönlichen Kontakt zu verbalen Anfeindungen oder Beleidigungen käme.

Jan Dieren ist Bundestagskandidat für die SPD im Wahlkreis 114 (Krefeld II, Wesel II). Auch er erlebt eine Veränderung bei diesem Bundestagswahlkampf – insbesondere an den Haustüren, an denen er klingelt, um sein Programm vorzustellen. Beim Thema Migration und Anschläge sei er zum Beispiel von einem Mann bedroht worden. Wenn seinem Kind so etwas wie in Aschaffenburg passieren würde, würde er ihn dafür verantwortlich machen. „Er zeigte mit dem Finger auf mich und sagte zu mir: Ich schwöre dir, ich kriege dich dann.“

Die aktuellen Tendenzen während des Wahlkampfes scheinen eine Fortsetzung der Feindseligkeiten aus den vergangenen Jahren zu sein. Denn Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger haben sich im Jahr 2024 in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt, wie aus einer vorläufigen Auswertung des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linken im Bundestag hervorgeht. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums gab es in NRW Im Jahr 2024 687 Fälle – 2023 waren es noch 260 Straftaten gewesen. Zu den Amts- und Mandatsträgern zählen etwa Bürgermeisterinnen, Landräte, Stadtverordnete und Abgeordnete.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft beobachtet diese Entwicklung mit Sorge. „Was wir jetzt gerade erleben, ist die Verrohung der politisch motivierten Straftaten. Eine kleine Minderheit akzeptiert die demokratischen Mehrheiten nicht mehr und setzt dagegen Gewalt ein“, sagte der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus. „Wo sind wir eigentlich hingekommen, dass Politiker demokratischer Parteien bedroht und angegangen werden und sich nicht mehr sicher fühlen können. Deshalb müssen harte Strafen gegen diese Straftäter erfolgen“, so Rettinghaus.

(csh)

Neue Westfälische vom 06.03.2025, **nw+Artikel**

Von Lukas Brekenkamp
06.03.2025 | 06.03.2025, 05:00

Viele Täter im Kreis Paderborn

In OWL gelten 180 Personen als Intensivtäter – darunter viele Jugendliche
Die meisten Intensivtäter sind männlich und fallen mit Gewalt oder Diebstahl auf. In ganz NRW werden mehr als 1.600 Personen von der Polizei so eingestuft. So ist die Lage in OWL.

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/24054763_In-OWL-gelten-180-Personen-als-Intensivtaeter-darunter-viele-Jugendliche.html

Bielefeld. Die Polizei in OWL erfasst mehr als 180 Personen als sogenannte Intensivtäter, die jeweils für gleich mehrere Straftaten verantwortlich sein sollen - vor allem Gewalttaten oder Eigentumsdelikte. Sogenannte Intensivtäter sind Personen, die innerhalb eines Jahres mehr als fünf Straftaten begangen haben sollen und von denen auch künftig Straftaten zu erwarten sind. 181 solcher Personen waren bei den sieben Polizeibehörden in OWL Anfang 2025 gelistet, berichtet ein Sprecher des Landeskriminalamtes (LKA) in NRW auf Anfrage dieser Zeitung.
Die meisten dieser Personen erfasste die Polizei im Kreis Paderborn mit 47. Im Kreis Lippe sind es 35 Personen, in Bielefeld 29 und im Kreis Gütersloh 27. Im Kreis Minden-Lübbecke gelten 20 Personen als Intensivtäter, in Herford zwölf. Die wenigsten erfasst die Polizei im Kreis Höxter mit elf Straftätern.

In ganz NRW sind es aktuell 1.664 Intensivtäter, die erfasst werden, die meisten in den Zuständigkeitsbereichen der Polizei Dortmund (164), Essen (142) und Köln (141). Wie das LKA berichtet, sind aktuell gut die Hälfte aller Intensivtäter Erwachsene. In 334 Fällen handelt es sich um Heranwachsende (zwischen 18 und 21 Jahren), in 496 Fällen um Jugendliche (14 bis 18). Zudem gelten zehn Kinder als Intensivtäter. Nur 124 erfasste Intensivtäter sind weiblich, die übrigen männlich.
Intensivtäter fallen vor allem mit Gewalt und Diebstahl auf
„Die Tatverdächtigen begehen Straftaten insbesondere in den Bereichen der Gewalt- und Eigentumskriminalität“, berichtet ein LKA-Sprecher. Bei etwas mehr als 1.000 Intensivtätern handelt es sich laut Daten um Deutsche, etwa 650 Personen haben

eine ausländische Staatsangehörigkeit. Dass sich die NRW-weiten Tendenzen von denen in OWL unterscheiden, gilt in Sicherheitskreisen als unwahrscheinlich.

Während die Zahlen der Intensivtäter während der Coronapandemie deutlich rückläufig waren, steigt die Zahl mittlerweile wieder. So waren es 2021 beispielsweise 1.442 Intensivtäter, die die Polizei in NRW erfasst - im Jahr vor der Pandemie (2019) dagegen mehr als 1.900. Ein LKA-Sprecher betont jedoch, dass sich in der Zeit unter anderem auch die Modalitäten für die Erfassung von Intensivtätern geändert habe, eine Vergleichbarkeit der Zahlen sei daher beschränkt.

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Marc Lürbke, sieht die schwarz-grüne Landesregierung in der Pflicht, die Prävention und auch Repressionen anzupassen. So müssen laut Lürbke Präventionsprogramme flächendeckend ausgebaut und qualitativ weiterentwickelt werden. „Denn wenn sich kriminelle Karrieren erst einmal etablieren, wird es, umso schwieriger gegenzusteuern."

Jugendarrest für junge Intensivtäter gefordert

Lürbke bemängelt zudem: „Bei der Repression entwickelt sich NRW unter Schwarz-Grün zum zahnlosen Tiger. Die besonders von der CDU oft viel beschworene ‚Strafe auf dem Fuße' findet doch in der Realität gar nicht statt. Dabei wäre es gerade bei jugendlichen Intensivtätern entscheidend, dass der Rechtsstaat sofort die Rote Karte zeigt!"

Ähnlich sieht es auch Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. „Wenn wir gerade jugendliche Intensivtäter nicht frühzeitig unter Kontrolle kriegen, werden sich deren kriminelle Karrieren wahrscheinlich fortsetzen", sagt er. „Dabei sollten jugendliche Intensivtäter wissen, dass wir sie nicht nur auf dem Schirm haben, sondern dass ihr Handeln auch Konsequenzen hat."
Rettinghaus fordert den Ausbau von Betreuungsangeboten. „Beispielsweise verpflichtende Gruppenbetreuung, in denen genau geschaut wird, wie wir am besten an die Intensivtäter kommen", schlägt er vor. Zudem sieht er eine drastische Maßnahme als mögliches Mittel: „Sollten die polizeilichen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, nicht die gewünschten Ergebnisse liefern, dann müssen wir auch darüber nachdenken, ob ein frühzeitiger Jugendarrest als Art Warnschuss nicht zu einem Umdenken der Intensivtäter führt."

Neue Westfälische NW+ Artikel

Vorbild Niederlande
„Handy-Blitzer“ auf Autobahnen: Überwachen Monocams bald den Verkehr in NRW?
In Rheinland-Pfalz soll die moderne Technik bald Handysünder erkennen. Experten fordern die Einführung auch in NRW.

Von Lukas Brekenkamp
07.03.2025

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/24056357_Handy-Blitzer-auf-Autobahnen-Ueberwachen-Monocams-bald-den-Verkehr-in-NRW.html

Bielefeld. Das Handy am Steuer ist nicht nur verboten, sondern auch enorm gefährlich, warnen Experten. Um sogenannte Handysünder technisch zu erkennen, kommen Monocams zum Einsatz. NRW prüft aktuell eine mögliche Einführung der Hilfsmittel für die Polizei.

Vorreiter ist Rheinland-Pfalz. Hier sollen die Monocams angeschafft und auf Autobahnen eingesetzt werden. Die Technik der Kameras ist dank Künstlicher Intelligenz in der Lage, zu erkennen, ob ein Autofahrer während der Fahrt sein Handy nutzt. Positioniert werden die Geräte auf einer Erhöhung, beispielsweise einer Brücke. Erkennt die Monocam einen solchen Verstoß, löst sie aus. Ein Beamter kontrolliert die Aufnahme später. In den Niederlanden ist der sogenannte „Handy-Blitzer“ bereits im Einsatz.

„Monocams erleichtern uns als Polizei die Arbeit enorm“, sagt Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. „Durch die Kameras werden auch Handysünder ertappt, die sonst womöglich nie von der Polizei entdeckt worden wären. Wenn diese Personen nun ein Bußgeld zahlen müssen, überlegen sie sich sicher künftig genau, ob sie das Mobiltelefon am Steuer noch nutzen.“

Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Christina Kampmann aus Bielefeld, betont: „Monocams können einen wichtigen Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit leisten, wenn sie ausschließlich zur Ahndung von Verkehrsverstößen genutzt werden. Denn: Wer am Steuer einen schnellen Blick aufs Handy riskiert, ist unaufmerksam und gefährdet sich und andere.“ NRW sei gut beraten, die Einführung zu prüfen und eine sichere Rechtsgrundlage zu schaffen. „Denn die Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz zeigen, dass Monocams eine präventive Wirkung haben und sich damit positiv auf die Sicherheit im Verkehr auswirken“, betont sie.

Eine Sprecherin des ADAC in OWL erklärt: „Das Telefonieren oder Verschicken von Nachrichten gilt mittlerweile als eine der wesentlichen Unfallursachen.“ Laut NRW-Innenministerium bedeute bereits eine Sekunde Ablenkung bei einer Geschwindigkeit von 50 Stundenkilometern eine Strecke von 14 Metern, in denen das Fahrzeug unkontrolliert unterwegs ist.

Das sagt das NRW-Innenministerium zu Monocams

Laut ADAC sei die Einführung der Monocams in Rheinland-Pfalz durch eine Novelle des Polizeigesetzes möglich geworden – das war nötig, da die Technik personenbezogene Daten erhebt und speichert. Weil andere Bundesländer den Versuch dort genau beobachten, sei es gut möglich, dass die Handy-Überwachung schon bald bundesweit stattfindet.
Zu den Beobachtern zählt auch das NRW-Innenministerium, das sich zudem mit den Behörden im Nachbarbundesland über den Versuch austauscht. Ein Sprecher des Hauses betont, dass Monocams eine Möglichkeit darstellen können, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. „Die Polizei Nordrhein-Westfalen begrüßt deshalb die Entwicklung neuer Verkehrsüberwachungstechnik und betreibt fortlaufend eine Marktschau“, sagt der Sprecher weiter. Eine Erhöhung des Kontrolldrucks durch automatische Überwachung im Verkehr sollte demnach „immer eine Ergänzung“ zu sogenannten Anhaltekontrollen sein. Nur so könne eine integrative und vollständige Verkehrskontrolle erfolgen. Der Sprecher betont jedoch auch: „Aktuell ist eine Erprobung eines ‚Handy-Blitzers‘ in Nordrhein-Westfalen nicht geplant.“

Polizeigewerkschafter Rettinghaus sieht jedoch Handlungsbedarf. „NRW sollte schnellstmöglich prüfen, ob die Einführung möglich ist – und dann auch zeitnah entsprechend handeln“, sagt er. „Und vor der Einführung bedarf es sicher keiner fünf Pilotprojekte zur Evaluation. Die Sicherheit auf Straßen ist schließlich immens wichtig.“

Rheinische Post vom 08.05.2025

***Mehr Kontrollen an NRW-Grenzen* „Was passiert mit den Menschen, die wir an der Grenze abweisen?“**

Düsseldorf ·

Die Bundespolizei fährt ihre Kräfte an den Grenzen hoch, um stärker gegen illegale Migration vorgehen zu können – auch an den NRW-Grenzen zu Belgien und den Niederlanden. Doch die Umsetzung könnte nach Einschätzung der Deutschen Polizeigewerkschaft schwierig werden.

https://rp-online.de/nrw/panorama/grenzkontrollen-nrw-und-niederlande-polizei-kontrolliert-staerker_aid-127088879

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Die Bundespolizei bei einer Grenzkontrolle an der Autobahn 57 in Goch (Kreis Kleve).
Foto: Guido Schulmann

Die von der neuen Bundesregierung angekündigten verschärften Grenzkontrollen haben auch Auswirkungen auf die nordrhein-westfälischen Außengrenzen. Verkehrsteilnehmer müssen sich im Grenzraum zu den Niederlanden und Belgien infolge erhöhter Kontrolldichte auf temporär längere Wartezeiten einstellen. „Das ist auf jeden Fall der richtige Weg. Aber es darf nicht bei reinen Ankündigungen bleiben, sondern sie müssen auch umgesetzt werden“, sagte der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus.

Mit mehr Bundespolizisten an den deutschen Landgrenzen will der neue Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) für einen Rückgang der irregulären Migration sorgen. Im Koalitionsvertrag von Union und SPD ist vereinbart: „Wir werden in Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn Zurückweisungen an den gemeinsamen Grenzen auch bei Asylgesuchen vornehmen.“ Zwischen Union und SPD ungeklärt ist aber, ob „in Abstimmung“ bedeutet, eine Zustimmung der Nachbarn einzuholen oder sie lediglich zu konsultieren. Laut „Bild“ sollen auch Migranten zurückgewiesen werden, die Asyl beantragen wollen. Bislang konnten diese auf ein Verfahren in Deutschland hoffen.

Info

Weniger Asylanträge als im Vorjahr

Asylanträge Im vergangenen Jahr hatten 229.751 Menschen erstmals in Deutschland einen Asylantrag gestellt. Das waren rund 100.000 Asylerstanträge weniger als im Jahr zuvor.

Illegal Laut der Bundespolizei überquerten im März 5068 Menschen unerlaubt die Grenze, 2022 weniger als im März 2024. Im Februar passierten 4669 Menschen

illegal die Grenze zu Deutschland – im Februar 2024 waren es 5998 Menschen gewesen.

Rettinghaus hält die Umsetzung der Kontrollen deshalb auch für schwierig. „Es gibt rechtliche Hürden und noch viele offene Fragen. Was passiert mit den Menschen, die wir an der Grenze abweisen? Die Niederländer werden sie vermutlich nicht aufnehmen. Und dann müssten auch die sogenannten grünen Grenzen abseits der Autobahnen, von denen es sehr viele gibt, überwacht werden. Das ist auch eine gewaltige Herausforderung“, so Rettinghaus, der sich bei den Grenzkontrollen für eine enge Abstimmung mit der niederländischen Regierung ausspricht. „Das Land NRW pflegt gute Beziehungen ins Nachbarland. Das könnte man nutzen“, so Rettinghaus.

Bundespolizei mit bis zu 14.000 Kräften im Einsatz

Die Bundespolizei fährt ihre Kräfte an den Grenzen bereits auf bis zu 14.000 Beamte hoch. Nach Informationen unserer Redaktion aus Kreisen der Bundespolizei sollen vor allem mobile Kontrollstellen intensiviert werden. Kräfte der Bereitschaftspolizei stehen demnach auch zur Unterstützung zur Verfügung.

„An der praktischen Arbeit wird sich nicht viel ändern. Die Bundespolizei wird weiter mobil, stationär und verdeckt kontrollieren“, sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Chef der Deutschen Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz. „Dazu kommen jetzt weitere Befugnisse, die es erlauben, Migranten, die aus einem sicheren EU-Land nach Deutschland wollen, die Einreise zu verweigern“, so Teggatz. Diese Aufgabe könne aber dauerhaft nicht ohne zusätzliches Personal erfüllt werden. „Deshalb benötigen wir rund 3000 zusätzliche Tarifbeschäftigte, die bei vollzugsfremden Aufgaben wie in der Sachbearbeitung aushelfen könnten“, so der Gewerkschaftler.

In NRW registrierte die Bundespolizei an den Grenzen zu den Niederlanden und Belgien bei ihren Kontrollen im Zeitraum von September 2024 bis zum 25. April dieses Jahres 3235 illegale Einreisende. Davon versuchten allein 2100 aus Belgien herüberzukommen, wie die Bundespolizei unserer Redaktion mitteilte. 1293 Personen wurden demnach zurückgewiesen oder abgeschoben. Gegen 97 Personen lag eine Wiedereinreisesperre nach Deutschland vor. 117 Schleuser konnten gefasst und 345 offene Haftbefehle vollstreckt werden.

„Ein offenes Europa – aber nicht um den Preis der inneren Sicherheit“
Die FDP in NRW hält die Kontrollen auch deshalb für notwendig. „Die befristete Beibehaltung der Grenzkontrollen ist aktuell sinnvoll. Wir haben es mit realen Herausforderungen wie irregulärer Migration und grenzüberschreitender Kriminalität zu tun – und die bisherigen Kontrollen zeigen Wirkung. Die Zahlen belegen: Sie leisten einen Beitrag zur Sicherheit“, sagte Marc Lürbke, innen- und migrationspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW. „Klar ist aber auch,

dass solche Maßnahmen immer gut begründet, effektiv umgesetzt und regelmäßig überprüft werden müssen. Unser Ziel bleibt ein offenes Europa – aber nicht um den Preis der inneren Sicherheit“, so Lürbke weiter.

Auch die nordrhein-westfälische SPD-Landtagsfraktion hält die Kontrollen für ein wirksames Mittel im Kampf gegen kriminelle Organisationen wie Schleusernetzwerke. „Wichtig ist dabei aber, dass diese Maßnahmen in enger Abstimmung mit unseren europäischen Nachbarn stattfinden, so wie das ebenfalls im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurde“, sagte SPD-Innenexpertin Christina Kampmann.

Die europäische Zusammenarbeit dürfe dadurch nicht beeinträchtigt werden. Klar sei auch, betonte Kampmann, dass es sich dabei nur um eine temporäre Maßnahme handeln könne, bis das gemeinsame europäische Asylsystem mit einem umfassenden Schutz der EU-Außengrenzen greife. „Wir wollen schnellstmöglich zurück zu Binnengrenzen, an denen wir nicht mehr kontrollieren müssen“, so Kampmann.

(csh)

„Rheinische Post“ (online) vom 23.05.2025 – „Erfolg der Sicherheitsbehörden – Warum immer weniger Geldautomaten gesprengt werden“: https://rp-online.de/nrw/panorama/geldautomatensprenger-nrw-2025-polizei-mit-trendwende_aid-128043579

***Düsseldorf* · Landesweit verzeichnet die Polizei nur noch wenige Geldautomatensprengungen. Das Landeskriminalamt in NRW führt diese Entwicklung auf ein Bündel an Maßnahmen zurück. Doch werden nun andere Automaten ins Visier genommen?**

In NRW geht die Anzahl der gesprengten Geldautomaten zurück.
Foto: dpa/Ralf Roeger

Von: Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Der intensive Kampf der Sicherheitsbehörden in NRW gegen die kriminellen Geldautomaten-Sprenger zeigt offenbar nachhaltig Wirkung. So wurden in diesem Jahr bisher landesweit nur 13 solcher Taten verübt, wie das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt (LKA) unserer Redaktion mitteilte. „Das ist mehr als eine Trendwende. Es wurde in den vergangenen Jahren viel Ermittlungskraft in die Bekämpfung dieses Kriminalitätsphänomens gesteckt. Und es zeigt, dass es richtig gewesen ist“, sagte der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Erich Rettinghaus. „Aber jede Sprengung ist natürlich eine zu viel. Wir müssen weiter dranbleiben“, betonte er.

Nach dem Höchststand von 182 Geldautomatensprengungen im Jahr 2022 und 153 Taten im Jahr darauf konnte bereits im vergangenen Jahr mit insgesamt 44 Taten ein

deutlicher Rückgang dieser Sprengungen in NRW festgestellt werden. Das LKA führt die positive Entwicklung auf ein Bündel von Maßnahmen zurück – etwa auf eine enge Zusammenarbeit mit den niederländischen Partnerbehörden. „Auch mithilfe der Banken konnten viele Präventionsmaßnahmen umgesetzt werden – zum Beispiel durch Einfärbetechniken des Raubgutes“, betonte eine Sprecherin des LKA, und weiter: „Dabei platzt im Fall einer Detonation ein Farbpaket auf, und die Scheine werden mit einer nicht entfernbaren Tinte getränkt und sind somit faktisch unbrauchbar“, erklärte die Sprecherin.

Darüber hinaus seien Automaten an als von der Polizei besonders gefährdet identifizierten Standorten zurückgebaut. Und das LKA sieht auch in den Festnahmen von Automatensprengern einen Grund für den Rückgang. „Weitere Täter wird dies von einer möglichen Tatbegehung abgehalten haben“, so die LKA-Sprecherin.
Nun scheinen die Kriminellen aber auch noch andere Automaten gezielt ins Visier zu nehmen. „Neben Sprengungen von Geldautomaten gibt es auch Sprengung von Zigarettenautomaten und Fahrkartenautomaten“, sagte eine Sprecherin des Landeskriminalamtes. Eine Erhebung über die Zahl solcher Sprengungen liegt aber noch nicht vor. Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft warnt vor der Sprengung anderer Automaten. „Sie sind in der Regel für die Kriminellen leicht zugänglich und können natürlich so gut wie nicht bewacht oder geschützt werden“, sagte Rettinghaus.

Die Täter reisen laut LKA zu dritt oder zu viert zum Tatort an. „Vollmaskiert reichen Ihnen dann zumeist zwei bis fünf Minuten zur Tatausführung“, so die LKA-Sprecherin. „Hierbei zeigen die Täter ein hohes Maß an Professionalität in allen Phasen der Tatbegehung.“ Nach wie vor stammt der Großteil der Automatensprenger (etwa 80 Prozent) aus den Gegenden von Amsterdam und Utrecht. Die meisten von ihnen haben einen marokkanischen Migrationshintergrund. Die Täter kamen ab 2014/2015 vermehrt über die niederländisch-deutsche Grenze nach NRW, um hier Sprengungen zu begehen, nachdem die niederländischen Behörden massive Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Automaten sowie deren Abbau forciert hatten. Der Grund: Anders als in den Niederlanden gibt es in NRW sehr viele Geldautomaten, auch wenn deren Anzahl seit 2022 von rund 11.000 auf etwa 10.000 gesunken ist.

Nach Beginn der Serie der Geldautomatensprengungen in NRW war zunächst im Landeskriminalamt die Ermittlungskommission „EK Heat“ ins Leben gerufen worden. Die EK-Ermittler arbeiteten intensiv, um die Sprengungen einzudämmen. Später wurde zusätzlich im Innenministerium die Sonderkommission „Begas“ gegründet. Beide Ermittlerteams haben Experten zufolge maßgeblichen Anteil an den rückläufigen Zahlen. Ebenfalls auszuzahlen scheint sich die Einrichtung eines Hinweisportals für Zeugen von Automatensprengungen, auf dem Fotos und Videos hochgeladen werden können.
(csh/jra)

„Süddeutsche Zeitung“ vom 26.06.2025: „Störung von Rettungseinsätzen – Zahl der Gaffer in NRW nimmt zu“: https://www.sueddeutsche.de/panorama/stoerung-von-rettungseinsaetzen-zahl-der-gaffer-in-nrw-nimmt-zu-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250626-930-722148

Vorfälle, in denen Gaffer Rettungseinsätze behindern, haben in NRW zugenommen. (Symbolbild)(Foto: Alexander Auer/dpa)

Immer wieder behindern Gaffer Rettungseinsätze - stehen an Unfallstellen im Weg, um mit ihren Handys zu filmen. Die Zahl solcher rücksichtslosen Vorfälle ist sogar gestiegen.

Düsseldorf (dpa/lnw) - Die Zahl der Vorfälle, bei denen Schaulustige durch rücksichtsloses Verhalten wie Handyfilmen Rettungseinsätze behindern, hat in Nordrhein-Westfalen weiter zugenommen. Laut Innenministerium wurden im vergangenen Jahr 2.880 Fälle registriert, bei denen der Ablauf von Einsätzen durch Gaffer gestört wurde. Das waren 5,6 Prozent mehr Fälle als 2023 mit 2.728 Vorfällen,

was ebenfalls schon eine Zunahme gewesen war. Zuvor hatte die „Rheinische Post“ (RP) über den neuerlichen Zuwachs berichtet.
Innenminister Herbert Reul sagte auf dpa-Anfrage, es gebe null Toleranz für Gaffer. „Sich am Leid anderer zu ergötzen, ist abstoßend. Gaffen statt helfen, ist nicht nur moralisch verwerflich, sondern kann strafbar sein“, stellte der CDU-Politiker klar. „Wer filmt oder im Weg steht, riskiert nicht nur Leben, sondern bis zu zwei Jahre Haft. Wer so handelt, tritt Mitgefühl und Menschenwürde mit Füßen.“
Die Dunkelziffer bei solchen Vorfällen gilt als hoch. Viele Gaffer kämen auch ungestraft davon, weil sich die Polizei bei Unfällen zuerst um Opfer und Sicherung der Einsatzstellen kümmern müsse, zitierte die „Rheinische Post“ den NRW-Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Erich Rettinghaus. Er sprach sich dafür aus, Gaffern die Handys abzunehmen.

„RP+ vom 27.06.2025 „*Debatte um fehlende Erziehung* „Kinder müssen lernen, dass sich die Welt nicht nur um sie dreht“: https://rp-online.de/nrw/panorama/forderungen-elterrn-muessen-mehr-fuer-erziehung-der-kinder-tun_aid-130056297

Düsseldorf · **Polizei, Lehrer und Rettungskräfte haben es immer wieder mit aggressiven Kindern und Jugendlichen zu tun. Aus Politik und Lehrerverbänden kommt der Wunsch, dass Erziehungsberechtigte mehr Initiative und Verantwortung in der Erziehung zeigen. Denn die Polizei kann die Versäumnisse im Elternhaus nicht auffangen.**

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

In der Diskussion um deutlich mehr Verantwortungsbewusstsein für Eltern in der Erziehung ihrer Kinder sieht auch NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) angesichts zunehmender Gewalt bei Jugendlichen Handlungsbedarf. „Unser Nachwuchs benötigt einen ordentlichen Wertekompass. Den sollten Kinder frühzeitig vermittelt bekommen – zuhause, in der Schule und in der Gesellschaft insgesamt“, sagte Reul unserer Redaktion.
Kinder ohne Halt, Orientierung und Selbstreflexion seien kein Fall für die Polizei. „Was im Elternhaus nicht geklappt hat, können Sicherheitsbehörden nicht auffangen. Familie hat insofern eine Schlüsselfunktion“, betonte Reul.

Bundesbildungs- und -familienministerin Karin Prien hatte jüngst in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ dafür plädiert, Eltern bei der Bildung ihrer Kinder wieder stärker in die Pflicht nehmen. „Bildung und Erziehung fangen in der Familie an, das ist zuletzt vielleicht ein bisschen in Vergessenheit geraten. Zunächst einmal sind die Eltern verantwortlich“, hatte die CDU-Politikerin gesagt. Ein Staat, der alles leisten will in diesem Bereich, wird immer überfordert sein“, betonte sie weiter.
Auch Lehrer „brauchen die Eltern verstärkt“

NRW-Familienministerin Josefine Paul (Grüne) sagte unserer Redaktion, dass die Erziehung und Bildung von Kindern eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft sei.

„Dabei haben einerseits Familien und Eltern die Verantwortung, Kinder in ihrer Entwicklung zu begleiten und zu fördern“, betonte Paul. Alle Kinder müssten aber unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen auf eine gute Entwicklung, Bildung und Teilhabe an der Gesellschaft haben. „Es ist deshalb wichtig, dass wir Familien unterstützen und die Biografien von Kindern mitgestalten“, so Paul weiter.

Der Präsident des Lehrerverbands NRW, Andreas Bartsch, fordert mehr Initiative von den Erziehungsberechtigten ein. „Wir brauchen die Eltern verstärkt. Nehmen wir das Beispiel Handynutzung: Ein schulisches Verbot oder Einschränkungen von Smartphones ist gut, wirkt aber nicht so, wenn die Eltern zuhause das nicht fortsetzen“, sagte Bartsch unserer Redaktion. „Da wünsche ich mir wesentlich mehr Verbindlichkeiten und eine engere Partnerschaft zwischen Schule und Eltern. Es reicht nicht aus, Kinder in der Schule und in Sportvereinen abzugeben und sich ansonsten nicht mehr viel um die Erziehung zu kümmern“, betonte Bartsch. Landesweit klagen nicht nur Lehrer, Polizisten und Rettungskräfte über zunehmende Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen. Laut jüngster Kriminalstatistik beghen immer mehr junge Menschen brutale Gewalttaten – 8,5 Prozent mehr tatverdächtige Kinder und 2,1 Prozent mehr tatverdächtige Jugendliche bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung.

„Wir als Polizei bekommen die Defizite zu spüren“

Deshalb fordert auch die Deutsche Polizeigewerkschaft die Eltern auf, ihren Kindern mehr Werte und Respekt zu vermitteln. „Wir können als Polizei Versäumnisse in der Erziehung nicht auffangen, das können wir unmöglich leisten“, sagte der NRW-Landesvorsitzende Erich Rettinghaus unserer Redaktion. „Es wird nicht nur immer schwieriger, mit den Kindern umzugehen, sondern auch mit den Eltern. Wir haben wirklich Defizite in der Erziehung, die wir als Polizei auf der Straße zu spüren bekommen“, betonte Rettinghaus. „Daher muss man an die Eltern ran, an das Zuhause. Sonst wird sich nur schwer etwas ändern“, so Rettinghaus.

„Gewalt unter Mitschülern, Hass im Netz und Angriffe auf Einsatzkräfte zeigen: Etwas hat sich verändert“, bekräftigte Reul. „Ich glaube, soziale Medien und ein Mangel an Erziehung spielen dabei eine erhebliche Rolle. Kinder müssen lernen, dass sich die Welt nicht nur um sie dreht.“

(csh jis)

RP+ Artikel vom 20.07.2025 – Link: https://rp-online.de/nrw/panorama/110-und-112-mehr-fake-alarme-bei-polizei-und-feuerwehr_aid-131096101

Missbrauch von Notruf 110 und 112 - Mehr Fake-Alarme bei Feuerwehr und Polizei in NRW

Düsseldorf · **Einsatzkräfte in NRW werden immer häufiger ohne Anlass alarmiert. Solche „böswilligen“ Alarme würde potenziell Menschenleben gefährden, kritisiert die Feuerwehr. Wer erwischt wird, muss mit hohen Strafen rechnen.**

Von Jörg Isringhaus

Immer mehr Menschen missbrauchen die Notrufnummern 110 und 112. Bei den Leitstellen von Polizei und Feuerwehr würden mittlerweile regelmäßig Alarme eingehen, die sich hinterher als falsch herausstellten, sagt Christoph Schöneborn, Geschäftsführer des Verbands der Feuerwehren NRW. „Die Zahl dieser sogenannten böswilligen Alarme hat zugenommen“, erklärt Schöneborn. Ähnlich sehe es bei der Polizei aus, sagt Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) NRW. „Viele Anrufer verkennen dabei den Ernst der Lage“, sagt Rettinghaus, „und brüsten sich in den sozialen Medien noch mit ihrem unverantwortlichen Handeln.“

Zahl der böswilligen Alarme steigt seit 2020 stetig

Aktuelle Zahlen dazu liegen zwar nicht vor. Aber schon aus dem Jahresbericht des NRW-Innenministeriums zur Gefahrenabwehr aus dem Jahr 2023 geht hervor, dass die Zahl der böswilligen Alarme seit 2020 stetig gestiegen ist. Wurden bei den Brandeinsätzen im Jahr 2020 noch 1415 böswillige Alarme gezählt, waren es 2023 schon 1965. Im Rettungsdienst entfielen im Jahr 2020 2046 Einsätze auf einen böswilligen Alarm, im Jahr 2023 waren es bereits 3631 – und damit fast doppelt so viele.

Bei jedem dieser Einsätze entstehen teils hohe Kosten, wenn beispielsweise ein ganzer Löschzug ausrückt. „Noch schlimmer aber ist es, dass Rettungskräfte und -mittel in einem Einsatz gebunden sind, für den es gar keinen Anlass gibt“, sagt Schöneborn. Damit seien sie für einen möglichen realen Notfall in derselben Zeitspanne nicht greifbar. Es müsse dann die nächstgelegene Wache alarmiert werden, diese habe dann aber wahrscheinlich einen längeren Anfahrtsweg. „Das verlängert unnötig die Frist, in der wir Hilfe leisten können“, sagt Schöneborn. „Es stehen also unter Umständen Leben auf dem Spiel.“ Betroffen seien zudem eher urbane als ländliche Räume.

Für den Feuerwehrverbandschef ist die Entwicklung auch Ausdruck einer gesellschaftlichen und charakterlichen Veränderung. „Vor 15, 20 Jahren wäre kaum jemand auf die Idee gekommen, den Notruf zu missbrauchen“, sagt Schöneborn. Auch Rettinghaus sieht den Trend als Symptom einer allgemeinen Verrohung, zu der auch die zunehmenden Angriffe auf Polizisten, Sanitäter und Feuerwehrleute zu

zählen seien. „Respekt für das polizeiliche Gegenüber ist mittlerweile Mangelware“, sagt Rettinghaus.

Welche Strafen bei Fake-Alarmen drohen

Die gute Nachricht: Die meisten Anrufer seien zu ermitteln, erklären Schöneborn und Rettinghaus. „Irgendwann wissen wir immer, um wen es sich handelt und können denjenigen dingfest machen“, sagt der DPolG-Chef. Wird demjenigen wissentlicher Missbrauch nachgewiesen, können ihm die Kosten für den Einsatz in Rechnung gestellt werden. Zudem droht eine Anzeige wegen Falsch-Alarmierung, was eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr nach sich ziehen kann. Oft sei die Situation aber nicht eindeutig und der Missbrauch schwer nachzuweisen, sagt Schöneborn. Alle Notrufe werden aufgezeichnet und müssen ernst genommen werden.
Für Schöneborn ganz wichtig: Wenn man sich beispielsweise bei einem medizinischen Notfall eines Angehörigen unsicher sei, solle man trotzdem nicht zögern, den Notruf zu wählen. „Lieber zweimal zu viel als einmal zu wenig anrufen“, betont der Feuerwehrverbandschef. Das habe nichts mit boshaftem Vorsatz zu tun wie bei den falschen Alarmierungen, sondern sei eine reale Notsituation – selbst wenn sich diese im Nachhinein nicht als lebensbedrohlich herausstelle. Es solle keine Hürde aufgebaut werden, den Notruf zu wählen, sagt Schöneborn. Oberstes Ziel bleibe es, Menschenleben zu retten.

Hier der Link:

110 und 112: Mehr Fake-Alarme bei Polizei und Feuerwehr

Und in weiteren Medien:

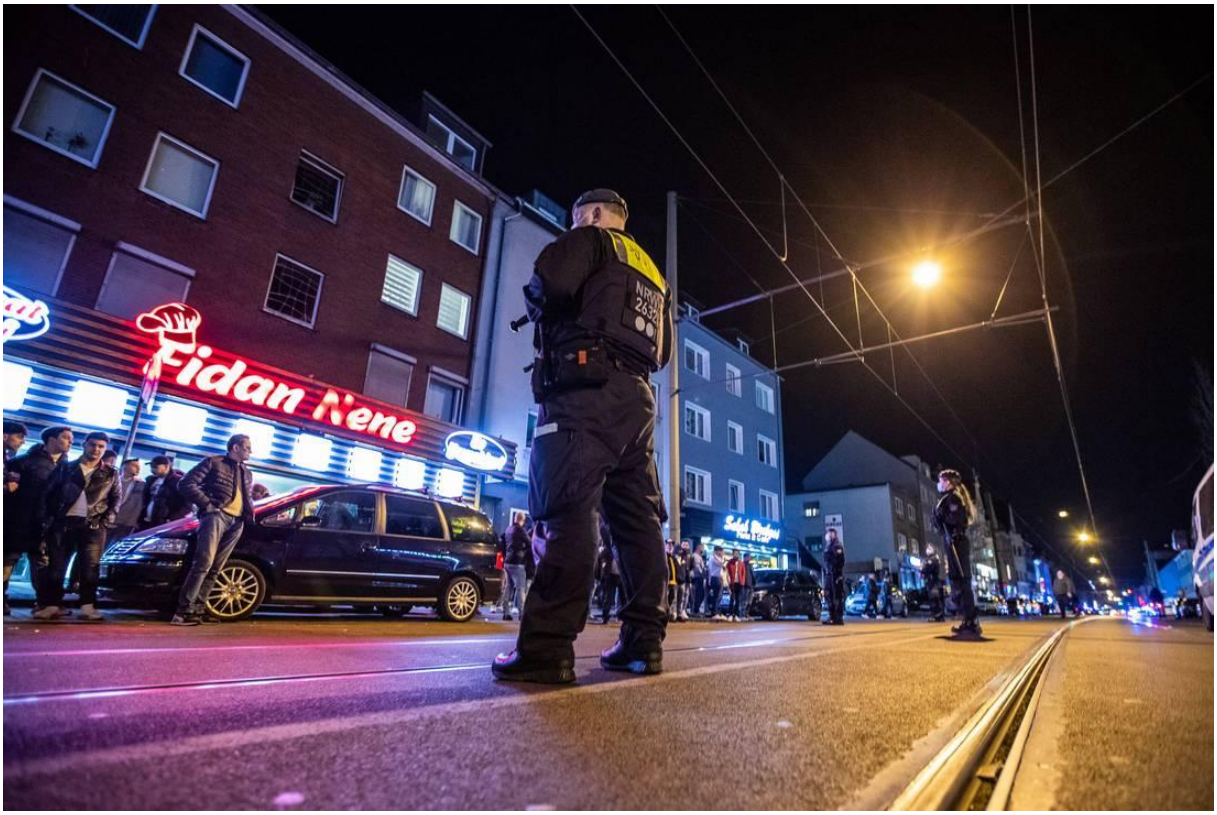
PressReader.com - Zeitungen aus der ganzen Welt

Missbrauch des Notrufs nimmt zu | Aachener Zeitung

„Rheinische Post“ vom 06.09.2025: Millionen Euro sichergestellt: https://rp-online.de/nrw/panorama/clans-in-nrw-tausende-kontrollen-und-sicherstellungen_aid-134328521

NRW geht mit Tausenden Kontrollen gegen Clankriminalität vor

Düsseldorf · **Die Polizei in Nordrhein-Westfalen geht weiter intensiv gegen Clankriminalität vor. Seit 2018 gab es mehr als 5300 Strafanzeigen, mehr als 22 Millionen Euro konnten eingezogen werden. Innenminister Reul betont den Erfolg der Strategie. Doch „die Situation verschärft sich“, sagt die Polizeigewerkschaft.**



Fast jede Woche finden in NRW Durchsuchungen im Zusammenhang mit Clankriminalität statt.Foto: IMAGO/Justin Brosch/Justin Brosch/IMAGO

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Seit einigen Jahren gehen die nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden gemeinsam mit den betroffenen Kommunen intensiv gegen kriminelle Clans vor. Wie das NRW-Innenministerium unserer Redaktion mitteilte, führte die Polizei zwischen Juli 2018 bis Mai 2025 fast 4000 Kontrollen in mehr als 9000 Wettbüros, Spielcasinos und Shisha-Bars durch. Dabei fertigte sie mehr als 5300 Strafanzeigen und verhängte mehr als 19.000 Verwarngelder. In Ermittlungsverfahren gegen diese Strukturen konnten bereits mehr als 22 Millionen Euro vorläufig gesichert werden.

„Wir haben Tausende Kontrollen durchgeführt, Millionen an kriminellen Vermögenswerten gesichert und kriminelle Strukturen zerschlagen“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion. „Damit entziehen wir den Tätern das Fundament ihres Geschäfts, trocknen ihre Geldquellen aus und ärgern Leute, die unseren Rechtsstaat mit Füßen treten. Wir nehmen ihnen das Spielfeld.

Denn Kriminalität darf sich nicht lohnen. Unser Rechtsstaat ist stärker“, betonte der Landesinnenminister.

Info
Clans im Ruhrgebiet besonders stark

Ruhrgebiet Nach wie vor ist das Ruhrgebiet der Hauptaktionsraum der Clan-Kriminellen. Die meisten Straftaten in dem Zusammenhang werden regelmäßig in Essen verzeichnet, gefolgt von Recklinghausen, Gelsenkirchen, Duisburg und Bochum.

Namen In NRW werden laut Lagebild 118 Nachnamen mit entsprechenden Clan-Strukturen in Verbindung gebracht

Die konsequente Bekämpfung der Clankriminalität ist ein sicherheitspolitischer Schwerpunkt der Landesregierung. „Die genannten Zahlen resultieren nicht etwa aus einer tatsächlichen Zunahme der Kriminalitätsbelastung, sondern dadurch, dass durch die jahrelangen Ermittlungen und Erkenntnisgewinne im Bereich der Clankriminalität mehr Straftaten aufgedeckt werden“, hieß es aus dem NRW-Innenministerium.

Clankriminalität habe in Nordrhein-Westfalen keinen Platz, sagte Reul. „Dafür sorgen wir mit unserer Drei-Säulen-Strategie aus Prävention, Repression und Finanzermittlungen Tag für Tag. Das passiert nicht nur mit großen Razzien, sondern auch in zahlreichen verdeckten Ermittlungen, die im Hintergrund laufen“, so Reul.

Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) lobte den beharrlichen Kampf der Polizei gegen die kriminellen Clans. „Allerdings wurde in den vielen Jahren zuvor nichts dagegen unternommen, wodurch diese Strukturen überhaupt erst entstehen und sich verfestigen konnten“, so Rettinghaus. „Und der Kampf gegen die Clans wird deshalb noch sehr lange dauern. Außerdem kommen nun auch weitere kriminelle syrische Clans hinzu. Die Situation verschärft sich. Auch gibt es immer mehr Überschneidungen zwischen Clans und Rockergruppierungen“, sagte Rettinghaus.

Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) steht klar hinter dem konsequenten Vorgehen. „Der Landesinnenminister hat mit der Bekämpfung der Clankriminalität einen Impuls gesetzt, der richtig ist und bundesweit Nachahmung findet. Die schiere Zahl der Kontrollen sagt aber nichts über den Erfolg, nur etwas über den Aufwand aus. Die Polizei bohrt hier ein ganz dickes Brett“, sagte Patrick Schlüter, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). „Für uns als GdP ist wichtig: Clankriminalität ist eine der großen Herausforderungen für die Polizei in NRW, eine von aktuell einer ganzen Reihe von Herausforderungen. Dafür brauchen wir Personal“, so Schlüter.

(csh hsr)

„Rheinische Post“ vom 08.09.2025: Nach Messerattacke an Essener Schule: https://rp-online.de/nrw/panorama/nach-messerattacke-auf-lehrerin-in-essen-debatte-ueber-sicherheit-an-schulen_aid-134483277

„Irgendwann werden wir Einlasskontrollen haben“

Essen · Nach der Messerattacke auf eine Lehrerin herrscht am betroffenen Berufskolleg in Essen weiter Ausnahmezustand. Der Täter, auf den die Polizei schoss, soll nicht mehr in Lebensgefahr schweben. Doch was war sein Motiv?

Nach einem Angriff mit einem Messer auf eine Lehrerin am Berufskolleg ermittelt eine Mordkommission.Foto: Fabian Strauch/dpa/Fabian Strauch

Drei Tage nach dem Messerangriff auf eine Lehrerin hat am betreffenden Essener Berufskolleg am Montagmorgen (8. September) der Unterricht unter erhöhten Sicherheitsvorkehrungen begonnen. Kräfte des städtischen Sicherheitsdienstes sicherten unter anderem den Zugang zum Gebäude, um den rund 1800 Schülern ein besseres Gefühl zu geben. Auch Mitarbeiter der schulpsychologischen Beratungsstelle und der Essener Schuldezernent kamen in die Schule, um mit Lehrern und Schülern zu sprechen.

Ein Schüler der Schule, ein 17-jähriger Kosovare, hatte am Freitag mit einem Messer auf eine 45 Jahre alte Lehrerin eingestochen. Die Frau kam schwer verletzt in die Essener Uniklinik. Der Täter, der zunächst flüchten konnte, wurde wenig später unweit der Schule von der Polizei festgenommen. Dabei soll er mit dem Messer auf die Polizisten zugegangen sein, worauf diese auf ihn schossen. Er wurde schwer

verletzt, soll Polizeiangaben zufolge aber nicht mehr in Lebensgefahr schweben. Sein Zustand habe sich stabilisiert, hieß es am Montag.
Warum der Jugendliche die Lehrerin attackierte, ist noch nicht bekannt. Weder Polizei noch Staatsanwaltschaft äußerten sich bislang zur Motivlage. Die Ermittlungen dauern an.

Die Messerattacke sorgt auch für Diskussionen über die grundsätzliche Sicherheit an Schulen. „Messer haben in der Schule nichts zu suchen. Wenn das so weiter geht, werden wir irgendwann Einlasskontrollen an den Schulen haben“, sagte Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG). „Wie viele Menschen müssen denn noch verletzt werden, bis sich etwas ändert? Die Schule muss ein sicherer Ort sein. Es kann nicht sein, dass es dort zu solchen Gewalttaten kommen kann“, sagte Rettinghaus. „Daher müssen wir über Maßnahmen nachdenken, die so etwas verhindern – so wie es jetzt ist, kann es auf keinen Fall bleiben.“

(csh hsr)

Neue Westfälische + Artikel 07.10.2025

Straftaten und Demos

Hamas-Angriff auf Israel jährt sich: Polizei in OWL rüstet sich
Mehr als 170 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund wurden seit dem terroristischen Überfall allein in OWL erfasst. Am Dienstag jährt sich das Ereignis. In Bielefeld gibt es Demonstrationen. Experten warnen vor der pro-palästinensischen Szene.

Von Lukas Brekenkamp

https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/24189179_Hamas-Angriff-auf-Israel-jaehrt-sich-Polizei-in-OWL-ruestet-sich.html

Bielefeld. Die Polizei in NRW ist gewappnet: Am Dienstag jährt sich der terroristische Angriff der islamistischen Hamas auf Israel, bei dem etwa 1.200 Menschen getötet wurden. Experten warnen davor, dass das Datum sowie die darauffolgenden Tage in Teilen der Bevölkerung enorm emotionalisieren können. Wie sehr, das zeigt ausgerechnet ein Blick nach OWL.
Der für politische Delikte zuständige Staatsschutz der Bielefelder Polizei erfasste in OWL in den vergangenen Jahren mehr als 170 Straftaten mit Bezug zum Nahost-Konflikt. Laut Angaben eines Polizeisprechers registrierten die Beamten vor allem Straftaten wie Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzungen oder Sachbeschädigungen durch Graffiti.

Aus Sicherheitskreisen heißt es, die Polizei in NRW sei mit Blick auf den anstehenden Jahrestag gerüstet. Man sei sich der Bedeutung bewusst und sensibilisiert dafür, dass etwas passieren könnte. Konkrete Hinweise gebe es aber nicht – die Sicherheitsbehörden sprechen dann von einer „abstrakten Gefährdungslage“. Ein Sprecher des Innenministeriums berichtet, dass es keinen Erlass geben werde, der die Polizei im Bundesland zu besonderem Handeln anweise.

Demos in OWL angemeldet

In einigen Teilen von OWL dürfte die Polizei dennoch tätig werden. So ist beispielsweise in Bielefeld eine größere Demo vor der Synagoge angemeldet unter dem Motto „Gedenken zum 07. Oktober“. Anmelder ist das Bielefelder Bündnis gegen Rechts, es werden mehrere Hundert Menschen erwartet.
Am Folgetag – genau zwei Jahre nach dem Beginn des israelischen Gegenschlags, der „Operation eiserne Schwerter“ - will die pro-palästinensische Szene in Bielefeld demonstrieren. Vor dem Hauptbahnhof werden etwa 150 Personen erwartet.

Kritik an Pro-Palästina-Demos in Bielefeld

In anderen Städten in OWL sind bislang keine Demonstrationen angemeldet. Ob dennoch besondere Maßnahmen getroffen werden zum Schutz jüdischer Einrichtungen (Synagogen gibt es neben Bielefeld zum Beispiel auch in Paderborn und Herford), kommentierten Polizeisprecher nicht.

Schon kurz nach dem Angriff der Hamas auf Israel organisierte sich in Bielefeld eine pro-palästinensische Szene, die immer samstags durch die Stadt zieht. Beobachter wie das Bielefelder Bündnis gegen Antisemitismus berichten regelmäßig von mutmaßlich antisemitischen sowie israelfeindlichen Äußerungen auf der Demo. Der Anmelder der Bielefelder Demo an diesem Mittwoch ist aber nicht identisch mit dem Anmelder der wöchentlichen Palästina-Demos.

Antisemitische Aufmärsche häufen sich

Laut dem Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) haben seit dem 7. Oktober 2023 antisemitische Aufmärsche generell zugenommen. Der Verband berichtet, das zwischen dem Überfall der Hamas und Ende 2024 insgesamt 2.225 Versammlungen erfasst wurden, bei denen antisemitische Inhalte dokumentiert wurden. Vor dem Terrorangriff, zwischen dem 1. Januar 2020 und dem 6. Oktober 2023, seien lediglich 1.636 solcher Versammlungen registriert worden. Israelbezogener Antisemitismus sei bei den Versammlungen (89 Prozent) am häufigsten aufgetreten.

Erich Rettinghaus, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, warnt: „Wir beobachten, dass sich Teile der pro-palästinensischen Szene in NRW in eine gewalttätige Richtung bewegen. Zwar sind die Demos hier bisher nicht ausgeufert, wir müssen aber immer damit rechnen, dass es zu Ausschreitungen kommen kann.“ Ebenso hält er es für möglich, dass jüdische oder israelische Personen und Einrichtungen Ziel von Attacken werden. „Es sagt alleine schon viel über die Szene aus, wenn Teile von deren Anhängern bereit sind, Straftaten zu begehen“, sagt er.

Brisant sei auch, dass mehrere islamistische Anschläge (etwa in Solingen 2024) oder Anschlagsversuche mit den Ereignissen in Nahost begründet wurden.
Generell müsse man damit rechnen, dass sich im Falle einer Verschärfung des Konflikts in Nahost die Stimmung hierzulande weiter hochschaukelt. „Daher ist es wichtig, frühzeitig vor die Lage zu kommen und die betroffenen Personen zu erreichen.“ Dies könne beispielsweise schon durch gezielte Gespräche geschehen.

Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht mit Blick auf den zweiten Jahrestag des Terrorangriffs eine „erhebliche Gefährdungslage“ für Deutschland. „Wir beobachten, wie in Deutschland Aufrufe erfolgen – teilweise verdeckt, teilweise offen – zu Anschlägen auf (pro-)jüdische und (pro-)israelische Einrichtungen“, erklärte Vizepräsident Sinan Selen. Er warnte: „Diese Gefahr darf nicht unterschätzt werden.“

Homepage der DPolG NRW (19.10.2025): „DPolG NRW trauert um Marc Lürbke!“ - https://www.dpolg-nrw.de/aktuelles/news/dpolg-nrw-trauert-um-marc-luerbke/

Mit großer Bestürzung und Trauer haben wir vom Tod unseres Freundes Marc Lürbke erfahren. Unsere Gedanken, unser Mitgefühl für diesen unvorstellbaren Verlust, sind bei seiner Familie, der wir in dieser schweren Zeit ganz viel Kraft wünschen.

Marc Lürbke war immer da, immer präsent und ansprechbar, immer ein offenes Ohr für Alle und setzte sich uneigennützig für unser Land, unsere Werte und Demokratie ein. Wir verlieren einen ehrlichen guten Menschen viel zu früh!
Wir werden sein Andenken in Ehren halten und uns stets an ihn erinnern.

Homepage der DPolG NRW (31.10.2025): „DPolG NRW erhebt Verfassungsbeschwerde gegen PolBeaufG NRW“ - https://www.dpolg-nrw.de/aktuelles/news/dpolg-nrw-erhebt-verfassungsbeschwerde-gegen-das-gesetz-ueber-die-unabhaengige-polizeibeauftragte-polizeibeauftragten-nrw-polbeaufg-nrw-vor-dem-verfassungsgerichtshof-nordrhein-westfalen/

Am 23.04.2025 trat das Gesetz über die unabhängige Polizeibeauftragte / Polizeibeauftragten NRW in Kraft. Das Gesetz sieht unter anderem vor, dass die unabhängige Polizeibeauftragte / Polizeibeauftragter neben strafrechtlichen Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft parallel eigenständige Untersuchungen durchführen kann. Darüber hinaus eröffnet das Gesetz zudem die Möglichkeit, dass die Polizeibeauftragte / Polizeibeauftragter selbst bei abgeschlossenen, Ermittlungen seitens der Staatsanwaltschaft weitere Untersuchungen vornehmen darf.

Die Pressemitteilung der DPolG NRW können Sie unter folgendem Link abrufen: DPolG NRW_Verfassungsbeschwerde gegen PolBeaufG NRW

Die Verfassungsbeschwerde wird beim Verfassungsgerichtshof NRW unter dem Aktenzeichen VerfGH 84/25.VB-3 geführt. Die offizielle Meldung des Verfassungsgerichtshofs NRW finden Sie hier: https://www.verfgh.nrw.de/aktuelles/pressemitteilungen/2025/19_251030/index.php

„Rheinische Post“ vom 10.11.2025 – Thema: „Gutachten liegen vor – Kommt der Taser jetzt für die ganze Polizei in NRW?“: https://rp-online.de/nrw/panorama/gutachten-so-effektiv-ist-der-taser-fuer-die-polizei-in-nrw_aid-138717375

Düsseldorf · Noch immer hat nur etwa die Hälfte aller Kreispolizeibehörden in NRW die Elektroschockgeräte. Doch das könnte sich bald ändern. Welche Rolle dabei zwei Gutachten spielen – und was darin steht.

Bislang hat nur etwa die Hälfte der Kreispolizeibehörden in NRW den Taser.

Foto: dpa/Rolf Vennenbernd

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

In Nordrhein-Westfalen könnten in Zukunft alle Kreispolizeibehörden mit dem sogenannten Taser ausgestattet werden. Zwei ausstehende Gutachten zum Einsatz aus sozialwissenschaftlicher und einsatztechnischer Sicht liegen nun vor und legen den Schluss nahe, dass das Distanzelektroimpulsgerät (DEIG) seine Daseinsberechtigung hat – allerdings nicht uneingeschränkt.

„Es gibt keine sachlichen Gründe mehr, den landesweiten Rollout weiter hinauszuzögern. Alle Fakten liegen unmissverständlich auf dem Tisch“, sagte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Patrick Schlüter. „Das DEIG ist ein hocheffizientes und lebensrettendes Einsatzmittel. Es schließt die gefährliche Lücke zwischen Einsatzmehrzweckstock und Schusswaffe und ist damit unverzichtbarer Baustein moderner, verhältnismäßiger Polizeiarbeit“, betonte Schlüter.

Regeln für Taser und Kontrollen

Die Ergebnisse der beiden Gutachten waren mit Spannung erwartet worden. Im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen war 2022 festgehalten worden, die Taser bis 2024 weiter zu testen und durch wissenschaftliche Expertise in Form der Gutachten zu bewerten – ehe man darüber entscheidet, ob sie in allen Behörden tatsächlich eingesetzt werden sollen. Denn in der Landesregierung gab und gibt es kritische Stimmen. So lehnen die Grünen die Waffe weitestgehend ab – anders als ihr Koalitionspartner.

„Nach Vorlage der Gutachten und Auswertung der Erfahrungsberichte erwarten wir nun schnellstens die Ausstattung mit dem DEIG in den übrigen 29 Polizeibehörden. Wir fordern die Landesregierung auf, nun endlich zu handeln“, erkläre Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in NRW. „Es kann nicht sein, dass gleich gelagerte Einsatzlagen – aufgrund fehlender Ausstattung in den Polizeibehörden – unterschiedlich oder gar nur nachteilig bewältigt werden können“, betonte Rettinghaus, der darauf hinwies, dass er und seine Gewerkschaft sich bereits seit 15 Jahren für eine flächendeckende Einführung des Tasers einsetzen.

Den Gutachten zufolge sollte es striktere Regeln dafür geben, in welcher Situation konkret mit der Elektro-Waffe gedroht und wann genau geschossen werden darf. Das Einhalten dieser Regeln sollte gut kontrolliert werden. Auch eine Kopplung des Tasers mit der Bodycam sollte in Erwägung gezogen werden, wofür allerdings eine Änderung des Polizeigesetzes nötig wäre. Zudem wird in einem der beiden Gutachten abschließend darauf hingewiesen, dass die Polizisten niemals in entsprechenden Einsatzlagen auf ausreichende Kommunikation verzichten dürften.

Taser seit drei Jahren im Einsatz – aber nicht überall

Der Taser war in NRW nach jahrelangen Diskussionen zunächst 2021 in ausgewählten Kreispolizeibehörden getestet worden – unter anderem in Dortmund und Düsseldorf. Seit Januar 2022 läuft der sogenannte Echtbetrieb in knapp der Hälfte der Kreispolizeibehörden – zum Beispiel in Aachen, Bochum, Bonn, Borken,

Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen und Münster. Kostenpflichtiger Inhalt 29 Behörden haben das Gerät noch nicht.

Innerhalb der Polizei scheint der Taser sehr beliebt zu sein. Im einsatztechnischen Gutachten heißt es, dass allein die Androhung in 70 Prozent der Fälle zu einem kooperativen Verhalten des Gegenübers führt. Auch müssten Schlagstock und Reizgas wesentlich seltener eingesetzt werden. Demnach würde der Taser auch langfristig abschrecken. „Personen, die bereits von der Anwendung des DEIG betroffen waren, würden selbst nach geraumer Zeit Konflikte mit der Polizei vermeiden“, heißt es im Gutachten.

Einsatz von Tasern kann Situation auch eskalieren lassen

Die Gutachter sehen die präventive Wirkung aber nicht uneingeschränkt. „Zwar könnte die Androhung des DEIG durchaus eine Anwendung von Gewalt gegen Einsatzkräfte verhindern. Allerdings sei diese Wirkung sehr viel geringer einzuschätzen, als es an der Anzahl von Androhungen ohne Abschuss festzumachen ist, da das DEIG häufig auch in Situationen angedroht wird, die nicht zwangsweise gewaltgeneigt sind“, heißt es im Gutachten.

Bei bestimmten Zielgruppen – wie beispielsweise Menschen in psychischen Krisensituationen – könne die Androhung des Tasers auch zu einer Eskalation der Einsatzsituation führen. Die präventive Wirkung sei vermutlich auch abhängig vom Informationsstand des jeweiligen Gegenübers.

Der Erhebung zufolge waren nur 6,1 Prozent der Personen, gegen die der Taser eingesetzt wurde, weiblich. Knapp über die Hälfte der Betroffenen waren 21 bis 40 Jahre alt. In vielen Fällen waren Drogen und Alkohol im Spiel.

Verletzte bei 13 Prozent der Taser-Einsätze

Landesweit wurde das Distanzelektroimpulsgerät früheren Zahlen des NRW-Innenministeriums zufolge seit 2022 bis Ende August 2024 insgesamt 2918-mal während eines Einsatzes genutzt. Die Elektrowaffe ist für die Polizisten eine Ergänzung unterhalb der Schusswaffe. Demnach wurden bei Taser-Einsätzen seit 2022 bis Ende August 2024 in NRW 382 Personen verletzt. Zum Vergleich: Bei 5709 Einsätzen von Schusswaffen (etwa von Dienstpistolen) kamen im gleichen Zeitraum zehn Menschen ums Leben, 28 wurden verletzt. Insgesamt wurde die Pistole aber überwiegend zum Töten gefährlicher, kranker oder verletzter Tiere eingesetzt.

„Rheinische Post“ vom 15.11.2025: „Bei Sicherheit keine Kompromisse – wie die Weihnachtsmärkte in NRW in diesem Jahr geschützt werden“ - https://rp-online.de/nrw/panorama/weihnachtsmaerkte-in-nrw-2025-so-sichern-polizei-und-staedte-die-maerkte_aid-138915905

Düsseldorf · An diesem Wochenende öffnen die Weihnachtsmärkte im Centro Oberhausen, im Kölner Stadtgarten, in Essen, Duisburg und in Moers. Wie die Märkte in NRW in diesem Jahr gesichert werden und was die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert.

Die Polizei unterwegs auf einem Weihnachtsmarkt in Düsseldorf. (Archiv)

Foto: dpa/Oliver Berg

Von Christian Schwerdtfeger und Claudia Hauser

Ein Jahr nach der Todesfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt starten in Nordrhein-Westfalen in diesen Tagen landesweit kleinere und größere Weihnachtsmärkte – und auch in diesem Jahr wieder mit erhöhten Sicherheitsvorkehrungen. „Unsere Polizei kann nicht an jedem Glühweinstand

stehen, aber hat die Märkte so gut im Blick, wie es geht. Unsere Behörden machen ihre Arbeit. Polizei und Verfassungsschutz tun alles dafür, dass nichts passiert“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) unserer Redaktion.
„Sicherheitsvorkehrungen machen niemandem Spaß. Aber bei Sicherheit dürfen wir keine Kompromisse eingehen. Dabei geht es darum, dass alle Menschen gesund wieder nach Hause kommen“, sagte Reul, der betonte, dass es absolute Sicherheit nicht gebe.

Spätestens seit dem islamistischen Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche am 19. Dezember 2016 mit einem Sattelzug gelten für die Weihnachtsmärkte ohnehin schon erhöhte Sicherheitsmaßnahmen. Welche Maßnahmen die Polizei konkret ergreift, um die Märkte zu schützen, wird von Stadt zu Stadt entschieden.

Info

Waffenverbot an Bahnhöfen in NRW

Verfügung Die Bundespolizei in NRW hat eine Allgemeinverfügung zum Verbot des Mitführens von gefährlichen Gegenständen wie Messern erlassen für die Zeit der Weihnachtsmärkte – vom 17. November bis zum 30. Dezember.

Bahnhöfe Die Waffenverbotszonen gelten an den Hauptbahnhöfen in Aachen, Dortmund, Bochum, Essen, Münster, Düsseldorf, Duisburg, Mönchengladbach, Wuppertal, Oberhausen, Köln, Bonn, Siegburg/Bonn und Siegen.

Wie eine Umfrage unserer Redaktion unter Städten in der Region ergeben hat, werden die meisten Märkte aber etwa mit Pollern, geeigneten Fahrzeugen, Wassertanks oder technischen Überfahrsperren geschützt. Viele Veranstalter setzen zur ohnehin schon erhöhten Polizeipräsenz zusätzlich noch Sicherheitsdienste ein. Verantwortlich ist der jeweilige Veranstalter, der von den Sicherheitsbehörden beraten wird. Düsseldorf, Münster und Köln geben aus einsatztaktischen Gründen keine konkreten Auskünfte zu Sicherheitskonzepten.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) fordert, dass die Märkte darüber hinaus auch mit Videoanlagen überwacht werden. „Dadurch könnten wir Personen, die sich auf den Märkten für das geschulte Polizeiauge verdächtig verhalten, erkennen und entsprechend frühzeitig eingreifen“, sagte der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus. Schließlich hätte jeder Discounter mittlerweile mehr Videokameras als die NRW-Polizei. Dies müsse sich ändern. „Damit könnten wir auch Taten im Nachgang viel schneller aufklären und mögliche Folgetaten verhindern“, so Rettinghaus.

Konzepte werden ständig evaluiert

Auf den Duisburger Weihnachtsmarkt in der Fußgängerzone kommen nur ausgewählte Fahrzeuge, die gekennzeichnet werden, wie der Veranstalter mitteilte.

Die Zufahrt ist mit einer Poller-Anlage ausgestattet. Sicherheitskräfte seien in Duisburg sowohl in zivil als auch uniformiert unterwegs. „Teil des Sicherheitskonzepts ist ein Sanitätsdienst, der während der Veranstaltungszeit auf dem Gelände bereitsteht und auch selbstständig dort unterwegs ist“, sagte der Sprecher von Duisburg Kontor.

Reul bekräftige abschließend, dass nichts dagegen spreche, die Weihnachtsmärkte zu besuchen. „Auch wenn die Zeiten schon mal ruhiger waren, darf uns das nicht davon abhalten, gesellig zu sein und das Leben zu genießen“, so Reul.

Ein Sprecher der Stadt Düsseldorf teilte aber mit: „Sicherheitskonzepte von Großveranstaltungen werden ständig evaluiert und weiterentwickelt. Selbstverständlich werden auch aktuelle Vorkommnisse in den Abstimmungsgesprächen zwischen den Sicherheitspartnern berücksichtigt.“

Auch die Bestimmungen für die „Dortmunder Weihnachtsstadt“ werden nach Angaben einer Stadtsprecherin „fortlaufend bewertet und bedarfsweise angepasst und optimiert“. Auf den Duisburger Weihnachtsmarkt in der Fußgängerzone kommen nur ausgewählte Fahrzeuge, die gekennzeichnet werden, wie der Veranstalter mitteilte. Die Zufahrt ist mit einer Poller-Anlage ausgestattet. Sicherheitskräfte seien in Duisburg sowohl in zivil als auch uniformiert unterwegs. „Teil des Sicherheitskonzepts ist auch ein Sanitätsdienst, der während der Veranstaltungszeit auf dem Gelände bereitsteht und auch selbstständig dort unterwegs ist“, sagte der Sprecher von Duisburg Kontor.

Aus Krefeld heißt es: „Für unterschiedliche Szenarien – von einzelnen Störungen bis zu extremen Witterungsbedingungen – sind im Sicherheitskonzept entsprechende Sofortmaßnahmen definiert.“ Im Fall einer besonderen Krisensituation oder Großeinsatzlage trete der städtische Krisenstab zusammen.

(csh)

19. November 2025 – Homepage der DPolG NRW:
https://www.dpolg-nrw.de/aktuelles/news/die-gestaltung-des-offenen-vollzugs-darf-den-zweck-der-strafe-nicht-aushoehlen-anhoerung-des-rechtsausschusses-am-19112025/

„Anhörung und Stellungnahme der DPolG NRW - Die Gestaltung des offenen Vollzugs darf den Zweck der Strafe nicht aushöhlen - Anhörung des Rechtsausschusses am 19.11.2025“

Foto: Fiegel.

In der Anhörung des Rechtsausschusses im Landtag NRW stehen der DPolG NRW-Landesvorsitzende (Erich Rettinghaus) und der 1. stellv. Vorsitzende (Frank Mitschker) den Abgeordneten Rede und Antwort.

Aus Sicht der DPolG NRW weist die bisherige Ausgestaltung des Strafvollzugs in NRW in einen geschlossenen bzw. in einen offenen Vollzug in die richtige Richtung. Der Resozialisierungsgedanke sollte in einem Einklang zu den Gedanken der General- und Spezialprävention stehen.

Die vollständige Stellungnahme der DPolG NRW lesen Sie bitte hier.

Zur entsprechenden Anhörung gelangen Sie unter diesem Link zur Homepage des Landtags NRW.

19. November 2025 – Homepage der DPolG NRW: https://www.dpolg-nrw.de/aktuelles/news/besoldung-der-berliner-landesbeamten-von-2008-bis-2020-weit-ueberwiegend-verfassungswidrig/

„Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes - Besoldung der Berliner Landesbeamten von 2008 bis 2020 weit überwiegend verfassungswidrig“

Mit heute veröffentlichtem Beschluss hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts die Besoldungsordnungen A des Landes Berlin im Zeitraum 2008 bis 2020 mit wenigen Ausnahmen für mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt.

Der Entscheidung liegen mehrere Vorlagen des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg sowie des Bundesverwaltungsgerichts zu einzelnen Besoldungsgruppen und Zeiträumen zwischen 2008 und 2017 zugrunde. Die Prüfung wurde durch den Senat auf alle Besoldungsordnungen A und auf den gesamten Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2020 erweitert.

In seinem Beschluss entwickelt der Senat seine bisherige Rechtsprechung fort. Die gerichtliche Kontrolle, ob die Besoldung evident unzureichend und Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz (GG) deshalb verletzt ist, vollzieht sich in drei Schritten: Erforderlich ist – erstens, sofern Anlass dafür besteht – eine Prüfung des Gebots der Mindestbesoldung (Vorabprüfung). Es bedarf – zweitens – einer zweistufigen Prüfung des Gebots, die Besoldung der Beamten fortlaufend an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards anzupassen (Fortschreibungsprüfung). Schließlich – drittens – ist, sofern die Vorabprüfung oder die Fortschreibungsprüfung einen Verstoß gegen das Alimentationsprinzip ergibt, zu prüfen, ob dieser Verstoß ausnahmsweise verfassungsrechtlich gerechtfertigt ist.

Im Ergebnis stellt der Senat fest, dass rund 95 Prozent der geprüften Besoldungsgruppen in den Jahren 2008 bis 2020 mit dem Alimentationsprinzip aus Art. 33 Abs. 5 GG unvereinbar und damit verfassungswidrig sind. Der Gesetzgeber des Landes Berlin hat verfassungskonforme Regelungen bis zum 31. März 2027 zu treffen.

Gerne weisen wir diesbezüglich auch auf einen Eintrag auf der Homepage des DBB NRW hin - hier geht es zum entsprechenden Artikel.

„Rheinische Post“ vom 20.11.2025: „Massive Kritik an geplantem Gesetz – Bei Anruf Geld könnte ein neues Geschäftsmodell werden“ - https://rp-online.de/nrw/panorama/antidiskriminierungsgesetz-nrw-kritik-an-den-plaenen_aid-139247961

Düsseldorf · Das geplante Antidiskriminierungsgesetz der Landesregierung wird von den Polizeigewerkschaften stark kritisiert. Was konkret die Polizei so verärgert.

Kommissaranwärter bei der Vereidigungsfeier in Köln im vergangenen Jahr. Foto: Oliver Berg/dpa/Oliver Berg

Von Christian Schwerdtfeger (Chefreporter/Leiter Reporterteam)

Das geplante Antidiskriminierungsgesetz der Landesregierung sorgt weiter für Diskussionen. Für Zündstoff sorgt insbesondere die vorgesehne Beweislastumkehr, wonach im Streitfall der klagenden Person Indizieren ausreichen, damit der Fall überprüft wird. Wörtlich heißt es im Gesetzesentwurf, in den unsere Redaktion Einblick hatte: „Die vorgesehene Beweislastregel erfordert von der klagenden, eine Diskriminierung behauptenden Partei lediglich den Beweis von Indizien, die eine Benachteiligung (...) vermuten lassen“, und weiter: „Gelingt der Indizienbeweis, trägt der andere Teil die Beweislast dafür. Die Beweislast wird insoweit also umgekehrt.“

Die schwarz-grüne Landesregierung unter Federführung der Gleichstellungsministerin Josefine Paul (Grüne) will mit dem geplanten Gesetz Diskriminierung in staatlichen Einrichtungen bekämpfen. Anders als mit dem bestehenden bundesweit allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz soll es mit dem neuen Gesetz aus NRW leichter möglich sein, entsprechende Missstände anzuzeigen.

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Erich Rettinghaus lehnt das geplante Gesetz ab. Der Schutz vor Diskriminierung sei bereits ausreichend gesetzlich geregelt. „Wir sehen hier ein Misstrauen gegen staatliches Handeln und die Polizei insgesamt“, sagte Rettinghaus, der befürchtet, dass eine konstruierte Klagewelle von vermeintlichen Vorfällen auf die Polizei zukommen könnte. Denn dem Gesetzesentwurf zufolge soll es auch Schmerzensgeld für die Betroffenen geben. „Das Schmerzensgeld zahlt dann die Behörde der Person, die die vermeintlich unberechtigte Handlung vorgenommen hat“, so Rettinghaus, und weiter: „Bei Anruf Geld könnte ein neues Geschäftsmodell werden. Dadurch wären unsere Kolleginnen und Kollegen von weiteren zwangsläufigen Ermittlungen wie beispielsweise Disziplinarverfahren betroffen, auch wenn sich die Vorwürfe schließlich als unberechtigt herausstellen“, so Rettinghaus.

Auch beim Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Patrick Schlüter stößt der Gesetzesentwurf auf Ablehnung. „Das geplante Landesantidiskriminierungsgesetz würde faktisch zu einer Beweislastumkehr führen und bei bloßen Vorwürfen bereits umfangreiche Prüfpflichten auslösen“, sagte Schlüter, und weiter: „Für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet dies einen erheblichen zusätzlichen Mehraufwand, obwohl die Landesregierung selbst von nur sehr wenigen tatsächlichen Anwendungsfällen ausgeht. Damit steht der Mehrwert des Gesetzes insgesamt in Frage“, kritisierte Schlüter. „Die Polizei arbeitet tagtäglich hochprofessionell und rechtsstaatlich. Zusätzliche Regelungen, die die Beweisführung zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen verschieben, sind weder notwendig noch sinnvoll“, betonte er.

Lisa Kapteinat, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, sieht in der Beweislastumkehr einen kritischen Punkt, begrüßt das geplante Gesetz aber. „Besonders herausfordernd wird sein, wie mit dem Vorliegen von Indizien auf Diskriminierung umgegangen wird: Hier besteht die Gefahr, dass es zu schwierig wird, Diskriminierung geltend zu machen – oder dass es möglicherweise auch zu leicht möglich ist“, sagte Kapteinat unserer Redaktion. „Ob es in dieser Form ein wirksames Instrument wird oder ein zahnloser Tiger bleibt, wird sich in der Praxis zeigen“, so die Sozialdemokratin.

(csh hsr)